

Stadt für Alle – sozial, ökologisch, demokratisch

1		
2	0. Einleitung	3
3	1. Arbeit, Soziales und Finanzen	7
4	1.1. Soziales Kassel.....	7
5	1.2. Daseinsvorsorge in öffentliche Hand, unbefristete tarifliche Beschäftigung sicherstellen	10
6	1.3. Wirtschaft.....	14
7	2. Gleiche Rechte für Frauen	17
8	2.1. Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt bekämpfen	17
9	2.2. Versorgungsrelevante Berufe und Carearbeit	18
10	2.3. Für ein selbstbestimmtes Leben von Frauen in Kassel	18
11	3. Sozial-ökologischer Umbau.....	21
12	3.1. Sozial-ökologischer Umbau der Stadt	21
13	3.2. Der Weg zur autofreien Stadt	21
14	3.3. Lebenswerter städtischer Raum	24
15	3.4. Konsequente kommunale Energiewende	27
16	3.5. Agrarwende – für die Gesundheit von Allen	29
17	3.6. Städtische Verantwortung und gesellschaftliche Akzeptanz	31
18	4. Wohnen.....	34
19	4.1. Mietenwahnsinn stoppen – Wohnen ist ein Menschenrecht.....	34
20	4.2. Die Stadt kann etwas tun, wenn sie will – kommunalen Handlungsspielraum nutzen.....	34
21	4.3. Kassel braucht ein Wohnungsamt – Wohnen für alle.....	35
22	4.4. Mieter*innen und Bestand schützen – billiger wird's nicht	36
23	4.5. Neubau – nur ökologisch verträglich und sozial	37
24	4.6. Obdach- und Wohnungslosigkeit – ohne Wohnung geht es nicht!	38
25	4.7. Gemeinsam verändern – den Wohnungsmarkt in Bewegung bringen	39
26	5. Bildung, Jugend, Kultur, Freizeit und Sport	40
27	5.1. Eine zukunftsfähige Politik für Kinder und Jugendliche	40
28	5.2. Bildung fängt bei den Jüngsten an.....	41
29	5.3. Schule für Toleranz und individuelle Förderung	42
30	5.4. Politische Bildung ist gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe	47
31	5.5. Ausbildungsplätze schaffen, Übernahme sichern, Zukunft fördern!	48
32	5.6. Kultur für alle.....	49
33	5.6.1. Kulturelle Bildung	50
34	5.6.2. Selbstorganisation in der Kunst- und Kulturszene fördern und ausfinanzieren	51
35	5.7. Sport und Freizeit	54
36	6. Digitalisierung	57
37	7. Antirassismus und Antifaschismus	58

38	7.1. Konsequenz gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und den gesellschaftlichen	
39	Rechtsruck!	58
40	7.2. Für eine antikoloniale und antifaschistische Erinnerungskultur	59
41	7.3. Frieden beginnt vor Ort - Kassel Rüstungsfrei!.....	60
42	8. Flucht und Migration	62
43	8.1. Geflüchtete	62
44	8.2. Integration.....	64
45	9. Für eine demokratische und solidarische Kommune	66
46	9.1. Wem gehört die Stadt?	66
47	9.2. Barrierefreiheit	66
48	9.3. Für ein engeres Netz sozialer Beratung und Unterstützung für alle.....	67
49	9.4. Für einen gleichen und gerechten Umgang mit LSBT*QIA+ Personen	68
50	9.5. Die Stadt demokratisieren	70
51	10. Gesundheit.....	74
52	10.1. Missstände im Gesundheitswesen überall!	74
53	10.2. Die Situation in Kassel.....	74
54	11. Für eine linke Alternative in Kassel!	77
55		

56 **Liebe Leser*innen,**

57 DIE LINKE setzt sich für eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus, frei von Ausbeutung
58 des Menschen, frei von der Zerstörung der Natur und für den Klimaschutz ein. Wir kämpfen dafür,
59 dass alle Menschen in dieser Gesellschaft in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben. Wir
60 kämpfen dafür, dass alle Menschen die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten
61 können. Wir sind der festen Überzeugung, dass der Kapitalismus keine Lösungen bietet, sondern
62 das Problem ist.

63 Wir stehen für die Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssituation, für den Erhalt und den
64 Ausbau von kommunalem Eigentum und für ökologische Verantwortung. Wir leisten Widerstand
65 gegen Privatisierung und gegen die Verschlechterung von Arbeitsbedingungen.

66 Bei uns arbeiten Menschen mit verschiedenen weltanschaulichen Überzeugungen zusammen, die
67 sich gegen Rassismus, Faschismus und Antisemitismus einsetzen. Die sich für die
68 Gleichberechtigung, Akzeptanz, Toleranz und Respekt gegenüber allen Menschen, unabhängig von
69 Alter, möglichem Migrationshintergrund, religiöser Anschauung, körperlicher und psychischer
70 Beeinträchtigungen, sowie sozialen Lebenssituationen einsetzen.

71 Auf der Grundlage dieses Selbstverständnisses ist unser Wahlprogramm für die Kommunalwahl
72 2021 entstanden.

73 **0. Einleitung**

74 Wir erleben derzeit mehrfache Krisen, die das Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise sind.
75 So bahnt sich ökonomisch die nächste Weltwirtschaftskrise ihren Weg. Im Ergebnis werden
76 tausende Arbeitsplätze in der Industrie auf der Kippe stehen, wie bereit jetzt bei GE oder noch vor
77 kurzem bei Bombardier. Zusätzlich befinden wir uns nun in einer weltweiten Pandemie, die im
78 Brennglas die Schwächen dieses Systems aufzeigt. Die Coronapandemie macht deutlich, dass es
79 ein Fehler war, Gesundheit, Wohnen und Bildung in Waren zu verwandeln, statt Menschen und
80 Umwelt ins Zentrum allen Handelns zu stellen. So wichtig die Maßnahmen zur Eindämmung des
81 Virus und Schutz der Gesundheit der Einwohner Kassels sind, sie werden die Menschen je nach
82 ihrer wirtschaftlichen Lage unterschiedlich hart treffen. Erneut werden es vor allem
83 alleinerziehende Frauen sein, die am härtesten betroffen sind.

84 Die Coronapandemie verschärft dabei aber nur den sowieso schon seit Jahren stattfindenden
85 Abbau des Sozialstaates. Dieser Abbau hat dazu geführt, dass die viele Menschen einer
86 wachsenden sozialen Unsicherheit ausgeliefert sind. Fehlende Perspektiven und sinkendes
87 Einkommen verschlechtern die Lage für einen immer größer werdenden Teil der Menschen. Am
88 deutlichsten trifft es aber die Menschen die Hartz IV beziehen. Sie wurden und werden an den Rand

89 der Gesellschaft gedrängt. Menschen-, Grund- und Bürgerrechte gelten für sie nur noch
90 eingeschränkt. Am schlimmsten ist das für Kinder und Jugendliche, die von allem zu wenig haben
91 und dafür stigmatisiert werden. Wie wenig sich die Stadtpolitik für sie interessiert, zeigte sich bei
92 den Verhandlungen über die Coronahilfen der Stadt Kassel im April. Unser Antrag auf Soforthilfe für
93 Kinder- und Jugendliche in Hartz IV-Bezug wurde von allen anderen Parteien abgelehnt. Die
94 Ablehnung wurde mit dem Verweis auf Bund und Länder begründet. Dieser Umgang erklärt dann
95 auch, warum Kassel die höchste Kinderarmutsquote Hessens hat.

96 Die Konzepte der Stadtpolitik im Kampf gegen Armut gleichen sich bei allen Parteien. Arbeit allein
97 soll es richten. Wie aber Arbeit und Bildung Kindern in Armut schnell und direkt helfen soll, bleibt
98 ein Geheimnis. Gleichzeitig gaukelt die Stadtpolitik den Menschen in Kassel vor, sie könnte den
99 wirtschaftlichen Aufschwung und damit die Arbeitsmarktlage regional steuern und sich von
100 nationalen und internationalen ökonomischen Trends abkoppeln. Zuletzt werden die Versprechen
101 die mit einer vermeintlich positiven Arbeitsmarktlage verknüpft werden nicht eingelöst. Selbst in
102 den stabilen Jahren nach der letzten Wirtschaftskrise kommt bei den Menschen im
103 Niedriglohnsektor oder darunter nichts an. Wir setzen uns deswegen für unsicher Beschäftigte, für
104 Erwerbslose, Jugendliche, Rentner*innen und für alle anderen, die von Kürzungspolitik und
105 Sozialabbau betroffen sind ein. Wir machen Politik für Arbeitnehmer*innen.

106 Die letzten Jahre haben eindringlich vor Augen geführt: man darf die Stadt nicht jenen Parteien
107 überlassen, die den Abbau sozialer Sicherungssysteme der Bürger durch Privatisierung sozialer
108 Risiken betreiben. Der Abbau des Sozialstaates erst ermöglicht die Anhäufung von riesigen
109 Vermögen in den Händen Weniger. Steuersenkungen und Verzicht auf Steuernachverfolgung von
110 Konzernen und Reichen verstärken die immer deutlich sichtbarere Spaltung der Gesellschaft.

111 Zudem dienen fehlenden Steuereinnahmen als Begründung für weitere Sparrunden und zur
112 weiteren Enteignung sozialen Eigentums her. Hierdurch wird die Politik der Deregulierung befeuert,
113 welche den öffentlichen Bereich schwächt und ihn für Markt-, Preis- und Konkurrenzmechanismen
114 öffnet. Damit wird aber nicht nur der Staat, sondern auch die Demokratie ausgehöhlt. Regulierungs-
115 und Kontrollfunktionen werden auf den Privatbereich übertragen. Wir stellen uns gegen die
116 Privatisierung wichtiger Infrastruktur der Stadt und gegen eine Stadt, die wie ein Unternehmen
117 geführt wird. Denn wer nicht die Menschen vertritt, sondern sich wie ein Manger verhält, ist fehl am
118 Platz.

119 Denn die Stadt zehrt seit Jahren an ihrer Substanz. Dabei hat Kassel durch die
120 Haushaltsüberschüsse der letzten sieben Jahr durchaus Handlungsspielräume erhalten, diese
121 jedoch nicht genutzt und sich allein dem massiven Schuldenabbau verschrieben. Anstatt mit Maß in
122 Straßen und städtische Gebäude, insbesondere die Schulen, zu investieren, wird der

123 Sanierungsstau immer größer. Gleichzeitig belastet die Kasseler Politik durch Fehlinvestitionen wie
124 dem Flughafenneubau Calden oder Fehlplanung wie der Rathaussanierung dauerhaft den Haushalt
125 der Stadt zu Lasten der Kasseler Einwohner*innen.

126 Zuletzt stellen wir fest, dass die Stadtpolitik keine Antworten auf die Klimakrise hat. Wir wollen ein
127 sozial und ökologisch gerechtes Kassel. Denn Kassel könnte eine Stadt mit hoher Lebensqualität
128 sein, ist es aber für einen wachsenden Teil seiner Einwohner*innen immer seltener. Es sind vor
129 allem wirtschaftlich schwache Menschen, die heute schon von Lärm, Dreck und Hitze am heftigsten
130 betroffen sind, die am wenigsten von den Parks und Naherholungsgebieten in der Stadt haben. Sie
131 werden es sein, die die Folgen des Klimawandels am deutlichsten spüren. Wir als DIE LINKE wollen
132 deswegen den sozial-ökologischen Umbau der Stadt Kassel, also die Verkehrswende hin zur
133 autofreien Stadt, die lebenswerte Umgestaltung und soziale Umverteilung des Stadtraums, eine
134 Konsequente kommunale Energiewende sowie die Agrarwende.

135 **Kassel braucht eine starke linke Fraktion im Rathaus**

136 Die bisherige Fraktion Kasseler Linke in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung hat allein durch
137 wechselnde Mehrheiten und durch den massiven Druck außerhalb des Parlaments viel erreicht. Vor
138 allem aber stellen wir fest, dass unsere Ideen sich früher oder später durchsetzen. Dennoch hätten
139 wir mit dem Sozialticket und der Sozialwohnungsquote nicht bis zum Wahljahr gewartet.

140 Doch für DIE LINKE ist politische Arbeit auch außerhalb des Parlaments sehr wichtig. Wir verstehen
141 uns als Schnittstelle zwischen Parlament und Initiativen wie den Radentscheid und die Seebrücke.
142 Wir arbeiten mit an der Mittendrin Karte, an der Kulturhauptstadt oder der Kasseler Grünsatzung.
143 Wir arbeiten zusammen mit dem BUND an einer Stellplatzsatzung. Wir helfen mit vielen Anfragen
144 direkt Initiativen weiter und bringen ihre Anliegen in das Parlament.

145 Diese Arbeit für eine Politik der sozial-ökologischen Gerechtigkeit und für mehr Lebensqualität in
146 Kassel wollen wir mit einer gestärkten linken Fraktion in der nächsten
147 Stadtverordnetenversammlung fortsetzen.

148 **Kommunalpolitik für und mit den Menschen in Kassel**

149 Wir wollen eine Kommunalpolitik, die sich an den Interessen der Mehrheit der Menschen in dieser
150 Stadt orientiert. Indem sie zum Beispiel die wirtschaftlich und sozial ausgegrenzten Bürger*innen
151 wieder in das gesellschaftliche Leben der Stadt einbezieht und ihnen neue Zugänge und neue,
152 selbstbestimmte Handlungsspielräume eröffnet.

153 Wir setzen uns für eine soziale und gerechte Stadt ein, in der alle Menschen, unabhängig von
154 Herkunft, Geschlecht oder sonstigem gesellschaftlichem Hintergrund miteinander leben und
155 arbeiten können. Wir formulieren konkrete und realisierbare Konzepte. Wir formulieren diese

156 Konzepte aber nicht im Rahmen der sogenannten Sachzwänge. Wir stehen für eine Gesellschaft, die
157 sich nicht an den Profiten weniger, sondern an den Bedürfnissen der Mehrheit und ihren sozialen
158 Schutzbedürfnissen angesichts wachsender sozialer und ökologischer Risiken orientiert. Wir wollen
159 die Interessen von sozial ausgegrenzten Menschen vertreten, indem wir gemeinsam mit ihnen
160 Forderungen, Vorschläge und Strategien erarbeiten. Wir wissen, dass Erfolge dort möglich sind, wo
161 Basisbewegungen und die Eigeninitiative der Betroffenen wirken. Wir sehen unsere Aufgabe darin,
162 solche Prozesse zu stärken.

163 **Gemeinsam sind wir stark**

164 Wir verstehen uns als Schnittstelle in das Stadtparlament für alle Menschen die in sozialen,
165 Umwelt-, Kultur- und Bildungsinitiativen, in Gewerkschaften und Verbänden arbeiten. Ihrer
166 fachlichen und politischen Kompetenz wollen wir zusätzliches Gehör verschaffen und ihre Arbeit mit
167 Informationen aus dem Stadtparlament stärken. Wir verstehen unsere Kandidatur deswegen nicht
168 als Ersatz für außerparlamentarische Aktivitäten. Uns ist die Begrenztheit der Arbeit in der
169 Stadtverordnetenversammlung bewusst. Sie ist für uns ein weiterer Ort, an dem wir unseren Ideen
170 Gehör verschaffen und für unsere Interessen kämpfen wollen.

171 Das tun wir an der Seite von Beschäftigten, Arbeitslosen, Jugendlichen und Rentner*innen die für
172 Verbesserungen in Kassel kämpfen. Nur gemeinsam ist es möglich diese Verbesserungen
173 durchzusetzen.

1. Arbeit, Soziales und Finanzen

1.1. Soziales Kassel

Armut bekämpfen & Erwerbslose Menschen unterstützen

Die Hartz-Reformen von Gerhard Schröder haben einen riesigen Niedriglohnsektor geschaffen. Hartz IV dient als Drohkulisse: Die Angst vor dem sozialen Absturz drängt Menschen dazu, auch schlechte oder schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Deshalb macht Hartz IV auch Druck auf die Löhne der Beschäftigten. Arm trotz Arbeit – das ist für viele Beschäftigte bittere Realität.

Wer jahrelang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, ist nach einem Jahr ohne Beschäftigung von Hartz IV und Armut bedroht. Lang erworbene Ansprüche werden vernichtet. Statt die Ursachen der Erwerbslosigkeit zu bekämpfen, werden die Beschäftigten faktisch enteignet. Alle Erwerbslosen sollen zudem Anspruch auf qualifizierte Förderung und Weiterbildung haben. Das gilt unabhängig davon, wie lange sie erwerbslos sind. Erwerbslose müssen einen Rechtsanspruch auf Beratung und Weiterqualifizierung haben. Freiwilligkeit, Interessen und Fähigkeiten müssen bei der Vermittlung im Vordergrund stehen. Für viele wird es immer schwerer, Arbeit und Leben unter einen Hut zu bekommen. Sie wünschen sich mehr Zeit für Familie, Freunde, Erholung und gesellschaftliches Engagement. Der Lohn muss für ein gutes Leben reichen und vor Armut im Alter schützen.

In Kassel haben wir nach der Statistik der Bundesagentur für Arbeit 23.554 Leistungsempfänger*innen von Hartz IV. Davon leben 11.800 in Bedarfsgemeinschaften. Eine Bedarfsgemeinschaft (BG) kann auch bedeuten, dass Leistungsempfänger*innen in einer Wohngemeinschaft oder anderen Wohnformen (Kommune) leben.

432 % Hilfe zum Leben im Monat (Regelbedarf), ab dem 01.01. 2021 sind es 14 % mehr. Das bedeutete für Singles 446 % und Paare p.P. 401 %, Kinder im Haushalt bis zum 25. Lebensjahr erhalten 357 % Hilfe zum Leben im Monat zuzüglich Miete und Heizkosten.

Anteile am Regelbedarf 2020

Nahrung, alkoholfreie Getränke	34,86 %	150,60 €
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	9,59 %	41,43 €
Nachrichtenübermittlung	8,94 %	38,62 €
Bekleidung, Schuhe	8,76 %	37,84 €
Wohnen, Energie, Wohninstandhaltung	8,87 %	38,32 €
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	6,16 %	26,61 €
andere Waren und Dienstleistungen	7,93 %	34,26 €

Verkehr	8,33 %	35,99 €
Gesundheitspflege	3,80 %	16,42 €
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	2,49 %	10,76 €
Bildung	0,26 %	1,12 €
Gesamt	99,99 %	431,97 €

199 Wir treten für ein Sozialticket im öffentlichen Nahverkehr ein. DIE LINKE hat ein kostendeckendes
200 Konzept für einen entgeltfreien öffentlichen Nahverkehr für alle.

201 In Kassel beträgt die Arbeitslosenquote 8,5 % (Stand Oktober 2020; Bundesagentur für Arbeit).

202 Die Anzahl der Menschen, die in Armut leben, ist aber weitaus größer. Dazu gehören
203 Bezieher*innen von Sozialleistungen (ALG II, Sozialhilfe, Grundsicherung), Alleinerziehende und
204 Geringverdienende. Besonders betroffen sind Frauen, Behinderte und Migrant*innen, deren geringe
205 Einkommen und Sozialversicherungsbeiträge letztendlich zu Altersarmut führen.

206 Die immer noch hohe Arbeitslosigkeit und die Ausweitung des Niedriglohnsektors verursachen
207 Beitrags- und Steuerausfälle und verschärfen die Probleme der Sozialversicherungen und damit die
208 Finanznot der Kommunen.

209 Bei den Kosten der Unterkunft für Bezieher*innen von Sozialleistungen hat sich in den letzten
210 Jahren gezeigt, dass die Stadt nicht gewillt war, soziale Sicherheit zu gewährleisten. Die Stadt
211 Kassel hat die Angemessenheitsgrenzen für Kaltmiete, Betriebskosten sowie Heizkosten so tief
212 angesetzt, dass Hartz IV-Empfänger*innen zu diesem Preis häufig keine Wohnung finden. Für
213 Empfänger*innen kommunaler Sozialleistungen sind die Privatsphäre und der Schutz von Familie
214 und Wohnung eingeschränkt. Sie alle sind permanenten Eingriffen des Jobcenters ausgesetzt.

215 **Kinderarmut und Altersarmut**

216 DIE LINKE setzt sich für einen Armuts- und Reichtumsbericht für die Stadt Kassel ein. In Kassel
217 finden sich entsprechende Daten verstreut in verschiedenen Berichten. Konkrete Zahlen für unsere
218 Stadt liegen jedoch nicht vor. In Kassel wird vom Krämer und Oberbürgermeister viel getan, um den
219 Wirtschaftsstandort aufzubauen. Umso wichtiger ist, dabei zu beachten, wie sich dies auf
220 Einkommens- und Vermögensverteilung auswirkt. Ein Armuts- und Reichtumsbericht dient einer
221 realistischen sozialpolitischen Bestandsaufnahme im Allgemeinen, sowie der Identifizierung und
222 Evaluierung von Maßnahmen gegen zunehmende soziale Ungleichheit.

223 In Deutschland leben 2,55 Mio. Kinder in Armut. Nach dem Kinderarmutsbericht des Wirtschafts-
224 und Sozialwissenschaftlichen Instituts lebt jedes 5. Kind in Armut. Der statistische Informations-
225 Jahresbericht aus 2018 der Stadt Kassel schreibt, dass 4.787 Alleinerziehende (Haushalte nach
226 Familienstruktur) in unserer Stadt leben. Von allen Haushalten mit Kindern in Kassel, leben 25 % der
227 Kinder mit Alleinerziehenden Müttern* oder Vätern*. DIE LINKE fordert, dass Kinder von

228 Alleinerziehenden ein eigenes Zimmer ermöglicht wird. Kinder von Alleinerziehenden sollten nicht
229 benachteiligt werden.

230 36 % aller pflegebedürftigen Heimbewohner sind für ihre Unterbringung und Versorgung auf
231 Sozialhilfe angewiesen. Die finanzielle Belastungen Pflegebedürftiger ist bundesweit um 13,7 %
232 (Durchschnitt) gestiegen. Wir wollen die Eigenanteile in Pflegeheimen senken, die
233 Pflegeversicherung in die alle einzahlen reformieren.

234 **Wohnungslosigkeit**

235 Die HNA veröffentlichte am 28.09.2020 einen Artikel in dem es um Wohnungslosigkeit in der
236 Region geht. Die Wohnungslosigkeit steigt in der Stadt an. 2019 hat die Stadt Kassel 859
237 Obdachlose* oder von Obdachlosigkeit Betroffene untergebracht. Schätzungsweise leben 200
238 Menschen auf der Straße. Immer häufiger sind Frauen betroffen.

239 **Wir fordern deshalb:**

- 240 • Ende der Repressalien gegenüber ALG-II-Bezieher*innen, insbesondere eine Abschaffung
241 aller Sanktionen.
- 242 • Freiwillige Qualifizierung und Weiterbildungsmaßnahmen vom Jobcenter statt Überwachung
243 und Schikane.
- 244 • Bei gleicher Eignung soll die Stadt vorrangig Langzeitarbeitslose einstellen.
- 245 • Sofortprogramm gegen Armut mit folgenden Bestandteilen:
 - 246 ◦ einen Armutsbericht für die Stadt Kassel alle 2 Jahre
 - 247 ◦ ein Sozialticket für den ÖPNV in Höhe von 25 € monatlich
- 248 • Die Personalauswahlkriterien der Stadt sind so zu überarbeiten, dass Frauen im technischen
249 Bereich und in Führungspositionen deutlich bessere Einstellungschancen haben als bisher.
- 250 • Abschaffung der 1-Euro-Jobs und Umwandlung in reguläre Tarifarbeitsplätze. Die Aufnahme
251 von Arbeitsverhältnissen darf nur auf freiwilliger Basis erfolgen.
- 252 • Berechnung der „Kosten der Unterkunft“ für LeistungsempfängerInnen nach den Standards
253 des Bundessozialgerichtes.
- 254 • Beteiligung der Selbstorganisationen der Erwerbslosen am Jobcenter-Beirat als betroffene
255 ExpertInnen.
- 256 • Den Betreuungsschlüssel für Kund*innen des Jobcenters reduzieren, die Mitarbeiter*innen
257 des Jobcenters Kassel besser qualifizieren und entfristen.

- 258 • Zügige Ausstellung von Beratungsgutscheinen der Jobcenter für die
259 Schuldner*innenberatung.
- 260 • Sofortiger Stopp des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst und stattdessen
261 Neueinstellungen und Übernahme der Auszubildenden.
- 262 • Ausbildung über Bedarf bei der Stadtverwaltung und in städtischen Betrieben, statt
263 Ausbildungsmaßnahmen, die nur geringe Chancen für einen Einstieg in den ersten
264 Arbeitsmarkt bieten.
- 265 • Anwendung des Tarifvertrages Nahverkehrsbetriebe (TV-N) Hessen. Stopp der Tarifflicht
266 durch Auslagerung von Arbeitsplätzen in Subunternehmen.
- 267 • Gute Bezahlung im Sozial- und Erziehungsbereich. Kein Personal über Leiharbeiterfirmen.
- 268 • Altersarmut verhindern durch eine Reform der Hilfe zur Pflege (Pflegeversicherung),
269 Eigenanteile in Pflegeheimen senken, Pflegevollversicherung in die alle Bürger*innen
270 einzahlen.
- 271 • Kinderarmut verhindern durch eine Kindergrundsicherung von der Geringverdiener und
272 Erwerbstätige profitieren. DIE LINKE hat ein Konzept für eine Kindergrundsicherung.

273 **1.2. Daseinsvorsorge in öffentliche Hand, unbefristete tarifliche Beschäftigung** 274 **sicherstellen**

275 Wir stehen für eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Ausbau der öffentlichen
276 Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Privatisierung und Auslagerung öffentlicher Einrichtungen
277 und Dienstleistungen lehnen wir grundsätzlich ab. Bereits privatisierte Bereiche sollten
278 rekommunalisiert werden. Erziehung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Altenpflege, öffentlicher
279 Personennahverkehr, Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasserreinigung sowie
280 Müllentsorgung sind öffentliche Aufgaben und müssen öffentliche Aufgaben bleiben. Diese
281 Einrichtungen müssen den Menschen dienen und nicht Profitwünsche privater Kapitaleigner*innen
282 erfüllen. Privatisierungen und Auslagerungen öffentlicher Aufgaben haben gezeigt, dass sie die
283 Dienstleistungen für die Bürger*innen reduzieren und zugleich die Arbeits- und Lohnsituation der
284 Beschäftigten verschlechtern. Auch die zunehmende Beteiligung von privaten Investor*innen an
285 öffentlichen Projekten (öffentliche und private Partnerschaft) lehnen wir ab. Private Investor*innen
286 wollen Gewinne für ihr eingesetztes Kapital erzielen. Langfristig kann das für die Kommunen nur
287 teurer werden. Aber auch dort, wo der Staat seine Gesellschaften, vor allem Krankenhäuser und
288 Stadtwerke, nicht privatisiert, aber dem Wettbewerb des Marktes unterwirft und so zwangsläufig zu
289 den Methoden der Privaten greift, stellen sich alle negativen Folgen für die Bevölkerung und die

290 Beschäftigten ein. Mit der Kommerzialisierung sinken die Leistungen, Gebühren steigen und die
291 Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten verschlechtern sich. Um diesen Entwicklungen zu
292 begegnen, ist mehr demokratische Kontrolle notwendig. Mitglieder in Aufsichtsräten von
293 kommunalen Unternehmen oder solchen mit kommunaler Beteiligung sind der Kontrolle der
294 Stadtverordnetenversammlung zu unterstellen.

295 Kaum etwas unterstreicht die Beschäftigungspolitik des Magistrats so deutlich wie die Fortführung
296 der Auslagerung städtischer Leistungen an private Betreiber*innen und das ist nicht nur eine
297 Begleiterscheinung der Schuttschirmpolitik von 2012 bis 2017, sondern letztlich eine seit den
298 1990er Jahren erkennbare Grundlinie und im Kern eine Bankrotterklärung sozialdemokratischer
299 Politik.

300 Die Auslagerung der Gebäudereinigung z.B. ist eine Fehlentwicklung, die ihren Teil zur Zunahme
301 prekärer Beschäftigung und menschenunwürdiger Billiglöhne in dieser Stadt beigetragen hat. Dass
302 der sozialdemokratische Kämmerer sich damit auch noch brüstet, weil die Stadt Kassel dadurch
303 seit 1999 weit über 20 Millionen Euro eingespart habe – also in erster Linie Personalkosten spart,
304 ist beschäftigungspolitisch kaum nachvollziehbar. Denn was sich hinter dieser
305 betriebswirtschaftlichen Erfolgsmeldung verbirgt, ist die Tatsache, dass durch die Auslagerung der
306 Gebäudereinigung an private Unternehmen die Kostensenkung zu Lasten sowohl zu Lasten der
307 Qualität der Arbeiten als auch zu Lasten der Löhne und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten
308 gegangen ist. Mit anderen Worten: Die hier eingesparten Millionen sind Löhne die den
309 Beschäftigten vorenthalten wurden. Es ist überfällig diese seit Jahrzehnten forcierte Auslagerung
310 von gering bezahlten Arbeiten mit überproportionalem Anteil an Frauen zu beenden.

311 Die privatwirtschaftlich Beschäftigten erhalten für höhere Leistungsanforderungen unter verstärktem
312 Zeitdruck und erhöhter Arbeitsverdichtung geringere Löhne. Solche kommunalen
313 Dumpingregelungen führen zur gesellschaftlichen Ausgrenzung von gering bezahlten Beschäftigten
314 und zu einer Zweiklassenbeschäftigung für Aufgaben des Öffentlichen Dienstes. Und die
315 Kosteneinsparungen gehen nicht nur zu Lasten der Beschäftigten. Durch die Niedrigsteinkommen
316 besteht der Anspruch auf ergänzende Sozialleistungen für viele Haushalte und die Notwendigkeit
317 die unzureichenden Renten per Grundsicherung aufzustocken.

318 Hier wäre es richtig und notwendig, eine Kehrtwende einzuschlagen und ein Zeichen zu setzen für
319 eine sozialverantwortungsvolle Stadtpolitik.

320 So unterläuft z.B. der, bei der städtischen Tochtergesellschaft JAFKA gültige Haustarifvertrag, die
321 für die Kernverwaltung der Stadt Kassel geltenden Bestimmungen des Tarifvertrages für den
322 öffentlichen Dienst (TVöD). Bei der Gesellschaft Beschäftigte müssen Lohneinbußen im Vergleich zu
323 ihren direkt bei der Stadt angestellten Kolleg*innen in Kauf nehmen. Dies steht im Gegensatz zur

324 Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Wie auch in den letzten Beteiligungsberichten
325 nachzulesen ist, führen die ausbleibende Gehaltssteigerungen innerhalb von JAFKA u.a. zu
326 Abwanderung, steigender Unzufriedenheit und sozialer Ungerechtigkeit der Beschäftigten.

327 Auch die Beschäftigung von Frauen in kommunalen Unternehmen und bei der Stadtverwaltung ist
328 immer noch ausbaufähig. Aus dem vom Magistrat vorgelegten Bericht zum Frauenförderplan wird
329 deutlich, dass in den Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, durchaus gut geeignete
330 Bewerberinnen vorhanden sind, diese jedoch letztlich nicht eingestellt werden, weil ihre männlichen
331 Mitbewerber über mehr Berufserfahrung oder über Erfahrung im öffentlichen Aufgabenbereich
332 verfügen. Dies ist vor allem auch ein Ausdruck struktureller Benachteiligung von Frauen auf dem
333 Arbeitsmarkt. Um eine ausreichende Erhöhung des Frauenanteils insbesondere im technischen
334 Bereich und in Führungspositionen erreichen zu können, ist es daher sinnvoll, die Auswahlkriterien
335 Dauer der Berufserfahrung und Erfahrung im öffentlichen Aufgabenbereich in Bereichen, in denen
336 Frauen unterrepräsentiert sind, künftig geringer zu gewichten.

337 Auch die immer noch hohe Zahl an befristeten Arbeitsverhältnissen bei der Stadt und die teilweise
338 kurzen Befristungen von in einigen Fällen gerade mal sechs Monaten sind eine Fehlentwicklung.
339 Und das zieht sich durch etliche Behörden, so beim Jugendamt, beim Gesundheitsamt etc. Dass
340 etwas die Schulsozialarbeit in den meisten Fällen nach wie vor mit befristeten Arbeitsverträgen bei
341 freien Trägern und nicht direkt bei der Stadt Kassel angesiedelt ist, halten wir für kontraproduktiv,
342 auch deshalb, weil die sozialpädagogische Arbeit mit Schüler*innen die Entwicklung von
343 langfristigen und tragfähigen Beziehungen voraussetzt. Wie aber soll das funktionieren, wenn die
344 Menschen die kontinuierlich pädagogisch mit Kindern und Jugendlichen arbeiten sollen, mit einem
345 befristeten Vertrag über sechs Monate angestellt sind, dessen Verlängerung möglich, aber nicht in
346 jedem Fall gesichert ist? Einige Schulsozialarbeiterstellen wurden in den letzten Jahren von der
347 Stadt übernommen. Es muss jedoch flächendeckend sich die Erkenntnis durchsetzen, dass
348 Schulsozialarbeit in öffentliche Trägerschaft gehört. Wir brauchen entschiedenere und
349 weitergehende Maßnahmen in diese Richtung und wir brauchen die Entfristung dieser Stellen. Dafür
350 werden wir uns auch weiterhin einsetzen. Das gilt in ähnlicher Weise auch für andere städtische
351 Stellen. Es ist etwa nicht hinzunehmen, dass Erzieher*innen in städtischen Kitas teilweise immer
352 noch bis zu 5 Jahre in befristeten Stellen arbeiten, während der Bedarf an qualifiziertem Personal
353 deutlich wächst.

354 Dort, wo privatwirtschaftliche Unternehmen kommunale Aufgaben wahrnehmen, sollten bis zur
355 Wiederübernahme der Verantwortung durch die Stadt strikte Vorgaben gemacht werden, um für
356 gute Arbeitsbedingungen zu sorgen. Gerade in frauendominierten Bereichen, wie in der
357 Gebäudereinigung und im sozialen Bereich, sind bei den Unternehmen bzw. Trägern, die für die

358 Stadt Leistungen erbringen, die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung oft schlechter als bei der
359 Stadt, die ihre Beschäftigten nach TVöD-VKA entlohnt. Das führt dazu, dass insbesondere Frauen
360 oft untertariflich entlohnt werden, obwohl die Stadt dies verhindern könnte und gemäß Art. 3 Abs. 2
361 Satz 2 Grundgesetz dazu verpflichtet, ist die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von
362 Frauen und Männern zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken.

363 Die Stadt Kassel sollte Aufträge und Zuwendungen nur noch unter der Bedingung vergeben, dass
364 sich der Auftragnehmer bzw. Zuwendungsempfänger dazu verpflichtet seinen Arbeitnehmer*innen
365 alle Arbeitnehmer*innenrechte uneingeschränkt zugesteht und Arbeitnehmer*innen mindestens in
366 der Höhe zu entlohnen, wie vergleichbare Beschäftigte im öffentlichen Dienst nach TVöD-VKA. Auch
367 das Vorhandensein eines Betriebsrates sollte zu diesen Bedingungen gehören. Bei der Kalkulation
368 der Vergabe sind diese Bedingungen hinsichtlich der Auskömmlichkeit des Preises zu
369 berücksichtigen.

370 **Wir fordern deshalb:**

- 371 • Übernahme der bisher bei privaten Trägern angestellten Schulsozialarbeiter*innen sowie der
372 Beschäftigten der Schulmensen in unbefristete Stellen nach dem TvöD direkt bei der Stadt.
- 373 • Wiedereingliederung der bisher an insgesamt 12 Firmen ausgelagerten Gebäudereinigung
374 mit unbefristeten Stellen nach dem TvöD in den direkten Verantwortungsbereich der Stadt.
- 375 • Tarifliche Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes, sowie generell unbefristete
376 Einstellung vor allem von Erzieher*innen.
- 377 • Vollständige Rekommunalisierung der Städtischen Werke
- 378 • Die Trinkwasserversorgung muss vollständig mit Anlagen und Geschäftsbetrieb an den
379 Eigenbetrieb KasselWasser übergehen. Die rechtswidrige Konzessionsabgabe ist an die
380 Kund*innen zurückzuzahlen.
- 381 • Generelle Rücknahme der Privatisierung städtischer Unternehmen und ihre
382 Wiedereingliederung als Eigenbetriebe der Stadt Kassel.
- 383 • Anwendung des Tarifvertrags Nahverkehrsbetriebe (TV-N) Hessen. Stopp der Tariffucht
384 durch Auslagerung von Arbeitsplätzen durch private Subunternehmen.
- 385 • Die Vergabekriterien für öffentliche Aufträge sind offenzulegen, soziale und tarifpolitische
386 Standards über den Rahmen des Hessischen Vergabegesetzes hinaus sind festzulegen.
- 387 • Die Personalauswahlkriterien der Stadt sind so zu überarbeiten, dass Frauen im technischen
388 Bereich und in Führungspositionen deutlich bessere Einstellungschancen haben als bisher.

- 389 • Erhalt und Ausbau der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand.
- 390 • Schaffung von Arbeitsplätzen durch öffentliche Investitionsprogramme in den Bereichen
- 391 Soziales, Jugend, Kultur, Bildung, Umwelt, Gesundheit und Wohnen.

392 **1.3. Wirtschaft**

393 Die kommunale Wirtschaftspolitik muss Rahmenbedingungen setzen, die sich an den Bedürfnissen
394 und der Kaufkraft der Menschen in Kassel orientieren. Das bedeutet, dass der lokale
395 Wirtschaftskreislauf nachhaltig gestärkt werden muss. Die Erschließung neuer Gewerbegebiete am
396 Stadtrand ist eine Wette in die Zeit, die nicht gewonnen werden kann, wie das Beispiel Langes Feld
397 deutlich aufzeigt. Im Langen Feld sind gerade mal 20 Prozent der Gesamtfläche vermarktet worden.
398 Die direkte wirtschaftliche Betätigung der Stadt Kassel, die über die öffentliche Daseinsfürsorge
399 hinaus geht, muss dem Gebot der Wirtschaftlichkeit erfolgen und einem öffentlichen Zweck dienen.
400 Der Paragraph 121 der Hessischen Gemeindeordnung schreibt dies vor. Leider hat der Magistrat
401 und die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung diesen Paragraphen in der Vergangenheit
402 immer wieder missachtet. Als Paradebeispiel ist hier allen voran der Flughafen Kassel-Calden zu
403 nennen. Zu den übersteuerten Baukosten kommen für die Stadt Kassel anteilmäßig auch die
404 Verlustübernahmen hinzu. Diese beliefen sich im Jahr 2019 auf insgesamt 1,6 Millionen Euro. Vor
405 dem Hintergrund der Klimakrise hat die Stadt Kassel in den kommenden Jahren die Aufgabe, die
406 interkommunale Zusammenarbeit im Zweckverband breiter aufzustellen, damit Ressourcen
407 gebündelt werden können und ökologische Aspekte in der Wirtschaftspolitik einen weit höheren
408 Stellenwert erfahren, als dies in der Vergangenheit der Fall war. DIE LINKE in Kassel ist gegen die in
409 Teilen maßlose Flächenerweiterung einiger Lebensmittel Discounter. Hier werden nicht nur weitere
410 Flächen versiegelt, sondern der Verdrängungswettbewerb in dieser Branche führt zu negativen
411 Konsequenzen, die die Stadt Kassel nicht mehr direkt beeinflussen kann. Eine moderne, sozial
412 ausgewogene und ökologische, kommunale Wirtschaftspolitik wird die Aufgabe für die nächsten
413 Jahre in Kassel sein. Die direkte Bürgerbeteiligung ist insofern zwingend erforderlich, damit die
414 Menschen im Mittelpunkt stehen und der Wirtschaftsstandort Kassel eine gesamtgesellschaftliche
415 Daseinsberechtigung hat.

416 Die Stadt Kassel hat im Jahr 2017 den Schuldenschutzschirm verlassen. Bis Ende 2019 verzeichnete
417 die Stadt 6 Jahre in Folge Haushaltsüberschüsse. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten in Form der
418 Kassenkredite sind auf Null abgesenkt worden. Die Kehrseite der Medaille ist, dass auch nach dem
419 Verlassen des Schuldenschutzschirms ein Großteil der Haushaltsüberschüsse in die Tilgung und
420 sogar in die vorzeitige Ablösung von Schulden - in dem Fall, Investitionskredite - geflossen sind.
421 Sieht man von Bundes- und Landeszuschüssen (Kommunales Investitionsprogramm) im Jahr 2017

422 ab, hat die Stadt leider nur geringfügig, bis gar nicht in ihr Anlagevermögen und die Infrastruktur
423 investiert. Die Investitionsquote der Stadt Kassel in ihren Gebäude- und Anlagenbestand betrug
424 2019 -0,05 %. Eine seriöse und nachhaltige jährliche Investitionsquote liegt zwischen 0,5 % und
425 1,0 %. Die Stadt Kassel liegt mit ihrem Gewerbesteuer-Hebesatz von 440 Punkten v.H. am unteren
426 Ende aller kreisfreien Städte in Hessen.

427 **Wir fordern deshalb:**

- 428 • die moderate Erhöhung der Gewerbesteuer auf 460 Punkte v.H.
- 429 • einen bedarfsorientierten Bürger*innenhaushalt.
- 430 • Erhöhung der Spielapparatesteuer.
- 431 • eine transparente Haushaltsführung, die u.a. eine halbjährliche Bilanz des laufenden
432 Finanzhaushalts beinhaltet.
- 433 • Die Stadtverordnetenversammlung als höchstes demokratisches Gremium in der Stadt muss
434 wieder die Haushaltshoheit haben. Alleingänge des Oberbürgermeisters ohne
435 demokratische Legitimation müssen aufhören.
- 436 • Einstellung von mindestens zwei kommunalen Betriebsprüfer*innen.
- 437 • Jahresüberschüsse der städtischen Eigenbetriebe (z.B. Stadtreiniger) müssen zu gleichen
438 Teilen in das allgemeine Rücklagevermögen fließen und für weitere Investitionen in die
439 technische Infrastruktur benutzt werden.
- 440 • Offenlegung der Geschäftsberichte des städtischen Wohnungsunternehmens GWG GmbH.
441 Der letzte Geschäftsbericht wurde im Jahr 2016 veröffentlicht.
- 442 • Rückstufung des Flughafens Kassel-Calden zum Verkehrslandeplatz. Damit entfielen
443 zumindest die hoheitlichen Kosten, die in die Verlustrechnung einfließen.
- 444 • Keine Anhebung der Grundsteuer B, da diese Steuer zu 100 Prozent auf die Mieterinnen und
445 Mieter umgelegt werden können.
- 446 • Detaillierte Offenlegung des Stiftungskapitals der Stadt Kassel.
- 447 • Stärkung des inhabergeführten Einzelhandels in der Stadt.
- 448 • Kein weiterer Flächenverbrauch durch Lebensmittel Discounter
- 449 • dass sich die Stadtverordnetenversammlung für die Konversion von in Kassel produzierten
450 Waffen ausspricht.

- 451 • Die Erhebung von Nutzungsgebühren gegenüber Unternehmen (Fernbusse und E-Scooter)
452 deren Geschäftsmodell auf der Nutzung öffentlicher Straßen und Wege basiert.
- 453 • Bei der Vergabe von städtischen Aufträgen die nicht ausschreibungspflichtig sind
454 (Auftragsvolumen bis 250.000 €), müssen ausschließlich städtische, bzw. regionale Firmen
455 berücksichtigt werden.
- 456 • Rekommunalisierung der städtischen Versorgungsbetriebe, sowie Rückübertragung aller
457 ordinären städtischen Aufgaben.

458 DIE LINKE fordert, dass die Stadt Kassel insbesondere die Wasserversorgung komplett in den
459 Eigenbetrieb von KasselWasser zurück überträgt.

460 Die Konzessionsabgaben für unser Wasser werden, trotz in letzter Instanz verlorenem Prozess und
461 festgestellter Unrechtmäßigkeit, weiter erhoben. Sie sollen mit erheblichem Aufwand erst nach
462 abgeschlossenem Verfahren zurückgezahlt werden. Um diese Rückzahlungen zu ermöglichen bildet
463 die KasselWasser jetzt Rücklagen. Diese werden durch eine Erhöhung der Grundgebühr für Wasser
464 gebildet. Herr Geselle als Oberbürgermeister und Kämmerer hat es somit geschafft, dass eine
465 unrechtmäßige Zahlung am Ende so oder so von den Bürgern bezahlt werden muss.

466 **Wir fordern deshalb:**

- 467 • Die Rückzahlung der unrechtmäßig erhobenen Abgaben hat aus dem ordinärem Haushalt
468 der Stadt Kassel zu erfolgen.

469 Zur Erhöhung der Transparenz für die Stadtverordnetenversammlung und Bürger*innen, müssen alle
470 Leistungen aus den städtischen GmbHs (Investitionen, Gebührenplanung u.s.w.) offengelegt
471 werden. Diese Betriebe werden von der Stadt als Hauptanteilseigner betrieben und gehören somit
472 den Bürgern*innen der Stadt Kassel. Es kann nicht sein, dass die Bürger*innen von wesentlichen
473 Informationen aufgrund rechtlicher Konstruktionen abgeschnitten sind.

474 2. Gleiche Rechte für Frauen

475 2.1. Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt bekämpfen

476 Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist die Gleichberechtigung der Geschlechter
477 festgeschrieben. Die Realität ist jedoch immer noch geprägt von Ungleichheit in der
478 Arbeitsplatzvergabe, den Arbeitsbedingungen und der Bezahlung.

479 Frauen verdienen heute noch immer weniger als Männer. Um auf das durchschnittliche
480 Jahreseinkommen eines Mannes zu kommen, müssen Frauen im Schnitt fast drei Monate länger
481 arbeiten. Im Jahr 2019 lag der Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern, der sogenannte
482 Gender Pay Gap, in der Bundesrepublik bei 20 % und in Hessen sogar bei 22 %. Frauen arbeiten
483 überdurchschnittlich häufig im sogenannten Niedriglohnsektor. Auch der Anteil von Frauen, die trotz
484 Hochschul- oder Fachhochschulabschluss in diesem Bereich arbeiten, ist deutlich höher als der von
485 Männern. In leitenden Positionen und in technischen Berufen sind Frauen weiterhin
486 unterrepräsentiert. Unter dem Stichwort Flexibilität wird vorwiegend Frauen eine
487 Teilzeitbeschäftigung oder gar ein Minijob angeboten.

488 Dies alles treibt sie in Abhängigkeit von Sozialleistungen und führt zu einer Ungleichheit in der
489 Verteilung der Altersrenten. Eine Zunahme der Altersarmut von Frauen ist die Folge, auch hier in
490 Kassel. Sie sind in besonderem Maße von Hartz IV und Grundsicherung im Alter betroffen.

491 Wir fordern deshalb bei kommunalen Arbeitgeber*innen:

- 492 • Konsequente Umsetzung des hessischen Gleichstellungsgesetzes bei der Stadtverwaltung
493 und in allen kommunalen Betrieben. Bei der Vergabe von Aufträgen durch die Stadt Kassel
494 soll darauf geachtet werden, dass die Auftragnehmer*innen diese Kriterien ebenfalls
495 einhalten.
- 496 • Mindestens 50% Frauen in Führungspositionen
- 497 • Mehr Fort- und Weiterbildungsangebote für Frauen mit der Option zur Übernahme in
498 Führungspositionen.
- 499 • Allgemeine Absenkung der Vollzeitarbeit auf 30 Stunden pro Woche bei vollem
500 Personalausgleich und ohne negative finanzielle Folgen für Arbeitnehmerinnen. Das ist die
501 Voraussetzung dafür, dass bezahlte und unbezahlte gesellschaftlich notwendige Arbeit auf
502 Frauen und Männer gleichberechtigt verteilt werden kann.
- 503 • Der 8. März soll bei kommunalen Arbeitgeber*innen als Feiertag eingeführt werden
- 504 • Rückkehrrecht auf eine Vollzeitstelle nach Ausfallzeiten

- 505 • Sozialversicherungspflichtige und unbefristete Arbeitsplätze.
- 506 • Abkehr von frauendiskriminierenden Kriterien bei Einstellungen, wie z. B. Schlechterstellung
- 507 durch Ausfallzeiten aufgrund von Kindererziehung.
- 508 • Anonymisierte Bewerbungsverfahren zur Sicherung der Gleichstellung

509 **2.2. Versorgungsrelevante Berufe und Carearbeit**

510 Während in Zeiten der Corona-Pandemie das Leben und die Gesundheit der Menschen akut bedroht
 511 ist, zeigt sich überdeutlich, dass die Arbeit in der Gesundheitsversorgung und in vielen Bereichen
 512 der Grundversorgung für unsere Gesellschaft existentiell wichtig ist. In all diesen Berufen arbeiten
 513 traditionell überwiegend Frauen.

514 Gerade die Pflege und Betreuung von Kindern, kranken und alten Menschen wurde in der
 515 Vergangenheit von Frauen in der Familie, oder ehrenamtlich nahezu ausschließlich unbezahlt
 516 übernommen. Aus diesen unbezahlten, gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten haben sich
 517 bezahlte Berufe entwickelt, die jedoch besonders schlecht bezahlt werden. Die Pandemie hat
 518 gezeigt, dass gesellschaftlich notwendigen Berufsgruppen, wie Erzieher*innen und Pflegekräften,
 519 auch mehr finanzielle Wertschätzung entgegengebracht werden muss. Menschen sind wichtiger als
 520 Profite!

521 **Wir fordern deshalb:**

- 522 • Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Eine Angleichung der Gehälter im Gesundheitswesen
- 523 und der Erzieher*innen mindestens an vergleichbare Gehälter in der Großindustrie.
- 524 • Die Überwindung von typischen Männer- und Frauenberufen.
- 525 • Männern und Frauen sollen alle Berufe ohne Hindernisse und Diskriminierung offen stehen.
- 526 • Es darf gesamtgesellschaftlich nicht mehr hingenommen werden, dass Männer sich bei der
- 527 Hausarbeit oder Kindererziehung einfach entziehen können.
- 528 • Patriarchale Strukturen müssen überwunden werden!

529 **2.3. Für ein selbstbestimmtes Leben von Frauen in Kassel**

530 „Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Grundrecht aller Menschen sowie ein
 531 Grundwert jeder Demokratie. Um dieses Ziel zu erreichen, muss dieses Recht nicht nur vor dem
 532 Gesetz anerkannt sein, sondern wirksam auf alle Bereiche des Lebens angewendet werden: Politik,
 533 Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.“ (Einleitung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von
 534 Frauen und Männern auf lokaler Ebene, S. 1)

535 **Gewalt gegen Frauen**

536 Obwohl es in der europäischen Charta so formuliert ist, ist die Gleichstellung von Frauen und
537 Männern bei weitem noch nicht erreicht. Frauen sind z. B. in besonderem Maße der Gewalt von
538 Männern ausgesetzt. Laut einer Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und
539 Jugend sind mehr als die Hälfte der in Deutschland lebenden Frauen von sexueller Belästigung
540 betroffen. Während der Covid-19 Pandemie ist die häusliche Gewalt gegen Kinder und Frauen sogar
541 noch gestiegen.

542 Eine Ursache dieser Gewalt ist die Abwertung von Frauen in den Medien. Frauenverachtende
543 Werbung und die Sexualisierung von weiblichen Geschlechtsmerkmalen in Werbung, Fernsehen und
544 Texten sorgen dafür, dass Frauen weiter zum Objekt gemacht werden. Dadurch sinkt die
545 Hemmschwelle für sexuelle Übergriffe. Dem gilt es entschieden entgegenzutreten.

546 Sexuelle Übergriffe gegen Frauen finden häufig in der Familie oder im Freundes- und
547 Bekanntenkreis statt. Um dem entgegenzuwirken, muss die Selbstermächtigung junger Frauen in
548 den Vordergrund gestellt werden. Grundsätzlich müssen sexuelle Handlungen auf der Zustimmung
549 der Beteiligten beruhen. Sexuelle Belästigung findet sich im Alltag aller Frauen wieder. Gegen eine
550 Sexualisierung des weiblichen Körpers muss auch auf kommunaler Ebene gekämpft werden.

551 Die Rechtsprechung bei sexualisierter Gewalt muss sich energisch gegen die Täter richten. Die
552 Ahndung von Vergewaltigungen und sexueller Nötigung muss dauerhaft durch ein flächendeckendes
553 Angebot zur anonymen Spurensicherung erleichtert werden, um die Betroffenen zu schützen und
554 eine schnelle Strafverfolgung der Täter möglich zu machen.

555 **Wir fordern deshalb:**

- 556 • Unterstützung und Ausbau von Projekten, die Emanzipation und Selbstermächtigung von
557 Mädchen und Frauen fördern, wie das Frauen- und Lesbenzentrum und das Mädchenhaus.
- 558 • Langfristige und ausreichende Finanzierung von Hilfsangeboten für Betroffene von Gewalt,
559 wie z.B. das Frauenhaus, sowie ein Ausbau von Beratungsangeboten, wie Frauen informieren
560 Frauen, Sichtbar und Franka.
- 561 • Den Ausbau von Frauenhäusern
- 562 • Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit, um die Hilfsangebote bekannt zu machen.
- 563 • Ausreichende Finanzierung der Aufklärungsarbeit über die gesundheitlichen und rechtlichen
564 Folgen der Beschneidung bei Mädchen und Frauen

- 565 • Den Ausbau von niedrigschwelligen Beratungsangeboten bei häuslicher Gewalt, z. B. auch
566 Onlineangebote
- 567 • Angebot zur anonymen Spurensicherung bei sexuellen Übergriffen an allen Krankenhäusern
568 in Kassel
- 569 • Muttersprachliche Beratungsangebote und Begleitung durch Übersetzerinnen bei
570 Ämtergängen für Frauen, die von Gewalt betroffen sind.
- 571 • Möglichkeit separater Unterbringung für geflüchtete Frauen mit und ohne Kinder, um
572 Retraumatisierung zu verhindern. Die Information hierüber muss jeder geflüchteten Frau
573 zugänglich gemacht werden.
- 574 • Sprachkurse und Weiterbildungsmöglichkeiten für Migrantinnen
- 575 • Abbau der Gefährdung von Mädchen und Frauen in der Öffentlichkeit durch entsprechende
576 Maßnahmen wie Frauenparkplätze, beleuchtete Wege etc.
- 577 • Verbot von sexualisierter Werbung
- 578 • Dass Nachtclubs und Bars ein Awareness-Konzept (Konzept zur Minimierung von sexuellen
579 Belästigungen) vorlegen müssen, vor Ausstellung der der Schanklizenz
- 580 **Zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Prostituierten in Kassel fordern wir:**
- 581 • Extra Hygiene- und Gesundheitsschulungen mit Prostituierten für die Arbeitnehmer*innen
582 im Gesundheitsamt, um auf die Bedürfnisse der Prostituierten im Gespräch eingehen zu
583 können
- 584 • Umschulungs- und Jobalternativen, wenn Menschen aus der Prostitution aussteigen wollen
- 585 • Sichere und betreute Aufenthaltsräume mit Sanitärräumen und Beratungsstelle in der Nähe
586 der Wolfhager-Straße, um eine sichere Umgebung für Prostituierte zu gewährleisten

587 **3. Sozial-ökologischer Umbau**

588 **3.1. Sozial-ökologischer Umbau der Stadt**

589 Die Klimakatastrophe ist da! Schon heute sind die Temperaturen in Deutschland im Vergleich zum
590 vorindustriellen Zeitalter um 1,5 Grad gestiegen - wir erleben mehr Hitzewellen, Dürren und
591 Starkregen. So überschaubar die derzeitigen Probleme hier in Kassel noch sind, so deutlich
592 zeichnet sich ab, dass kosmetische Eingriffe nicht ausreichen. Kassel braucht konsequente
593 Maßnahmen zur Verhinderung des Klimawandels und Anpassungen an die schon jetzt absehbaren
594 Folgen des Temperaturanstiegs. Wir stehen vor einem gesellschaftlichen Umbruch, der keinen
595 Lebensbereich aussparen wird. Auf kommunaler Ebene müssen wir deswegen nachhaltige
596 Lösungen entwickeln, die sich alle leisten können.

597 Wir, DIE LINKE, wollen den sozial-ökologischen Umbau der Stadt Kassel, also die Verkehrswende hin
598 zur autofreien Stadt, die lebenswerte Umgestaltung und soziale Umverteilung des Stadtraums, eine
599 Konsequente kommunale Energiewende sowie die Agrarwende.

600 **Überleitung**

601 Wir bekennen uns zum Ziel der Klimaneutralität bis 2030 und globaler Gerechtigkeit in Verbindung
602 mit dem 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klimavertrags. Wir setzen uns ein für die Entwicklung einer
603 öffentlich einsehbaren Klimaschutzstrategie der Stadt Kassel mit einem Treibhausgasbudget für die
604 vollständige Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2030 mit verbindlichen Zwischenzielen in
605 allen Sektoren, um Planungssicherheit für alle städtischen, aber auch privaten und gewerblichen
606 Entscheidungen zu bieten. Auf den kommenden Seiten wollen wir unsere Klimaschutzstrategie, den
607 sozial-ökologischen Umbau Kassels vorstellen. Alle folgenden Maßnahmen wollen wir entweder in
608 den kommenden fünf Jahren umsetzen oder zumindest auf den Weg bringen. Unterstützt uns dabei!

609 **3.2. Der Weg zur autofreien Stadt**

610 Die wichtigste Feststellung gleich zu Beginn: Kassel ist nicht von heute auf morgen zur
611 „Autostadt“ geworden, die sie heute ist. Je länger mit den Schritten gewartet wird, desto drastischer
612 müssen sie sein. Ein Blick in die Statistik (Carsten Sommer (2015): NRVP – Kostenvergleich
613 zwischen Radverkehr, Fußverkehr, Kfz- Verkehr und ÖPNV anhand von kommunalen Haushalten, S.
614 100 – 107) macht deutlich, dass der Auto-Verkehr nicht nur den meisten Platz im Verkehrssektor
615 benötigt, sondern auch die höchsten Kosten verursacht. Deswegen wollen wir die Verkehrswende
616 durch eine konsequente Umverteilung dieses Etats finanzieren – zugunsten des Umweltverbundes,
617 bestehend aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr.

618 Die Notwendigkeit dieser komplexen Aufgabe ergibt sich einerseits aus dem zwingenden
619 Handlungsdruck aufgrund der Klimakrise und des großen Anteils des Verkehrssektors am CO2-
620 Ausstoß. Andererseits braucht es aus sozialen Gründen dringend die Verkehrswende. Denn durch
621 die bisherige Kasseler Verkehrspolitik leiden vor allem die Menschen unter Lärm, Dreck und
622 Luftverschmutzung, die an Kassels Hauptstraßen wohnen, und sich häufig selber gar kein Auto
623 leisten können – teilweise auch nicht den relativ teuren Nahverkehr. Das ist ungerecht! Doch egal
624 ob freiwillig oder gezwungen, wer nicht mit dem Auto unterwegs ist, muss sich diesem unterordnen.
625 Fahrrad- und Fußwege sind nur Beiwerk und werden – wenn überhaupt – um Straßen herum
626 geplant. Fußwege sind zu schmal, Radwegen enden ohne Vorwarnung im Nichts. Parkende
627 Fahrzeuge verengen oder versperren, oft ungeahndet, den Weg, was gerade für Ältere und
628 Menschen mit Behinderung belastend ist. Für den Radverkehr sind Wildparker sogar ein
629 Sicherheitsrisiko. Vom fließenden KFZ-Verkehr geht häufig aufgrund von
630 Geschwindigkeitsüberschreitungen oder blanker Unaufmerksamkeit eine tödliche Gefahr aus. Dies
631 gilt es zu ändern!

632 Obwohl die Notwendigkeit einer Verkehrswende also immer deutlicher wird und von vielen
633 Menschen in Kassel auch beständig gefordert wird, setzt die Stadtpolitik diese Forderungen nicht
634 um. Exemplarisch zeigt sich das am Umgang mit der Initiative Radentscheid, welche 22.000
635 Unterschriften gesammelt hat und einen massiven Ausbau der Radwege sowie mehr Sicherheit für
636 Radfahrer*innen und Fußgänger*innen fordert. Ein Jahr nach der großspurigen Ankündigung, Kassel
637 werde wie Kopenhagen, ist das Radfahren in Kassel immer noch frustrierend und sehr gefährlich –
638 vor allem mit Kindern! Die Situation hat sich kaum verbessert, denn konkrete Maßnahmen werden
639 verschleppt oder fallen viel kleiner aus als angekündigt. Außer mehr Farbe auf einigen Straßen
640 sehen Kassels Radfahrer*innen keine Verbesserungen. Das Aussitzen von politischen Beschlüssen,
641 also die Blockade im Rathaus, muss aufhören. Getroffene Beschlüsse müssen transparent und
642 nachvollziehbar umgesetzt werden. Die finanzielle und personelle Ausstattung der für den
643 Radverkehr zuständigen Ämter muss massiv aufgestockt werden – weit über die Ende 2019
644 beschlossene Erhöhung hinaus. Die Stadt Kassel muss sich um mehr ambitionierte Planer*innen
645 bemühen, deren Herz für die Verkehrswende schlägt.

646 Fridays for Future, der Radentscheid, ADFC, Nahverkehr für alle, Wald statt Asphalt, Danni bleibt
647 und viele weitere Initiativen machen sich für die Verkehrswende stark. Wir, DIE LINKE, stehen hinter
648 ihnen und ihren Forderung, denn faire Mobilität ist kein Privileg, sondern ein Grundrecht! Wir wollen
649 sichere und günstige Mobilität, die Menschen zuverlässig von A nach B bringt und gleichzeitig zur
650 Reduzierung des CO2-Ausstoßes und zu sauberer Luft in Kassel beiträgt.

651 **Überblick über unsere Ziele**

652 Unser Ziel ist es, den Fuß- und Radverkehr sowie den ÖPNV soweit zu stärken, dass bis spätestens
653 2035 kein Privat-PKW in der Stadt mehr benötigt wird. Kernelemente dieses Umbaus sind im ersten
654 Schritt bis 2025 eine stadtweite Zone 30, der deutliche Ausbau von Infrastruktur und
655 Personalkapazitäten des ÖPNV, der langfristig kostenfrei wird. Zudem streben wir eine deutliche
656 Aufwertung und Ausweitung des Raums für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen an. Entlang der
657 Hauptverkehrsachsen wollen wir eine baulich getrennte Spur für den Radverkehr, die Nebenstraßen
658 werden wir zu Fahrradstraßen umgestalten. Begleitet wird dieser Umbau durch mehr Carsharing für
659 die innerstädtische Mobilität und Park&Ride für Menschen aus dem ländlichen Raum.

660 **Radverkehr**

661 Das Rad ist neben dem ÖPNV und dem Fußverkehr eine Säule unseres sozial-ökologischen Umbaus.
662 Bis 2030 wollen wir auf den Hauptstraßen jeweils eine Spur für den Radverkehr und Nebenstraßen
663 zu Einbahnstraßen oder verkehrsberuhigten Zonen umbauen. Und weil wir die Vision Zero, also
664 keine Verkehrstoten, verfolgen, wollen wir auf dem Weg zur autofreien Stadt eine bauliche Trennung
665 vom Kfz-Verkehr, denn Farbe ist keine Infrastruktur und schützt schwächere
666 Verkehrsteilnehmer*innen nicht! Gleichzeitig wollen wir einen massiven Ausbau der gesamten
667 Serviceinfrastruktur rund um das Fahrrad herum. Dazu gehören Fahrradstellplätze und
668 Fahrradparkhäuser, Reparaturstationen, Ladestationen für E-Bikes, der Verleih von Lastenrädern
669 und ein deutlich umfangreicheres Leihfahrradsystem.

670 **ÖPNV**

671 Der ÖPNV ist das Rückgrat unserer sozial-ökologischen Verkehrswende. Die letzten fünf Jahren
672 waren durch die Liniennetzreform eher von einem Abbau gekennzeichnet. Zumindest gibt es seit
673 Sommer 2020 das Mittendrin-Ticket für Transferleistungsbezieher*innen zum Preis von 35 Euro –
674 ein kleiner Schritt zum Sozialticket, welches wir seit Jahren gefordert haben. Damit der Umstieg auf
675 den ÖPNV gelingt, muss dieser günstiger werden und bis spätestens 2030 kostenfrei ausgestaltet
676 sein. Gleichzeitig wollen wir mehr Mitarbeiter*innen für die Wartung von Bussen und Bahnen, eine
677 dichtere Taktung in der gesamten Woche und eine deutliche Verstärkung der Randzeiten. Und weil
678 Verlässlichkeit seinen Preis hat, wollen wir neben der Aufstockung auch eine bessere Bezahlung für
679 alle Mitarbeiter*innen im ÖPNV. Mittelfristig muss es mehr Fahrzeuge (keine Verbrenner/nur
680 Fahrzeuge ohne CO₂-Ausstoß) und neue Linien geben. Für uns sind die beiden angedachten
681 Straßenbahnlinien nach Harleshausen und Waldau genauso gesetzt, wie sie nur ein erster Schritt
682 eines kontinuierlichen ÖPNV-Ausbaus sind. Dieser Ausbau muss auch die Verstärkung aller
683 Verknüpfungen in den Landkreis im Blick haben, damit vor allem Pendler*innen auf ihrem Weg nach
684 Kassel umsteigen.

685 **Fußverkehr**

686 Das meistgenutzte innerstädtische Fortbewegungsmittel sind die eigenen Füße, weswegen wir mit
687 unserem sozial-ökologischen Umbau den Fußverkehr in den Mittelpunkt rücken wollen. Wir wollen
688 kurze Wege, statt Umwege. Breite, saubere und besser beleuchtete Fußwege, die nicht durch
689 unrechtmäßig abgestellte Autos versperrt werden. Durch die Aufstockung und Sensibilisierung der
690 Verkehrsüberwachung wollen wir zugeparkte Gehwege und abgesenkte Bordsteine verhindern.
691 Denn gerade die Schwächsten leiden am meisten unter dem Wildwuchs des „ruhenden Verkehrs“.
692 Damit Kinder, ältere und Menschen mit Behinderung sicher die Straßen überqueren können,
693 braucht Kassel deutlich mehr Zebrastreifen. Wir fordern außerdem mehr Sitzmöglichkeiten, kurze
694 Wartezeiten bei Ampeln sowie die Entflechtung von Fuß- und Radverkehr.

695 **Carsharing und Park+Ride verbessern/ausbauen!**

696 Ergänzend zum ÖPNV, Rad- und Fußverkehr wollen wir langfristig für den Transport von Einkäufen
697 stationsgebundenes Carsharing auf festen und kostenfreien Parkplätzen fördern. Unser Ziel ist ein
698 Netz von Stationen, das alle Stadtteile gleichermaßen abdeckt.

699 Auch zukünftig werden Menschen im Landkreis auf das Auto angewiesen sein, weswegen es
700 unerlässlich ist, hierfür Angebote zu schaffen. Wir wollen die bisher unterdimensionierten
701 Park+Ride-Angebote aufwerten und ausbauen. Neben einer höheren Taktung des angeschlossenen
702 ÖPNV wollen wir den Umstieg auf das Rad in die Stadt durch Kombiparkhäuser erleichtern. Die
703 Stadt muss den Umstieg vom Auto auf Rad und ÖPNV attraktiv gestalten.

704 Auf dem Weg zur autofreien Stadt wollen wir, dass Kassel bis 2025 zur Zone 30 wird. Die
705 Reduzierung der Geschwindigkeit spart CO₂ ein, reduziert Lärm und Dreck, erhöht die Sicherheit
706 für alle Verkehrsteilnehmer*innen. Auf dem Weg zur autofreien Stadt wollen wir ebenfalls bis 2025
707 die gebührenpflichtigen Parkbereiche ausweiten und die Gebühren für Kurzparken sowie
708 Bewohnerparkausweise deutlich erhöhen.

709 Denn innerstädtisches Parken nimmt viel Platz im öffentlichen Raum ein, Platz den wir als
710 Gesellschaft anders nutzen können und werden! Wie diese Nutzung des öffentlichen Raums
711 aussehen kann, stellen wir Euch im nächsten Kapitel vor.

712 **3.3. Lebenswerter städtischer Raum**

713 Die Jahre 2018 und 2019 waren durch bisher unvergleichbare Hitzesommer geprägt, deren Spuren
714 immer deutlicher zu Tage treten. Die heißen Sommermonate sind kein einmaliges Phänomen,
715 sondern weisen auf einen langfristigen Trend hin. Hier lässt sich eine stetige Erwärmung des
716 Stadtklimas feststellen, die bereits ihre Auswirkungen zeigt. In den Sommermonaten litten die
717 Bürger*innen unter Hitzewellen, welche sogar heute schon nachweislich die Sterberate erhöhen.
718 Der Habichtswald und die Stadtbäume wie beispielsweise Linden oder Kastanien leiden unter Hitze

719 und Luftverschmutzung, wodurch sie anfälliger für Schädlinge und Krankheiten werden. Mit den
720 Hitzewellen häufen sich auch die Starkregenereignisse. Diese führen immer wieder zu lokal
721 begrenzten, aber starken Hochwassern, wie beispielsweise 2014 an der Drusel oder 2019 an der
722 Losse.

723 Aufgrund dieser sich in Zukunft weiter verstärkenden lokalen Klimawirkungen braucht Kassel ein
724 radikales Umdenken in der Stadtplanung – zum einen, um auch im Rahmen des Klimawandels
725 lebenswert zu bleiben und zum anderen, um den Klimawandel durch klimafreundliche
726 Entscheidungen in der Stadtplanung entgegenzuwirken. In den Jahren 2015 bis 2019 hat die
727 überbaute Fläche in Kassel um 23 ha zugenommen. Versiegelter Boden nimmt kein Wasser auf,
728 speichert Wärme und verstärkt somit die Klimaerwärmung innerhalb der Stadtgrenzen. Diese
729 schleichende Versiegelung muss nicht nur aufgehoben, sondern umgekehrt werden. Hierbei gilt für
730 uns als DIE LINKE die Devise: Der motorisierte Individualverkehr darf keinen Vorrang mehr vor
731 Menschen und Natur haben. Der so gewonnene Raum aus Parkbuchten, Parkplätzen und
732 Fahrbahnen soll genutzt werden, um Kassel klimafest zu machen und dem Klimawandel
733 entgegenzuwirken.

734 **Überblick über unsere Ziele**

735 Mit unseren Maßnahmen zum sozial-ökologischen Umbau wollen wir die Lebensqualität in allen
736 Kasseler Stadtteilen deutlich erhöhen. Mit einer Verdoppelung des Baumbestandes, der
737 großflächigen Entsiegelung, der Begrünung von Fassaden und Dächern wollen wir die Stadt schon
738 heute spürbar vor Überhitzung schützen. Damit sorgen wir für saubere Luft und Kassel wird um
739 viele Grün- und Freizeitflächen reicher.

740 **Wohnungsbau**

741 Neubau ist durch Herstellungs-, Transport- und Entsorgungsprozesse energieintensiver als die
742 Sanierung des Gebäudebestands. Der feststellbare Mangel an Wohnraum resultiert vor allem durch
743 eine ungerechte Verteilung des bestehenden Wohnraums und Leerstands. Deshalb sollen durch
744 einen verantwortungsbewussten sozial-ökologischen Umbau Neubautätigkeiten so weit wie möglich
745 minimiert werden. Jeder Flächenverbrauch muss durch entsprechende Entsiegelung ausgeglichen
746 werden (Netto-Null Flächenverbrauch). So schützen wir vor allem die Landwirtschaft, die in den
747 letzten Jahrzehnten stetig Fläche verloren hat. Statt neue Baugebiete auszuweisen, soll auf das
748 neue Göttinger Modell der Wohnraumagentur zur Verringerung des Wohnraumbedarfs
749 zurückgegriffen werden.

750 Nicht zu vermeidender Neubau und Nachverdichtung soll an die höchstmöglich zu erreichenden
751 ökologischen Standards in Bauweise und zu erreichendem Energiestandard gebunden werden.

752 Neubauten der Stadt und städtische Unternehmen müssen beispielhaft vorangehen. Abriss soll,
753 wenn möglich, vermieden werden. Eigentum verpflichtet, sowohl sozial als auch ökologisch. Daher
754 fordern wir mehr artenreiche Vorgärten - vor allem im Zuge von Neubau- und
755 Verdichtungsmaßnahmen. Wir wollen hierzu alle rechtlichen Optionen zur Erteilung von Auflagen
756 ausschöpfen. Kassel ist durch seine Kessellage besonders auf Frisch- und Kaltluftschneisen
757 angewiesen. Eine konsequente Beachtung bestehender Schneisen und deren Erweiterung in der
758 Stadtentwicklungsplanung ist daher eines unserer städtebaulichen Ziele.

759 **Wasser**

760 Zur Kühlung der Stadt ist Wasser unabdingbar. Durch lokale Verdunstung kann es für angenehmes
761 Klima in den Quartieren sorgen. Hierzu muss der städtische Wasserhaushalt jedoch umgebaut
762 werden: Weg von einer schnellen, unterirdischen Ableitung des Niederschlags und hin zu
763 Versickerungssystemen, auf deren Grundlage sich Kassel perspektivisch zur 'Schwammstadt'
764 entwickeln kann. Wir streben daher einen Rückgang des versiegelten Flächenanteils der Stadt
765 Kassel an. Hierzu sollen Flächen dem motorisierten Individualverkehr entzogen werden und
766 teilweise zu naturnahen Rückhaltebecken und Versickerungsflächen umgestaltet werden. Des
767 Weiteren sollen Gebäude mit Fassaden- und Dachbegrünung ausgerüstet werden, da diese ebenfalls
768 Wasser zurückhalten und es so verdunsten kann. Hierbei kommt wiederum den städtischen
769 Bautätigkeiten eine Vorreiterrolle zu. Wir wollen daher die Begrünung von öffentlichen Gebäuden
770 voran-treiben, um so beispielhafte Modelle für private Sanierungen zu schaffen.

771 Vor allem in Hitzebezirken (z.B. Mitte, Unterneustadt und Vorderer Westen) muss gelten, dass bei
772 Flachdächern oder flachgeneigten Dächern, falls saniert oder neu gebaut wird, Dachbegrünung
773 verpflichtend ist. Hierzu müssen die Bebauungspläne überarbeitet werden.

774 Häufigere Extremwetterereignisse bedeuten auch Stress für Kassels Gewässerökosysteme. Je
775 größer Anpassungskapazität und Widerstandsfähigkeit gegenüber Klimaveränderung sind, desto
776 besser der ökologische Zustand eines Gewässers und dessen Strukturvielfalt. Daher wollen wir die
777 Renaturierung von Kassels Wasserläufen weiter ausbauen.

778 **Stadtverwaltung**

779 Grünflächen für Alle, statt Asphaltwüsten - Kassels Bürger*innen profitieren von Kassels
780 Grünflächen: Von der begrünten Verkehrsinsel bis hin zur Dönche. Grünflächen bieten Lebensräume
781 für Stadtflora und -fauna, sorgen für ein angenehmes Mikroklima, wirken als CO₂-Speicher und
782 dienen der Naherholung. Wie die städtische Infrastruktur, müssen auch die Stadtökosysteme im
783 Rahmen der Erderwärmung angepasst und ausgeweitet werden. Mit einer Verdopplung des
784 Baumbestandes um 70.000 Exemplare bis 2050 wollen wir Kassels grüne Lungen stärken und so fit

785 für den Kampf gegen die Erhitzung machen. Hierbei muss ein besonderes Augenmerk auf der
786 Klimarobustheit und der Regionalität der Neupflanzungen gelegt werden. Die neu gepflanzten
787 Bäume können jährlich ca. 800 Tonnen CO₂ speichern. DIE LINKE setzt sich für den Erhalt und die
788 Ausweitung von Stadtwäldern und stadtnahen Naturschutzgebieten wie dem Eichwald und der
789 Dönche ein.

790 Bei der Flächenpflege sollen naturnahe und ökologische Grundsätze im Vordergrund stehen.
791 Straßenbegleitgrün und Blühwiesen sind von entscheidender Bedeutung für die Vernetzung der
792 städtischen Biotope. Es sollte maximal zweimal im Jahr gemäht und Gehölze nur bei Bedarf
793 geschnitten werden, um so die innerstädtische Biodiversität und insbesondere die Insektenvielfalt
794 zu steigern.

795 Um die städtische Flora zu stärken, wollen wir Initiativen, Vereine und Gemeinschaftsgärten
796 fördern, die sich für mehr Grünflächen in der Stadt einsetzen wie beispielsweise Zentrum für
797 Biologische Vielfalt Kassel oder Essbare Stadt (Gartenprojekt Wesertor, Huttengarten) und sie bei
798 der Flächensuche unterstützen. Durch Teilhabe der Bewohner*innen möchten wir uns für mehr
799 Obstbäume, Beete und Gartenflächen im Stadtgebiet einsetzen. In den Quartieren wollen wir
800 gemeinsam mit Ortsbeiräten, Initiativen aus den Stadtteilen, Kleingartenvereinen,
801 Bildungseinrichtungen und dem Umwelt- und Gartenamt diese Unterstützung organisieren. Die
802 neue naturnahe und landwirtschaftliche Vegetation kann als außerschulischer Lernraum genutzt
803 werden.

804 Die Parks und Grünflächen sind in Kassel ungleich verteilt und ausgestattet. Unser Ziel als DIE
805 LINKE ist eine lebenswerte Stadt für alle und nicht nur die Optimierung einiger weniger
806 Vorzeigegebiete. Daher soll dort primär entsiegelt und bepflanzt werden, wo heute Beton und
807 Asphalt das Stadtbild prägen. Vorrangig wären hier zum Beispiel Begrünung rund um die
808 Holländische oder Ihringshäuser Straße. Denn nur ein sozial gerechter, ökologischer Umbau der
809 Stadt ist eine Transformation, die viele Bürger*innen mitnimmt und somit zum Erfolg führt.

810 **3.4. Konsequente kommunale Energiewende**

811 Für ein klimaneutrales Kassel 2030 brauchen wir 100 % erneuerbare Energien und Unabhängigkeit
812 von fossilen Energieträgern in den Sektoren Strom, Wärme und Mobilität. In den nächsten fünf
813 Jahren stellen wir dafür die Weichen.

814 Der erste Schritt ist für uns, ab sofort jegliche neuen Investitionen in fossile Energieträger zur
815 Strom- und Wärmeerzeugung durch die Stadt Kassel und die städtischen und verbundenen
816 Unternehmen auszuschließen. Zur Verankerung dieser und weiterer hoher Standards streben wir

817 mittelfristig eine verbindliche und umfassende sozial-ökologische Beschaffungsrichtlinie wie in der
818 Stadt Hamburg an.

819 Unser Ziel ist es, alle Erdgas- und Öl-Heizungen im Stadtgebiet Kassels bis 2030 möglichst zu
820 ersetzen. Neben individuellen Wärmepumpen, Solarthermie und (wo nicht anders möglich)
821 Bioenergie spielen Nah- und Fernwärmenetze aufgrund der lokalen Steuerung die zentrale Rolle in
822 der Wärmewende. Das Fernwärmenetz sollte aus diesem Grund ausgebaut und um Nahwärmenetze
823 ergänzt werden. Angesichts der gesamtgesellschaftlichen Vorteile unterstützen wir das
824 Anschlussgebot von Endverbrauchern an bestehende Fern- und Nahwärmenetz unter Ausnahme von
825 Härtefällen.

826 Für eine CO₂-neutrale Fernwärmeversorgung müssen wir innerhalb von zehn Jahren nicht nur den
827 bereits beschlossenen Kohleausstieg zwischen 2023 und 2025 erreichen, sondern auch den
828 Gasausstieg und die Abkehr vom Heizöl. Wir werden eine Wärmeleitplanung anstoßen, welche die
829 kontinuierliche Abschaltung oder Umrüstung aller fossil betriebenen Kraftwerke und Heizwerke
830 Kassels bis 2030 vorsieht. Klimapositive Alternativen sehen wir in großflächiger Solarthermie,
831 Großwärmepumpen und industrieller Abwärme. Für deren effiziente Nutzung ist die Temperatur des
832 Fernwärmenetzes stadtviertelweise abzusenken.

833 Um den Wärmebedarf der Bestandsgebäude zu verringern, braucht es eine großflächige städtische
834 Sanierungskampagne mit kostenfreier Beratung für Wohn- und Nichtwohngebäude. Das Ziel muss
835 eine Steigerung der energetischen Sanierungsrate von jährlich 1 % auf über 5 % sein.

836 Dafür braucht es städtische Steuerung durch das Bauamt und Sanierungsbüros, sowie Info-
837 Veranstaltungen in den einzelnen Stadtvierteln. Damit alle Quartiere saniert werden, soll in jedem
838 Jahr, je nach Anteil unsanierter Bebauung, der Fokus auf mindestens drei Stadtteile gelegt werden.
839 Dabei können die Erfahrungen aus dem Ortskern Bettenhausen und der Eichwald-Siedlung der
840 letzten Jahre genutzt werden.

841 Vermieter*innen dürfen die Kosten dabei nicht auf die Mieter*innen abwälzen. Luxussanierungen
842 und Gentrifizierung müssen verhindert werden. Wir sprechen uns daher, wie in Berlin und Leipzig
843 umgesetzt, für Milieuschutzsatzungen und Mietobergrenzen in allen Sanierungsvierteln aus.

844 Zusammen mit den Wohnungsbaugesellschaften (insbesondere der städtischen GWG) sollen serielle
845 Sanierungen durchgeführt werden. So können mehr Gebäude in weniger Zeit und mit weniger
846 Belastung der Bewohner*innen modernisiert und die Kosten geringer gehalten werden.

847 Städtische Gebäude müssen Vorbilder sein. Daher müssen sie im Neubau und bei Sanierungen
848 verpflichtend den Kriterien für „Energieeffiziente Landesgebäude“ im „hessischen
849 Modell“ entsprechen und in Zukunft, wo verhältnismäßig, nur ökologische Baustoffe verwenden. Um

850 eine Vorbildfunktion mit 10 % Sanierungsrate der städtischen Gebäude zu erreichen, werden
851 Klimaneutralitäts-Zielvereinbarungen mit den städtischen Betrieben einschließlich GWG und
852 Klinikum geschlossen. Die Raumtemperatur aller beheizten Räume der Stadt Kassel und ihrer
853 Betriebe wird in der Heizperiode auf maximal 20°C Innentemperatur begrenzt.

854 Die Potenziale der Solarstromgewinnung sind in Kassel bei weitem nicht ausgeschöpft, dabei hat
855 der Fortschritt hier bereits attraktive Energiespeicher hervorgebracht, die eigene produzierte
856 Energie für den Bedarf rund um die Uhr bereitstellt oder in das Stromnetz einspeist. Bei
857 kommunalen Einrichtungen muss die Kommune als Vorbild vorangehen und ihre Dächer umfänglich
858 mit Solaranlagen ausstatten. Inhaber von Immobilien sollen insbesondere bei Dachsanierungen
859 Informationen und Beratung zu den Vorteilen von der Gewinnung von Sonnenenergie erhalten. Wir
860 unterstützen eine Solarpflicht für die Vielzahl geeigneter Dächer im Neubau und bei
861 Eigentümer*innenwechsel. Die angekündigte städtische Solarkampagne muss deutlich ausgeweitet
862 werden, um auch Mieter*innen einzubeziehen. Mieter*innenstrom-Projekte müssen Standard bei
863 den Mehrfamilienhäusern der Wohnungsgesellschaften werden. Balkonkraftwerke für Mieter*innen
864 sollen durch die Stadt, wie beispielsweise in Freiburg oder Bielefeld mit jeweils 150 % gefördert
865 werden. So wird die Energiewende nicht mehr nur von den Eigenheimbesitzer*innen getragen und
866 kommt in allen Stadtvierteln positiv ins Gespräch.

867 Die dezentrale und demokratische Bürger*innen-Energie muss mit neuem Leben gefüllt werden.
868 Bürger*innen-Windparks und Freiflächen-Photovoltaikanlagen in Doppelnutzung mit Landwirtschaft,
869 auf Konversionsflächen und über Parkplätzen müssen kommunal unterstützt werden. Städtische
870 Flächen werden strukturiert auf die Möglichkeiten der Energieproduktion überprüft. Auch die
871 großen Gewerbe-Hallen und Freiflächen in Waldau, Bettenhausen und dem Mittelfeld müssen für die
872 dezentrale Energieerzeugung aus Solarenergie erschlossen werden.

873 Die Stadt soll mit den Gewerkschaften, der Industrie- und Handelskammer sowie der
874 Handwerkskammer zusammenarbeiten, um Energieeinsparungen in den Betrieben zu erreichen.

875 Kommunale Einrichtungen und Betriebe handeln grundsätzlich nach hohen ökologischen Standards.
876 Die Städtischen Werke sind in der Pflicht, klimagerechte Preismodelle wie warmmietenneutrale
877 Sanierungen und gestaffelt höhere Preise für Vielverbraucher*innen zu entwickeln.

878 **3.5. Agrarwende – für die Gesundheit von Allen**

879 Eine umfassende Agrarwende ist notwendig als Beitrag zum Klimaschutz, aber auch für unser aller
880 Gesundheit und Lebensqualität. Riesige Agrarkonzerne gefährden durch ihre Gewinnorientierung
881 das Wohl von Mensch, Tier und Erde. Dem müssen wir auf kommunaler Ebene so weit wie möglich
882 Einhaltung gebieten. Kassel muss sich in der Region, sowie im Land und auf Bundesebene dafür

883 einsetzen, dass eine umfassende Agrarwende in Gang gesetzt wird. Hier vor Ort kann Kassel direkt
884 beginnen. Ziel muss es sein, die Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft zu senken und mit
885 den Flächen zur CO2-Bindung beizutragen.

886 In den letzten Jahren wurde sich häufig hinter Rahmenbedingungen versteckt, oder einseitig
887 Ansprüche an Private oder Produzent*innen formuliert. Beides müssen wir zusammen denken. Als
888 Kommune sind wir hier an einer wichtigen Schnittstelle. So befinden sich ca. 25 % der Stadtfläche
889 im Eigentum der Stadt Kassel. Die Gesamtfläche aller im Eigentum der Stadt Kassel befindlichen
890 verpachteten Acker- bzw. Grünflächen beträgt ca. 260 ha (200 ha Acker / 60 ha Grünfläche). Nur
891 25 % davon werden biologisch bewirtschaftet. Von 380 Pachtverträgen für Acker- und
892 Grünlandnutzung wirtschaften 378 konventionell, weil die wirtschaftliche Ausrichtung eine
893 Umstellung nicht zulasse. Die unter rot-grün weiter forcierte Verlagerung von Gewerbebetrieben ins
894 Lange Feld, sowie die Siedlungsentwicklung in Nordhausen führen dazu, dass weitere Flächen zur
895 landwirtschaftlichen Nutzung entfallen. Meinen wir es ernst mit der Agrarwende, dürfen keine
896 weiteren landwirtschaftlichen Flächen entfallen. Wir, DIE LINKE, wollen eine Vergabepolitik, die es
897 ermöglicht, dass bis 2030 alle Flächen klimaverträglich und nach Kriterien des Ökolandbaus
898 betrieben werden. Da die wenigsten Betriebe diese Kriterien derzeit erfüllen, wollen wir diejenigen
899 fördern (etwa mit längeren Pachtverträgen), die diesen Kriterien am Nächsten kommen und bei der
900 vollständigen Umstellung unterstützen und beraten. Bevorzugt werden bäuerliche Betriebe,
901 Selbsternte-Äcker, Solidarische Landwirtschaft bzw. Einrichtungen, bei denen das Gemeinwohl über
902 dem Streben nach Gewinn steht. Zur Einhaltung der Vorgaben (keine Bewirtschaftung des
903 Uferrandstreifen, kein Einsatz von Glyphosat und anderen Pestiziden, keine Monokulturen etc.) wird
904 das städtische Personal verstärkt, um die Kontrolle zu gewährleisten.

905 Direkt verbunden mit dieser Agrarwende ist eine Ernährungswende, denn die landwirtschaftliche
906 Produktion ist an die Nachfrage gekoppelt. Und die Stadt ist eine wesentliche Abnehmerin.
907 Angesichts des hohen Anteils der zum Anbau von Futtermitteln genutzten Flächen an der gesamten
908 landwirtschaftlich genutzten Fläche, spielt insbesondere die Reduktion der Nachfrage nach
909 tierischen Produkten eine zentrale Rolle.

910 Warum nicht die Agrarwende richtig anpacken? Unser Ziel ist, dass bis 2030 nur noch an
911 ökologische Betriebe verpachtet wird und in allen Kitas und Schulen Lebensmittel aus regionaler
912 Produktion auf den Teller kommen.

913 Das wäre ein Beitrag zur Kindergesundheit - ein gesundes kostenfreies Mittagessen für alle Kinder
914 dieser Stadt aus regionaler Produktion. Das würde Eltern entlasten, die gerade bei den Schulen in
915 zig Fördervereinen dafür Sorgen tragen müssen, dass die Mittagsversorgung funktioniert.
916 Kommunale Küchen und Kantinen in Stadtteilen würden Arbeitsplätze schaffen (nicht wie jetzt in

917 Zeitarbeit oder über Ein-Euro-Jobs) und könnten sowohl die Nachbarschaft dazu einladen der Saison
918 angepasst leckerer Gerichte kostengünstig zu kochen als auch Seniorenheime und andere Betriebe
919 beliefern. Das Essen ist fleischarm, es gibt immer auch ein vegetarisches und ein veganes Essen.
920 Als kollektive Einkaufsgenossenschaft würde man so auch Produzent*innen Sicherheit bieten ohne
921 überteuerte Preise zu bezahlen. Die Vergabe von Lieferverträgen mit Lebensmittelhändler*innen
922 und landwirtschaftlichen Betrieben muss nach Kriterien der Klimaverträglichkeit ausgerichtet
923 werden, insbesondere auch hinsichtlich Regionalität. In allen städtischen Einrichtungen und bei der
924 Vergabe an von der Stadt finanzierte Projekte wollen wir zur Agrarwende beitragen. Fleischarmes,
925 ökologisches Essen wird ebenfalls als Kriterium für eine städtische Finanzierung aufgenommen.

926 Zusätzlich startet die Stadt Kassel eine Öffentlichkeits-Kampagne zur Aufklärung über die
927 Klimarelevanz insbesondere von tierischen Produkten und andere klimaschädlicher Produkte wie
928 etwa aus dem Globalen Süden importierte, flächen- und wasserintensive Gemüsesorten, um auch in
929 der Gastronomie und den privaten Haushalten zu einer Ausrichtung der Ernährung nach
930 Klimaaspekten beizutragen.

931 Viele der aufgeführten Maßnahmen wollen wir in die städtische Grünsatzung integrieren, die sich an
932 den Vorschlägen des Zentrums für biologische Vielfalt im Kasseler Becken und Umgebung
933 (ZeBiViKS e.V.) orientieren soll.

934 **3.6. Städtische Verantwortung und gesellschaftliche Akzeptanz**

935 Kommunalpolitik hat die Aufgabe zusammen mit der städtischen Verwaltung, mit den Menschen vor
936 Ort, nachhaltige Lösungen für den Klimaschutz und -anpassung zu entwickeln, die sich alle leisten
937 können. Dafür müssen lokale Entscheidungsträger*innen die Klimakrise endlich ernst nehmen.
938 Klimagerechtigkeit muss ab sofort das wichtigste Kriterium bei städtischen Entscheidungen und
939 Investitionen sein, zukünftig soll ein eigenes Dezernat die Umsetzung der Klimaschutzaktivitäten
940 koordinieren und vorantreiben. Die Stadtverordnetenversammlung muss auf den Klimanotstand mit
941 jährlichen Sondersitzungen reagieren, in denen u.a. die Einhaltung der verbindlichen Zwischenziele
942 überprüft wird. Der Stand auf dem Weg zu Klimaneutralität 2030 wird durch einen detaillierten
943 Bericht des Magistrats vorgestellt und anhand überprüfbarer Indikatoren überwacht. Bei nicht
944 Einhaltung der Zwischenziele müssen Konsequenzen folgen, andernfalls besteht die Gefahr, dass
945 die Ziele nur auf dem Papier existieren, wie es derzeit der Fall ist. Da die Generationenaufgabe
946 Klimaschutz viele Änderungen vor Ort braucht, sollen die 23 Ortsbeiräte in Zukunft eine wichtigere
947 Rolle spielen und mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet werden. Das Geld soll insbesondere der
948 Finanzierung von Klimaschutzideen der Anwohner*innen zugutekommen.

949 **Klimaschutzrat kritisch begleiten**

950 Im August 2019 hat die Stadtverordnetenversammlung auf Druck von Klimaaktivist*innen und mit
951 unserer Unterstützung beschlossen bis 2030 klimaneutral zu werden und jährlich 10 %
952 Treibhausgasemissionen einzusparen. Zur Begleitung dieses Ziels wurde ein Klimaschutzrat mit
953 beratender Funktion eingerichtet.

954 DIE LINKE begrüßt die Einrichtung des Kasseler Klimaschutzrates ausdrücklich und erachtet die
955 Expertise dieses Expert*innengremiums als sehr wertvoll. Die Einberufung durch den Magistrat
956 halten wir für verspätet und das Besetzungsverfahren der Themenwerkstätten und des Rates sehen
957 wir als intransparent an. Dieser Intransparenz haben wir bisher durch die Begleitung aller Sitzungen
958 und der Veröffentlichungen von Berichten zur Tätigkeit des Klimaschutzrates entgegengewirkt. Als
959 einzige sozial-ökologisch Kraft wird DIE LINKE diese Aufgabe auch in der Zukunft übernehmen.

960 Der Klimaschutzrat selbst muss sich daran messen lassen, welche der vorgeschlagenen
961 Maßnahmen konkret umgesetzt werden und welchen Beitrag diese zur CO2 Einsparung leisten. Ein
962 hoher Anteil der Maßnahmen beschränkt sich bislang auf Informationskampagnen oder Appelle an
963 höhere politische Ebenen. Die Bilanz zur CO2 Reduzierung im Jahr 2020 fällt bislang entsprechend
964 gering aus. Wir sprechen uns für konsequente Maßnahmen des Klimaschutzrates aus und möchten
965 die Mitglieder ermutigen und darin bestärken, die Qualität der Maßnahmen aus den
966 Themenwerkstätten stets kritisch auf den Prüfstand zu stellen. Wie, DIE LINKE, stellen uns hinter
967 konsequente Maßnahmen aus dem Klimaschutzrat und fordern die schnellstmögliche Umsetzung
968 dieser in den politischen Entscheidungsgremien. Ein Rederecht und Antragsrecht des
969 Klimaschutzrates in der Stadtverordnetenversammlung halten wir drüber hinaus für sinnvoll.

970 Wir wollen, dass nach zwei Jahren (ab Gründung) durch die Stadtverordnetenversammlung geprüft
971 wird, ob die entwickelten Maßnahmen stellvertretend für die Stadtgesellschaft im Sinne des
972 Klimaschutzes sind. Wurde dieses Ziel nicht erreicht, wollen wir, dass der Klimaschutzrat durch
973 einen Bürger*innenrat ersetzt wird. Bei diesem basisdemokratischen Konzept, welches zum Beispiel
974 in Frankreich angewandt wird, beschließen zufällig ausgewählte Bürger*innen mit fachlicher
975 Unterstützung der Themenwerkstätten Maßnahmen.

976 Der Beschluss der Maßnahmen hängt von der Zustimmung der politisch legitimierten Gremien ab
977 und die Umsetzung erfolgt durch die städtische Verwaltung. Zuletzt stellen wir fest, dass ohne eine
978 progressive Mehrheit im Stadtparlament keine Maßnahmen, die eine konsequente CO2 Einsparung
979 verfolgen, durchgesetzt werden können.

980 **Dezernat für Klimaschutz**

981 Um die städtischen Klimaschutzaktivitäten zu koordinieren, unterstützt DIE LINKE die Einrichtung
982 eines neuen Dezernats für Klimagerechtigkeit mit einer umfänglichen personellen und finanziellen

983 Ausstattung. Es soll dafür zuständig sein, die Umsetzung, den Gesamtfortschritt und die soziale
984 Gerechtigkeit der Maßnahmen zu kontrollieren, in Zusammenarbeit mit dem Klimaschutzrat weitere
985 Maßnahmen für Kassel initiieren und die Beteiligung der Bürger*innen sicherstellen.

986 Wir begrüßen das Engagement der rund 30 Organisationen des Klimaaktionsbündnisses. Deren 10
987 Sofortmaßnahmen oder gleichwertige Maßnahmen sollen innerhalb des ersten halben Jahres nach
988 der Wahl in der Stadtverordnetenversammlung diskutiert und beschlossen werden. Der Ausstoß von
989 Treibhausgasen muss durch die beschlossenen Maßnahmen jährlich um mindestens 10 % sinken,
990 um große soziale Verwerfungen durch die ansonsten in zehn Jahren nötigen Pflichtmaßnahmen zu
991 vermeiden. Klimaschutz muss sich am Gemeinwohl orientieren!

992 **Beteiligung und Verantwortung der Bewohner*innen**

993 Zum Thema mehr Bürger*innen-Beteiligung findet sich ein eigenes Kapitel in unserem
994 Wahlprogramm. Im Bereich Klimaschutz unterstützen wir die zivilgesellschaftliche Mitmach-
995 Plattform Kassels Klimaplan und rufen dazu auf, dort Ideen und Maßnahmen für die Klimawende
996 vorzuschlagen und gemeinsam weiterzuentwickeln. DIE LINKE macht sich dafür stark, dass die so
997 entstandenen Maßnahmen in der Stadtverordnetenversammlung aufgegriffen werden und setzt sich
998 auch dafür ein, dass für die Bearbeitung der Maßnahmen mit Stadtteilbezug Ortsbeiratsmitglieder
999 als Klimaschutzbeauftragte ernannt werden. (Sie sollen Verantwortung dafür übernehmen, dass
1000 sinnvolle Maßnahmen weiterentwickelt und in der nötigen Weise der Stadt zur Entscheidung
1001 vorgelegt werden.)

1002 DIE LINKE versteht sich als progressive Kraft für den sozial-ökologischen Umbau und stellt sich den
1003 Herausforderungen des Klimawandels. Wir stehen vor einem gesellschaftlichen Umbruch, der
1004 keinen Lebensbereich aussparen wird. Wir wissen, dass es große Widerstände gegen effektive
1005 Maßnahmen zum Klimaschutz geben wird. Wir stehen fest an der Seite all derjenigen, die sich für
1006 eine Zukunft für Mensch und Umwelt, für Klimagerechtigkeit einsetzen – sei es für den Ausbau der
1007 Tram nach Harleshausen, sei es für den Ausbau des Radverkehrs oder für den Erhalt des Danni.
1008 Lasst uns diese Aufgaben gemeinsam und solidarisch angehen!

1009 **4. Wohnen**

1010 **4.1. Mietenwahnsinn stoppen – Wohnen ist ein Menschenrecht**

1011 Die eigenen vier Wände sind Schutzraum, häufiger Aufenthaltsort und prägen maßgeblich die
1012 Lebensqualität jedes*r Einzelnen. Das Recht auf Wohnen ist ein Menschenrecht der sogenannten
1013 zweiten Generation. Seine Grundlage im internationalen Recht sind Art. 11 des Internationalen
1014 Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR), Art. 16 der Europäischen
1015 Sozialcharta. Günstiger und guter Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen ist für DIE LINKE ein
1016 wichtiges kommunalpolitisches Ziel. Wohnungsspekulationen, Leerstände und Aushöhlung des
1017 Mieter*innenschutzes müssen konsequent gestoppt und eingedämmt werden. Der Bau von
1018 Wohnungen darf nicht zur Quelle der Bereicherung verkommen.

1019 Die Entwicklung der letzten Jahre hat die Situation auf dem Kasseler Wohnungsmarkt weiter
1020 verschärft: Mietpreissteigerungen, Entmietungen, Modernisierungen und Leerstand. Wer eine
1021 Wohnung sucht und wenig Geld hat, muss lange warten. In Kassel wohnen etwa 80 Prozent der
1022 Bevölkerung zur Miete. 2018 gaben Mieter*innen in Hessen durchschnittlich gut 28 Prozent ihres
1023 Nettoeinkommens für die Miete aus, bei einem Einkommen zwischen 900 und 1500 Euro sogar
1024 knapp 38 Prozent. Über 1000 Menschen in Kassel, die Sozialleistungen beziehen, müssen aus dem
1025 niedrigen Regelsatz noch etwas für die Miete abknapsen.

1026 Dank Mieter*inneninitiativen kann inzwischen niemand mehr leugnen, dass der Wohnungsmarkt
1027 angespannt ist. Inzwischen wurde zumindest eine Sozialwohnungsquote beim Bau neuer
1028 Wohnungen eingeführt und Milieuschutz zum Schutz der sozialen Zusammensetzung geprüft. Beide
1029 Instrumente hat die Kasseler Linke ins Spiel gebracht und als erste gesetzt. Damit konnte dem
1030 Dogma, die Kommune habe keine Handhabe ein Ende bereitet werden. Die Umsetzung ist jedoch
1031 löchrig und selbst der Mietpreis neuer Sozialwohnungen liegt weit über den Kosten der Unterkunft.
1032 Die Stadt hat nach wie vor größere Angst davor Investor*innen zu verschrecken, so dass die
1033 Obdachlosigkeit zunimmt. Und die Hauptantwort der Stadt lautet: Bauen, bauen, bauen.

1034 **4.2. Die Stadt kann etwas tun, wenn sie will – kommunalen**

1035 **Handlungsspielraum nutzen**

1036 Anstatt gegenzusteuern, hat die Stadt sich auf eine 'Beobachtung' des Wohnungsmarkts
1037 beschränkt. Die Stadt setzt auf private Investor*innen, die hochpreisige Eigentumswohnungen
1038 errichten, sowie auf die Ausweisung neuer Baugebiete für einkommensstarke Bauwillige. Diese
1039 Ausweitung von Bauflächen für Wohnbebauung folgt den kurzfristigen Interessen Flächen im
1040 städtischen Eigentum zu vermarkten. Öffentlich geförderter, sozialer Wohnungsbau wurde dagegen

1041 vernachlässigt. Die GWG verfolgt nach wie vor die Strategie einer Aufbesserung des „Portfolios“.
1042 Von ehemals über 90 Prozent liegen inzwischen nur noch 78 % der Bestandsmieten und 38 % der
1043 Neuvermietungs-mieten unterhalb der Mietobergrenzen des Unterkunftsbedarfs der Stadt Kassel
1044 (Stand 2018). Selbst bei Neubau von Wohnungen will die GWG nur die Mindestanzahl an sozial
1045 geförderten Wohnungen errichten, wie etwa im Lossegrund. Als städtische
1046 Wohnungsbaugesellschaft sollte die GWG die Versorgung mit Wohnraum für diejenigen absichern,
1047 die auf dem freien Markt keine Chance haben. Stattdessen fordert selbst sie eine Schufa Auskunft
1048 und wird von der Stadt mit immer weiteren Aufgaben wie dem Bau der Eissporthalle zugeschüttet.
1049 Durch kommunale Eingriffe in den Wohnungsmarkt ist sozialer Aufspaltung vorzubeugen und eine
1050 soziale Mischung aller Stadtteile zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund sind die benachteiligten
1051 Stadtteile gezielt zu sanieren und die Bewohner an der Gestaltung mit Entscheidungsrechten zu
1052 beteiligen. Sanierungen, die zur Verdrängung ärmerer Bewohner führen, lehnen wir ab.

1053 **Wir fordern deshalb:**

- 1054 • Nutzung aller Instrumente zu Gunsten der Mieter*innen (Milieuschutz, städtebauliche
1055 Verträge, Sozialplan...)
- 1056 • Ausreichend bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen
- 1057 • Keine Privatisierung kommunaler, öffentlicher und genossenschaftlicher
1058 Wohnungsbaugesellschaften.
- 1059 • Öffentlich geförderter Wohnungsbau muss in der Hand von genossenschaftlichen und
1060 öffentlichen Wohnungsunternehmen wiederbelebt und ausgeweitet werden.
- 1061 • Die GWG muss ihren Versorgungsauftrag wieder ernster nehmen. Veröffentlichung aller
1062 Geschäftsberichte!

1063 **4.3. Kassel braucht ein Wohnungsamt - Wohnen für alle**

1064 Kassel hat kein Wohnungsamt, dabei sollte die Versorgung mit Wohnraum eine zentrale Aufgabe der
1065 Stadt sein. Schon weit vor der Corona-Krise wurde deutlich, wie sehr Lebensqualität von den
1066 eigenen vier Wänden abhängt, dies hat sich während der aktuellen Situation wesentlich verstärkt.
1067 Die Schaffung eines Wohnungsamtes würde Zuständigkeiten bündeln und das Gewicht erhöhen.
1068 Eine massive Aufstockung des Personals ist nötig, damit Anliegen von Bürger*innen schnell
1069 bearbeitet werden können. Ein Wohnungsamt hätte auch die Aufgabe ein Entwicklungskonzept
1070 Wohnen auf den Weg zu bringen und als Ansprechpartner für Mieter in allen Fragen des Wohnens zu
1071 agieren und zur Verfügung zustehen. Seit Jahren verspricht die Stadt die Erstellung dieses
1072 Entwicklungskonzepts, doch produziert wird nur Papier und immer wieder neue Studien. Die Zeit

1073 vergeht unterdessen und Maßnahmen, die vor fünf Jahren noch zielführend waren, sind heute nicht
1074 mehr ausreichend.

1075 **DIE LINKE fordert die Schaffung eines Wohnungsamts mit folgenden Aufgaben:**

- 1076 • Bedarf an günstigem barrierefreien Wohnraum decken. Erstellung und Umsetzung eines
1077 Entwicklungsprogramms Wohnen
- 1078 • Transparente Bündelung von Informationen rund um den Wohnungsmarkt Kassels
- 1079 • Prüfung von kreativen Lösungen zur Umwandlung von Leerstand in Wohnraum
- 1080 • Einrichtung eines Leerstandkatasters
- 1081 • Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen ermöglichen.
- 1082 • Zusammenarbeit mit dem Studierendenwerk und dessen Stärkung.
- 1083 • Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle
- 1084 • Soziale Mischung in allen Stadtteilen sicherstellen.
- 1085 • Sicherung und Schaffung menschenwürdigen Wohnraumes für Menschen mit besonderen
1086 Anforderungen, z.B. alleinerziehende Frauen und Menschen mit Behinderungen
1087 (Barrierefreiheit).
- 1088 • Kosten der Unterkunft: jährliche Anpassung und realistische Gutachten, Sozialwohnungen
1089 müssen bezahlbar sein
- 1090 • Stärkung der Fachstelle Wohnen
- 1091 • Kontrolle der Einhaltung von Förderkriterien bei Sozialwohnungen
- 1092 • Zentrale Anlaufstelle für Sozialwohnungsvergabe

1093 **4.4. Mieter*innen und Bestand schützen – billiger wird's nicht**

1094 Das beste Mittel, um Verdrängung zu verhindern, ist der Schutz der Mietpreise in den
1095 Bestandswohnungen. In den letzten Jahren, haben einige Mieter*innen ihre günstigen Wohnungen
1096 durch (drohenden) Abriss verloren. In der Sophienstraße steht ein ganzes Hochhaus leer. In der
1097 Rembrandtstraße und in der Breitscheidstraße sind es gerade öffentliche
1098 Wohnungsbauunternehmen, die Häuser abreißen wollen um neu zu bauen. Das Ergebnis ist nicht
1099 nur die Verdrängung der jetzigen Mieter*innen, sondern auch dass zahlreiche Wohnungen leer
1100 stehen, obwohl viele Menschen suchen. Gleichzeitig gilt es im Sinne der Nachhaltigkeit die

1101 Wohnungen in Schuss zu halten und den Energieaufwand zu senken. Energetische Sanierungen
1102 müssen daher vorangetrieben werden, aber nicht zu Lasten der Mieter*innen.

1103 **Wir fordern deshalb:**

- 1104 • Weitere Preissteigerung auf dem Wohnungsmarkt verhindern.
- 1105 • Mietrechte stärken: Mieter*innenräte bei öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften
- 1106 • Einrichtung einer Stabsstelle Mieter*innenschutz nach dem Beispiel Frankfurt/Main
- 1107 • Energetische Sanierungen fördern bei gleichzeitigem Schutz der bisherigen Mieter*innen
- 1108 • Milieuschutz zügig umsetzen
- 1109 • Keine Zwangsumzüge wegen Hartz IV. Das ist ein Verstoß gegen die freie Wahl des Wohnorts
1110 und der Privatsphäre
- 1111 • Entschiedenes kommunales Vorgehen gegen Wohnungsspekulation und
1112 Wohnungsleerstand.
- 1113 • Verhinderung von Luxussanierungen

1114 **4.5. Neubau – nur ökologisch verträglich und sozial**

1115 Die Zukunft Kassels liegt nicht darin, fortgesetzt neue Flächen für Wohnbebauung zu erschließen.
1116 Neubau ist durch die graue Energie im Herstellungsprozess energieintensiver als die Sanierung des
1117 Gebäudebestands. Deshalb soll Neubautätigkeit im Stadtgebiet so weit wie möglich minimiert
1118 werden. Jeder Flächenverbrauch muss durch entsprechende Entsiegelung ausgeglichen werden
1119 (Netto-Null Flächenverbrauch). Neue Baugebiete sollen nicht mehr ausgewiesen werden. Auch hier
1120 zeigt sich die soziale Spaltung und die ungerechte Verteilung von Wohnraum. In Kassel wohnen 30
1121 Prozent auf 80 Prozent der Fläche. Angesichts der Klimakatastrophe ist die Ausweisung neuer
1122 Einfamilienhäuser fatal. Die Alternative ist, den Schwerpunkt auf städtisches Wohnen zu setzen und
1123 dafür im Bestand und mit behutsamer Nachverdichtung die Wohnquartiere zu entwickeln. Die
1124 Stärkung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus durch genossenschaftliche und öffentliche
1125 Wohnungsunternehmen sowie die Sanierung und Verbesserung der Wohnqualität müssen die
1126 Schwerpunkte der städtischen Wohnungspolitik werden.

1127 **Wir fordern deshalb:**

- 1128 • Kein weiterer Ausverkauf ökologisch wertvoller öffentlicher Flächen, Siedlungsverdichtung
1129 durch behutsame Nachverdichtung. Keine Wohnbebauung in Dönche-Süd. Stärkung der
1130 Ortszentren.

- 1131 • Vergabe städtischer Flächen nur in Erbpacht statt durch Verkauf.
- 1132 • Vorrang für die Sanierung des Bestandes, einschließlich energetischer Sanierung.
- 1133 • Sozialwohnungsquote von 100 Prozent bei öffentlichen Bauprojekten
- 1134 • Vergabe von Flächen zur Wohnbauentwicklung nach Konzepten und Bevorzugung von nicht
- 1135 gewinnorientierten Trägern, wie Genossenschaften und Mietshäusersyndikate.
- 1136 • Anstellung eines städtischen Bautrupps für eine verlässliche Planung
- 1137 • Modelle wie in Göttingen zur Verringerung des Wohnraumbedarfs anwenden, wie
- 1138 Mitwohnzentrale, Wohnen gegen Hilfe, Umbau, Umnutzungen, Verlagerung individuellen
- 1139 Wohnraums auf gemeinschaftliche Räume und die Förderung von Mehrgenerationenhäusern

1140 **4.6. Obdach- und Wohnungslosigkeit - ohne Wohnung geht es nicht!**

1141 Die Wohnungs- und Obdachlosigkeit steigt in den letzten Jahren ständig auch in Kassel. Als
 1142 Wohnungslos werden Menschen bezeichnet die über keinen mietvertraglich abgesicherten
 1143 Wohnraum verfügen und von der zuständigen Kommune in einem Heim der Wohnungslosenhilfe
 1144 untergebracht werden. Obdachlos sind Menschen hingegen dann, wenn sie auf der Straße schlafen
 1145 und somit Kälte und Gewalt Dritter ausgesetzt sind. In Kassel gibt es nach offiziellen Schätzungen
 1146 ca. 530 Obdachlose. Die verdeckte Wohnungslosigkeit liegt noch höher. Damit taucht die Stadt
 1147 Kassel im Statistikbericht der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. auf. Gefährdete
 1148 Mietverhältnisse, fristlose Kündigungen, Räumungsklagen können zu Wohnungslosigkeit führen, in
 1149 der Stadt Kassel sind die aktuellsten Zahlen auf 1717 solcher Fälle angestiegen. Obdach- und
 1150 Wohnungslosigkeit sind oft Ergebnis defizitärer Familienverhältnisse, häuslicher Gewalt,
 1151 psychischen oder Drogenproblemen sowie prekären Einkommensverhältnissen.

1152 Mittlerweile ist es leichter eine Arbeit zu finden, als eine Wohnung oder auch nur ein Zimmer. Das
 1153 zeugt nicht nur von dem Angespannten Wohnungsmarkt sondern auch davon, dass sich Menschen
 1154 selbst mit einer Arbeit keine Wohnung leisten können. Die Angst vor Wohnungslosigkeit ist eine
 1155 extreme gesundheitliche Belastung und Beschränkung von Freiheit. Frauen, die zu Hause Gewalt
 1156 erfahren, haben es so etwa schwerer der Situation zu entkommen. Es zeigt sich deutlich, dass der
 1157 Anteil der Frauen unter den Wohnungslosen steigt und dass diese immer jünger werden oder Kinder
 1158 haben.

1159 **Dagegen muss wie folgt gehandelt werden:**

- 1160 • Prävention: siehe Stabsstelle Mieterschutz
- 1161 • Verlässliche Finanzierung und Ausbau der Unterstützungsstrukturen

- 1162 • Menschenwürdige Übergangswohnungen mit eigenem Bad und Küche um zur Ruhe zu
- 1163 finden (Mindestmaß sichern)
- 1164 • Stärkung Sozialarbeit (unbefristete Verträge, mehr Stellen etc.)
- 1165 • Sicherstellung bedarfsgerechter Hilfen für Frauen in einer Wohnungsnotfallsituation
- 1166 • Sicherstellung der medizinischen Versorgung von Wohnungslosen Menschen

1167 **4.7. Gemeinsam verändern – den Wohnungsmarkt in Bewegung bringen**

1168 Wenn die meisten Parteien von dynamischer Stadtentwicklung sprechen, meinen sie Aufwertung,
1169 Verdrängung, hübschere Fassaden für einkommensstarke Familien. Was wir brauchen, ist eine
1170 Dynamik, die dem Mietenwahnsinn ein Ende bereitet. Nur durch Druck und Öffentlichkeit und den
1171 Kampf um jedes Haus, wird es gelingen die Stadt im Sinne der Menschen zu entwickeln. In diesem
1172 Sinne unterstützt DIE LINKE Mieter*inneninitiativen, und sieht die Stadt Kassel in der
1173 Verantwortung sich auch auf Landes- und Bundesebene für eine Wohnungspolitik einzusetzen, in
1174 der Wohnraum keine Ware mehr ist.

1175 **5. Bildung, Jugend, Kultur, Freizeit und Sport**

1176 **5.1. Eine zukunftsfähige Politik für Kinder und Jugendliche**

1177 Die Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Stadt müssen wahrgenommen und durchgesetzt
1178 werden. Kinder und Jugendliche brauchen Lebensperspektiven und soziale Räume, in welchen sie
1179 Mitwirkungsmöglichkeiten nutzen und sich als Akteur*innen ihrer Kultur ausprobieren können. Die
1180 Voraussetzung dafür ist der uneingeschränkte Zugang zu Bildungseinrichtungen und eine
1181 ausreichende Anzahl kostenloser Freizeiteinrichtungen.

1182 Auf Bundesebene werden aktuell die Weichen für eine Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe neu
1183 gestellt. Mit der Reform des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) und der Einführung eines
1184 Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule kommen erhebliche Änderungen, die
1185 uns gewisse Sorgen bereiten. Denn die Regierung investiert dabei nicht in unsere Zukunft - die
1186 Kinder, Jugendlichen und Familien - sondern versucht die Hartz-IV- Logik des Fördern und Forderns
1187 mehr und mehr im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik zu verankern. Die Stadt Kassel muss diese
1188 Bundesgesetze umsetzen, sie haben also direkte Auswirkungen auf die Familien vor Ort.

1189 Bei den Bedürfnissen und Bedarfen von Kindern, Jugendlichen und deren Familien darf nicht
1190 gespart werden. Gerade die junge Generation zeigt uns weltweit schonungslos auf, dass es so nicht
1191 weitergehen kann. Auch in Kassel müssen wir zuhören, die jungen Menschen zu Wort kommen
1192 lassen und ihre Themen für die Zukunft dieser Stadt nach oben auf die politische Agenda setzen.

1193 **Wir fordern deshalb:**

- 1194 • Finanzierung von ausreichend kostenlosen Freizeiteinrichtungen unter Mitbestimmung der
1195 Kinder und Jugendlichen und unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von
1196 Mädchen und jungen Frauen.
- 1197 • Kommunale Initiative zur Wiedereinführung des Wahlalters 16 bei Kommunalwahlen.
- 1198 • Freiraum für Kinder und Jugendliche, z.B. durch den Ausbau und Erhalt von legalen
1199 Graffitiflächen oder Abenteuerspielplätzen.
- 1200 • Instandsetzung, Erhalt und Neubau kommunaler Spielplätze und kinder- und
1201 jugendgerechter Erlebnisräume.
- 1202 • Finanzierung und finanzielle Unterstützung von kulturellen Angeboten für Kinder und
1203 Jugendliche wie zum Beispiel Ferienfreizeiten, Ferienspielen, Konzerten, Mitmachangeboten
1204 usw.
- 1205 • Einrichtung eines Jugendbeirats für die Stadt Kassel als Beirat 1. Ordnung

1206 • Weiterentwicklung der projektorientierten Kinder- und Jugendbeteiligung. Kinder- und
1207 Jugendliche sind nicht nur kurzfristig und im Rahmen von Projekten zu beteiligen, sondern
1208 bei “allen das Kind berührenden Angelegenheiten”. (Vergleich Artikel 12 UN-
1209 Kinderrechtskonvention) Die Stadt Kassel muss die Beteiligung voll und ganz sicherstellen
1210 und entsprechende Verfahren dafür entwickeln.

1211 • Einrichtung einer unabhängigen kommunalen Ombudsstelle (Beschwerdestelle) für Kinder
1212 und Jugendliche entsprechend der Empfehlungen des Bundesnetzwerk Ombudschaft
1213 ([https://ombudschaft-jugendhilfe.de/wp-content/uploads/Positionspapier-BNW-](https://ombudschaft-jugendhilfe.de/wp-content/uploads/Positionspapier-BNW-Ombudschaft.pdf)
1214 [Ombudschaft.pdf](https://ombudschaft-jugendhilfe.de/wp-content/uploads/Positionspapier-BNW-Ombudschaft.pdf))

1215 **5.2. Bildung fängt bei den Jüngsten an**

1216 Kinder zu bilden und zu erziehen ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben unserer Zeit.
1217 Die Art und Weise, in der wir heute Kindern begegnen, wirkt sich entscheidend darauf aus, wie sie
1218 der Welt von morgen gewachsen sein werden, und wie diese Welt aussehen wird. Bildung „von
1219 Anfang an“ und Chancengleichheit setzen voraus, dass auch Kinder Zugang zu Bildung haben, deren
1220 Eltern sozial und/oder finanziell benachteiligt sind. Bildung ist ein Menschenrecht und muss von
1221 Beginn an gebührenfrei und kostenlos jedem Menschen gleichermaßen zur Verfügung stehen.
1222 Daher fordert DIE LINKE den flächendeckenden Ausbau von ganztägig arbeitenden
1223 Kindertagesstätten. Um dies sicherzustellen muss der Kitausbau dort wo der meiste Bedarf ist
1224 vorrangig vorangetrieben werden. Gerade dem Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter
1225 drei Jahren kommt hierbei große Bedeutung zu. Diese müssen sowohl sachlich, räumlich als auch
1226 personell gut ausgestattet und schon von der Krippe an von Elternbeiträgen befreit sein. Denn nur
1227 ein gleicher Zugang zu guter Bildung durchbricht die Abhängigkeit von Herkunft und
1228 Bildungsbiografie. Gute frühkindliche Bildung ist nur mit einem guten Betreuungsschlüssel möglich,
1229 der Leitungsfreistellung, die mittelbare pädagogische Arbeit und die Anleitung von Auszubildenden
1230 stärker berücksichtigt. Der Beruf der Erzieher*in geht mit einer mehrjährigen Ausbildung und einer
1231 hohen Verantwortung einher, er verdient wesentlich mehr gesellschaftliche Anerkennung. Um mehr
1232 Erzieher*innen zu halten und zu gewinnen, sind bessere Bezahlung und bessere
1233 Arbeitsbedingungen unabdinglich.

1234 **Wir fordern deshalb:**

1235 • Kostenlose KiTa und Krippenplätze für alle Kinder im Wohnumfeld in dem von den Eltern
1236 gewünschten Umfang (halb- oder ganztags). Berücksichtigung der Schichtarbeitssysteme,
1237 d.h. Öffnungszeiten vor 5:30 Uhr und bis 22:30 Uhr.

- 1238 • Zügiger Ausbau der Kindertageseinrichtungen, in denen eine qualifizierte Förderung durch
- 1239 pädagogisches Fachpersonal für alle gewährleistet ist. Den Einsatz von Nicht-Fachkräften
- 1240 lehnt DIE LINKE ab. Den Männeranteil wollen wir erhöhen.
- 1241 • Anhebung der Gehälter im Sozial- und Erziehungsdienst. Ausbildung und Fortbildung
- 1242 müssen verbessert werden.
- 1243 • Die Stadt Kassel muss sich für eine Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes
- 1244 einsetzen.
- 1245 • Angebote müssen sich an den Bedürfnissen der Kinder, nicht an den Bildungsansprüchen
- 1246 der Erwachsenenwelt orientieren.
- 1247 • Eine Qualitätssicherung und -verbesserung im Vorschulbereich zur Förderung eines
- 1248 gerechten sozialen Miteinanders durch Integration, interkulturelles Lernen und der
- 1249 Förderung der Sprachfähigkeit.
- 1250 • Emanzipative und spielerische Konzepte, die unterschiedlichen Anforderungen der
- 1251 Vorschulerziehung gerecht werden und die alle Beteiligten mit einbeziehen.
- 1252 • Eine Verbesserung der Zusammenarbeit der Vorschulerziehung und der Schulerziehung, um
- 1253 einen ganzheitlichen Ansatz in die Schulen zu tragen.
- 1254 • Regelgruppen im Kindertagesstättenbereich von 20 Kindern mit zwei Fachkräften –
- 1255 perspektivisch eine Regelgruppengröße von 15 Kindern mit zwei Fachkräften.
- 1256 • Gruppen mit Kindern unter drei Jahren oder erhöhtem Förderungsbedarf müssen kleiner
- 1257 sein und mit mehr Personal ausgestattet werden.
- 1258 • Gesunde und kostenlose Verpflegung unter Berücksichtigung verschiedener
- 1259 Ernährungskonzepte in Bioqualität.
- 1260 • Die Einrichtung von Spielplätzen mit hochwertigem Betreuungsangebot und die verstärkte
- 1261 Ausweisung von Spielstraßen (verkehrsberuhigten Zonen) in Wohngebieten.
- 1262 • Zentrale Erfassung von Kitaanmeldungen online (städtische und freie Träger gemeinsam),
- 1263 Vergabe durch Einrichtungen

1264 **5.3. Schule für Toleranz und individuelle Förderung**

1265 Die soziale Herkunft bestimmt in keinem anderen Industriestaat die Bildungs- und Berufschancen

1266 stärker als in Deutschland. Die Schulpolitik der letzten Jahre hat diesen Zustand nicht verbessert.

1267 Mehr noch, die Corona-Pandemie hat diese Tendenz bundesweit und auch in Kassel verstärkt. Für

1268 einen langen Zeitraum ist Schule als Lern- und sozialer Ort verloren gegangen, was besonders
1269 Kinder mit ärmeren Eltern getroffen hat.

1270 Auch in der Stadt Kassel ist diese Ungerechtigkeit schon lange sichtbar: Kinder aus ärmeren
1271 Stadtteilen haben deutlich geringere Chancen auf schulische und berufliche Erfolge als Kinder aus
1272 wohlhabenden Stadtteilen.

1273 Die schulische Bildung in Hessen ist Landessache. Die jetzige Schwarz-Grüne Landesregierung hält
1274 an einem Schulsystem fest, das auf Selektion, überprüfbares Wissen und so genannte
1275 „Kernkompetenzen“ hin ausgerichtet ist. Auch während der Pandemie stand im Bildungsbereich vor
1276 allem das Aufrechterhalten von Abschlussprüfungen auf der Tagesordnung, weniger echte
1277 Lernsituationen.

1278 Seit 2015 ist die Stadt Kassel „Modellregion“ für die schulische Inklusion, dem gemeinsamen
1279 Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Schüler*innen. Dieses Projekt erweckt den
1280 Eindruck, als wären Schulen Orte, die die Entwicklung von Fähigkeiten und Fertigkeiten und
1281 Persönlichkeitsentwicklung frei ermöglichen und in die behinderte SchülerInnen nur endlich
1282 „eingeladen“ werden müssten. Das gemeinsame Lernen von Kindern und Jugendlichen
1283 unterschiedlichen Alters und Entwicklungsstandes, mit körperlichen und geistigen Besonderheiten
1284 und auch unterschiedlicher sozialer Herkunft wird jedoch schon durch das mehrgliedrige
1285 Schulsystem institutionell unterbunden. Zudem sind die Prozesse in den Schulen ausgerichtet auf
1286 Leistung und Konkurrenz untereinander und einer größtmöglichen Anpassung an den Arbeitsmarkt.
1287 Sie dienen damit einem ökonomischen Verwertungsinteresse. Dem können auch engagierte
1288 Lehrer*innen und alternative Schulkonzepte nur wenig entgegensetzen. In die Ausgrenzung von
1289 Schüler*innen, die nicht in dieses Leistungssystem passen, sollen nun auch behinderte Kinder und
1290 Jugendliche aufgenommen werden. Solange diese Ausgrenzungsdynamik weiter tabuisiert wird, gibt
1291 es für nichtbehinderte und behinderte Schüler*innen keine echte Inklusion. (Erkennbar ist dies
1292 auch an den Vereinbarungen mit dem Land Hessen, die keinerlei zusätzliche Stellen für
1293 sozialpädagogische Fachkräfte im gemeinsamen Unterricht vorsehen. Die Eckpunkte, nach denen
1294 Inklusion in Kassel umgesetzt werden soll, machen deutlich, dass bei uns wie auch in den anderen
1295 hessischen Modellregionen eine Sparlösung zum Einsatz kommt.) Dies lehnt DIE LINKE ab. Statt
1296 Auslese heißt unser Prinzip Förderung. Dort, wo Entscheidungen auf kommunaler Ebene getroffen
1297 werden können, werden wir uns für jeden Schritt einsetzen, der das mehrgliedrige Schulsystem
1298 durch inklusive Gemeinschaftsschulen ersetzt. Wir stehen für ein anderes Schulkonzept und
1299 unterstützen die Bewegung und die Kämpfe von Schüler*innen und Studierenden, Eltern und
1300 Lehrer*innen für eine bessere Ausstattung der Bildung und einer Schule für alle.

1301 DIE LINKE fordert Ganztagsschulen mit fachlich ausgebildetem Personal, das zu einer individuellen
1302 Förderung der Kinder in der Lage ist. Dazu gehört eine entsprechende räumliche und sachliche
1303 Ausstattung der Schulen. Kostenloses, in öffentlichen Küchen gekochtes, gesundes Bio-Essen, muss
1304 zum Standard jeder Schule gehören. Eine öffentliche Förderung von Privatschulen, die von Eltern
1305 Schulgeld verlangen, lehnen wir ab. Diese Schulen können die soziale Ungerechtigkeit unter
1306 Schüler*innen noch verstärken und stehen im krassen Widerspruch zu unserer Forderung nach
1307 einer Schule für alle.

1308 Schüler*Innen müssen über Angebote im freizeitpädagogischen Bereich, Berufswahlförderung und
1309 Beratung in Konflikt- und Problemsituationen in ihrer persönlichen Entwicklung gestützt und
1310 gefördert werden. Um sie an demokratische Prozesse heranzuführen, soziales und politisches
1311 Lernen sowie bspw. eine gewaltfreie Streitkultur im Schulalltag zu verankern, ist der Ausbau der
1312 Schulsozialarbeit von wesentlicher Bedeutung. Voraussetzung für eine gelingende Beziehungsarbeit
1313 in diesem Bereich ist es, langfristig ansprechbare Bezugspersonen an den Schulen zu haben, zu
1314 denen die Schüler*innen ein Vertrauensverhältnis aufbauen können und die in die Lage versetzt
1315 werden, pädagogische Angebote langfristig zu entwickeln. Zu beobachten ist jedoch, dass gerade
1316 mal an sieben weiterführenden Schulen in der Stadt kommunal koordinierte Schulsozialarbeit
1317 durchgeführt wird. Darunter sind Schulen, die mit vielfältigen sozialen Problemen zu kämpfen haben
1318 (Schule Hegelsberg, Carl-Schomburg-Schule, Offene Schule Waldau) nur mit 1,5 Stellen bedacht
1319 werden. Das wollen DIE LINKE ausbauen. Teilweise sind diese Stellen auch noch schulfinanziert,
1320 also nicht von der Stadt selbst. Schulsozialarbeiter*innen haben oft, prekäre und befristete Stellen,
1321 so werden die oben genannten 1,5 Stellen unter jeweils zwei Mitarbeiter*innen aufgeteilt. Dies führt
1322 zu einer hohen Fluktuation, die sich auf die soziale Arbeit an der Schule nur ungünstig auswirken
1323 kann. Es kann nicht sein, dass Schüler*innen in prekären Lebenslagen von Sozialpädagog*innen in
1324 ebenso prekären Beschäftigungsverhältnissen betreut, unterstützt und beraten werden. Weiterhin
1325 kann es nicht in der Verantwortung der einzelnen Schule liegen, ob es zusätzliche
1326 Schulsozialarbeiter*innen gibt. Schlussendlich gibt es auch Schulen, vor allem Gymnasien, die ganz
1327 ohne Schulsozialarbeit auskommen müssen. Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie gab es jedoch
1328 Unsicherheiten und soziale sowie häusliche Schwierigkeiten bei Schüler*innen aller Schulformen.
1329 DIE LINKE tritt daher für mehr Stellen, sowohl für die allgemeine Schulsozialarbeit an allen Schulen,
1330 als auch für die Übergangsbewältigung von der Schule in den Beruf, ein und zwar unbefristet und
1331 direkt bei der Stadt Kassel. Weiterhin fordern wir besondere Maßnahmen zur Integration und
1332 Inklusion von Schüler*innen mit besonderen Problemlagen.

1333 Wir wollen eine Schule für alle, frei von Militarismus und neoliberalem Wirtschaftsdenken. Deshalb
1334 verwahren wir uns dagegen, dass der Bundeswehr, dem Internetportal „Wirtschaft und

1335 Schule“ mittels kostenfreien Unterrichtsmaterialien und den Projekten der Bertelsmann-Stiftung ein
1336 exklusiver Zugang zu den Schulen verschafft werden soll.

1337 Wesentliches Ziel der kommunalen Schulpolitik muss es sein, der Landespolitik etwas
1338 entgegenzusetzen und einen Ausgleich für die vielfältigen Benachteiligungen zu schaffen, unter
1339 denen ein großer Teil der Kinder und Jugendlichen aufwachsen muss. Die Lebenssituation von
1340 Alleinerziehenden und Familien mit Migrationshintergrund ist besonders zu berücksichtigen.
1341 Zunehmend finanzieren sich Schulen aus privaten Mitteln (Elternspenden und Sponsoring). Dies
1342 verstärkt die soziale Ungleichheit und untergräbt die Reste von Chancengleichheit. Schulen mit
1343 einkommensstarker Elternschaft werden bevorzugt, die Schulen der Armen benachteiligt. Die Stadt
1344 Kassel hat als Schulträger die Verantwortung, die Qualität aller Schulen zu sichern. Dazu gehören
1345 der Erhalt und der Ausbau der Gebäude sowie deren Ausstattung nach den Bedürfnissen von
1346 Schüler*innen und Lehrenden.

1347 **Wir fordern deshalb:**

- 1348 • Ein durchlässiges Bildungssystem und bessere Chancen auf lebenslanges Lernen.
- 1349 • Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, hin zu einer wohnortnahen Bildung aller
1350 SchülerInnen in inklusiven Gemeinschaftsschulen – eine Schule für alle.
- 1351 • Ausbau der Schulsozialarbeit durch unbefristete Stellen direkt bei der Stadt Kassel mit dem
1352 Ziel, Selbstbewusstsein, Selbstbestimmung und Toleranz für alle zu fördern.
- 1353 • Übernahme der bisher bei privaten Trägern angestellten Schulsozialarbeiter*innen sowie der
1354 Beschäftigten der Schulmensen in unbefristete Stellen nach dem TVöD direkt bei der Stadt.
- 1355 • Ausstattung aller Schulen mit einer sozialpädagogischen Fachkraft pro drei Schulklassen
1356 zusätzlich zum bestehenden Förderbedarf.
- 1357 • Tarifliche Bezahlung im gesamten Bildungsbereich (z.B. auch Schulassistent*innen),
1358 angelehnt an den Tarifvertrag öffentlicher Dienst.
- 1359 • A13 als Eingangsbesoldung für alle Lehrkräfte. Die Stadt Kassel soll beim Land Hessen
1360 Druck für die Besserstellung v.a. der Grundschullehrkräfte (bis jetzt: A12) machen.
- 1361 • Regelmäßige und kostenlose Fortbildungsangebote für die Kolleg*innen in der inklusiven
1362 Beschulung.
- 1363 • Einrichtung einer unabhängigen Beratungsstelle für Eltern, die über die unterschiedlichen
1364 Möglichkeiten schulischer Inklusion berät.
- 1365 • zusätzliche Mädchen- und Jungenspezifische außerschulische Kinder- und Jugendangebote

- 1366 • Weiterbildungsmöglichkeiten für pädagogische Fachkräfte mit interkultureller und
1367 gendersensibler Pädagogik.
- 1368 • Deutlich schnellere Sanierung von Schulgebäuden über die bisher geplanten hinaus, in
1369 enger Absprache mit den Schüler*innen und Lehrenden.
- 1370 • Dauerhafte Ausstattung bzw. Umbau aller Schulgebäude nach barrierefreien Standards
1371 genauso wie nach den hygienischen Vorgaben, die im Rahmen der Corona-Pandemie
1372 gemacht wurden.
- 1373 • Ausstattung der Schulen mit funktionierendem W-LAN mit gesicherter Verfügbarkeit für
1374 Schüler*innen und Beschäftigte sowie aller Räume mit Beamern oder Smartboards als
1375 Ergänzung zu Tafel oder Whiteboard. Zur Beschleunigung des Ausbaus soll die Stadt Kassel
1376 vorgesehene Projekte im Rahmen des Digitalpakts vorfinanzieren.
- 1377 • Einstellung von IT-Fachpersonal zur Unterstützung von Schulen beim Ausbau der IT-
1378 Infrastruktur und beim Support. Pro Schule soll mindestens ein*e IT-Techniker*in eingestellt
1379 werden, der/die mit pädagogischen IT-Koordinator*innen zusammenarbeitet.
- 1380 • Die Ausstattung aller Schüler*innen zu Beginn ihrer Schulzeit in der Mittelstufe mit
1381 leistungsstarken Laptops, die diese nach 6 Jahren privat übernehmen können.
- 1382 • Garantie fester Öffnungszeiten und eines öffentlich finanzierten und pädagogisch
1383 qualifizierten Angebots zur Nachmittagsbetreuung an allen Schulen.
- 1384 • Recht auf eine kostenlose und gesunde warme Mahlzeit in Bio-Qualität am Tag für alle
1385 Schüler*innen unter Berücksichtigung unterschiedlicher Ernährungsgewohnheiten.
- 1386 • Übernahme der Fahrtkosten für Klassenfahrten, Schulweg und Schulausflüge für alle
1387 Schüler*innen.
- 1388 • Mehr Berufsberatung in Schulen, die junge Frauen ermutigt, frauenunspezifische
1389 Jobs/Ausbildungswege zu ergreifen.
- 1390 • Ausbau von Schulzentren zu Lebensmittelpunkten durch Anbindung von Bibliotheken,
1391 Freizeit-, Kultur- und Sportangeboten sowie die Möglichkeit, Räume unbürokratisch für
1392 Initiativen anmieten zu können.
- 1393 • Keine 1-Euro-Jobs im Bildungsbereich, stattdessen zusätzliche Stellen zu tarifvertraglich
1394 geregelten Bedingungen, zum Beispiel bei der Hausaufgabenbetreuung,
1395 Bibliotheksverwaltung und im Cafeteriabetrieb.

- 1396 • Schulen müssen öffentlich so umfassend finanziert werden, dass sie nicht auf private
1397 Spenden und Sponsoring angewiesen sind.

1398 **5.4. Politische Bildung ist gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe**

1399 Gerade im Bereich der außerschulischen Bildung ist es wichtig, dass die Kommune Bildung als ihre
1400 Aufgabe wahrnimmt. Kommunale Entscheidungen betreffen die Lebenswelt der Menschen meist
1401 direkt, deshalb eröffnen sich in diesem Feld viele Möglichkeiten der politischen Bildung,
1402 idealerweise durch Beteiligung der Bürger*innen am politischen Prozess. Nur so kann allen
1403 Bürger*innen die Möglichkeit gegeben werden, sich aus eigenem Antrieb in den politischen Prozess
1404 einzubringen. Das Ziel politischer Bildung sollen mündige Menschen sein. In der Verfügung zur
1405 projektorientierten Kinder- und Jugendbeteiligung verpflichtet sich die Stadt Kassel dazu, Kinder
1406 und Jugendliche an allen Entscheidungen, die ihre Lebenswelt betreffen, zu beteiligen.
1407 Projektorientierte Beteiligung bedeutet, dass junge Menschen jeweils anlassbezogen in die
1408 Entscheidungsfindung kommunaler Angelegenheiten einbezogen werden. Bildung kennt keine
1409 Altersgrenze. Erwachsenenbildung ist ein wichtiger Pfeiler in der Persönlichkeitsentfaltung.
1410 Institutionen wie Seniorenbildungsstätten, die VHS u.a. müssen kommunal unterstützt werden.
1411 Gerade im Zuge der Digitalisierung und Umstrukturierung vieler Lebensbereiche ist
1412 Erwachsenenbildung unerlässlich, um „ältere“ Generationen nicht abzuhängen. Weiterhin darf
1413 Bildung auch Spaß machen, etwa der Sprachkurs für den nächsten Urlaub. Auch Weiterbildung für
1414 den Beruf oder für sich selber sollten in jedem Alter möglich sein und gehören zu einer
1415 demokratischen Gesellschaft.

1416 **Wir fordern deshalb:**

- 1417 • Kinder und Jugendbeteiligung muss grundsätzlicher Bestandteil im politischen
1418 Entscheidungsprozess und in der Verwaltung der Stadt sein.
- 1419 • Die Beteiligungsprojekte in der Stadt müssen transparent sein und ihre Wirksamkeit
1420 überprüft werden.
- 1421 • Kinder und Jugendliche müssen intensiver an der Planung kommunaler Vorhaben beteiligt
1422 werden.
- 1423 • Außerschulische politische Bildung muss als kommunale Aufgabe wahrgenommen und
1424 entsprechend ausfinanziert werden.

1425 **5.5. Ausbildungsplätze schaffen, Übernahme sichern, Zukunft fördern!**

1426 Arbeitslosigkeit und fehlende Ausbildungsplätze sind für Jugendliche in Kassel immer noch eine
1427 beängstigende Realität nach dem Ende ihrer Schulzeit. Die Stadt und die städtischen Betriebe
1428 haben daher eine besondere Verantwortung bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen und der
1429 Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

1430 In vielen städtischen Betrieben werden die Auszubildenden nach der Ausbildung nicht
1431 übernommen. Im Klinikum Kassel konnte u.a. durch kontinuierliche Kampagnenarbeit die
1432 Übernahme fast aller Auszubildenden nach dem Examen erreicht werden. Eine Übernahmegarantie
1433 gibt es noch längst nicht, diese ist jedoch notwendig, um jungen Menschen in Kassel eine
1434 Perspektive anbieten zu können. Deshalb unterstützt DIE LINKE nach wie vor den Kampf der
1435 Auszubildenden am Klinikum Kassel und in allen anderen Kasseler Betrieben für die unbefristete
1436 Übernahme in ein Vollzeit-Arbeitsverhältnis im erlernten Beruf und treten für die zusätzliche
1437 Schaffung von qualifizierten Ausbildungsplätzen zu tarifvertraglichen Bedingungen ein. Ausbildung
1438 schafft Perspektiven und Einstiegsmöglichkeiten für junge Menschen in die Berufswelt.

1439 Allerdings müssen wir festhalten, dass die Betriebe nur denjenigen jungen Menschen eine
1440 Ausbildungsstelle anbieten, die von vornherein besonders qualifiziert sind und so möglichst
1441 „kostenneutral“ als normale Arbeitskraft eingesetzt werden können. Als Ausrede wird häufig die
1442 nicht vorhandene Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen herangezogen. Appelle von
1443 Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen verhallen viel zu oft unbeachtet. Die
1444 verfehlte Bildungspolitik, das dreigliedrige Schulsystems und soziale Ungerechtigkeit darf jungen
1445 Menschen nicht zum Nachteil bei der Berufswahl werden. Deshalb dürfen Schulabschlüsse kein
1446 alleiniges Auswahlkriterium sein und Betriebe müssen bereit sein, mehr als den gerade
1447 notwendigen Aufwand zu betreiben um Inhalte erfolgreich zu vermitteln.

1448 Betriebe und Verwaltungen profitieren in hohem Maße von gut ausgebildeten Fachkräften. Aus
1449 diesem Grund kann auch erwartet werden, dass Anstrengungen unternommen werden, Defizite
1450 auszugleichen, die junge Menschen aus verschiedenen Gründen mit in die Ausbildung bringen.
1451 Städtische Betriebe sollten hier eine Vorbildfunktion übernehmen.

1452 **Wir fordern deshalb:**

- 1453 • Unbefristete Übernahme der Auszubildenden in ein Vollzeit-Arbeitsverhältnis im erlernten
1454 Beruf bei den städtischen Betrieben.
- 1455 • Erhöhung der Ausbildungsquote bei den städtischen Betrieben auf 10 % der Beschäftigten
1456 als ersten Schritt zur Schaffung weiterer Ausbildungsplätze.

- 1457 • Private Unternehmen dürfen nur kommunale Aufträge erhalten, wenn sie, neben anderen
- 1458 sozialen und ökologischen Kriterien, auch Ausbildungsstandards einhalten.
- 1459 • Über eine Ausbildungsplatzabgabe im Rahmen der Gewerbesteuer sollen Unternehmen, die
- 1460 nicht ausbilden, steuerlich sanktioniert werden.
- 1461 • Keine Umgehung der Tarifverträge des öffentlichen Dienstes, zum Beispiel durch die
- 1462 Verlagerung regulärer Ausbildungsplätze in gemeinnützige Ausbildungsgesellschaften oder
- 1463 durch falsche Eingruppierung junger Beschäftigter unterhalb ihrer ausgeübten Tätigkeit.
- 1464 • Durchsetzung des Verbots ausbildungsfremder Tätigkeiten in den kommunalen Betrieben.
- 1465 Durch Betriebsvereinbarungen muss den städtischen Jugend- und
- 1466 Auszubildendenvertretungen ein Kontrollrecht eingeräumt werden.
- 1467 • An Berufsschultagen müssen die bei städtischen Betrieben angestellten Azubis von der
- 1468 betrieblichen Arbeit befreit werden.
- 1469 • In allen städtischen Betrieben müssen Haupt- und Realschüler*innen mindestens
- 1470 entsprechend ihrem Anteil an den gesamten Schulabgängern eines Jahrgangs eingestellt
- 1471 werden.
- 1472 • Städtische Betriebe sollen ihren Auszubildenden Unterstützungsleistungen (z.B. Nachhilfe)
- 1473 kostenfrei zur Verfügung stellen.
- 1474 • Städtische Betriebe müssen eine Lehr- und Lernmittelfreiheit garantieren.
- 1475 • Keine Benachteiligung von Frauen und Mädchen im Handwerk
- 1476 • Die Berücksichtigung von Situationen von Frauen mit Kindern: Unterbrechung der
- 1477 Ausbildung erleichtern durch variable Anerkennung der Vorleistungen oder
- 1478 Teilzeitausbildung ermöglichen.
- 1479 • Babypause in der Unterbrechung zwischen Ausbildung und Berufseinstieg erleichtern.

1480 **5.6. Kultur für alle**

1481 Die freie Entfaltung von Kunst, Kultur und Wissenschaft und der Zugang aller

1482 Bevölkerungsschichten zu Kultureinrichtungen sind Voraussetzungen für eine demokratische

1483 Gesellschaft. Deshalb muss Kultur für alle Menschen erschwinglich und zugänglich sein. DIE LINKE

1484 tritt nicht nur für die Förderung von "etablierter" Kultur, sondern ebenso für die Unterstützung von

1485 Subkultur ein. Kultur, Kunst und Kreativität dürfen nicht einer Verwertungslogik zum Opfer fallen.

1486 Daher sehen wir "creative economies" und "creative industries" kritisch.

1487 Kultur- und Freizeitangebote sind eine unverzichtbare Grundlage unseres Zusammenlebens. Kultur
1488 ist ein Grundbedürfnis des Menschen und damit ein Wert an sich. Kultur muss für alle Menschen
1489 erschwinglich und zugänglich sein. In einer Stadt wie Kassel, die seit Jahrhunderten geprägt ist von
1490 der Zuwanderung von Menschen unterschiedlicher Herkunft, ist Kultur der Mittler für Begegnung
1491 und wechselseitigem Verständnis. Sie darf nicht nur als Wirtschaftsfaktor gesehen werden, dank
1492 Documenta liegt die Verbindung zwar nahe, jedoch sollte Kultur mehr leisten und bieten. Kultur
1493 schafft Möglichkeiten zur Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit, mit der Gegenwart und
1494 eröffnet eine gemeinsame Zukunft. Nicht nur auf passiver Ebene, auch Ermutigung und
1495 Unterstützung in allen sozialen Schichten zur eigenen Entwicklung der Kreativität und Kultur soll
1496 gefördert werden.

1497 Kassel hat, wie auch andere hessische Großstädte, das Problem, dass Kunst und Kultur zu großen
1498 Teilen unter der Organisationshoheit des Landes stehen und nur mittelbar durch die Stadt gestaltet
1499 wird. Unter Landeshoheit stehen bspw. Schloss und Park Wilhelmshöhe, Orangerie und Aue,
1500 Landesmuseum, Tapetenmuseum und Staatstheater. An Letzterem ist die Stadt jedoch kostenmäßig
1501 beteiligt. Was anderenorts selbstverständlich ist, eine vergünstigte gemeinsame Eintrittskarte für
1502 alle Kultureinrichtungen, ist in Kassel nicht in Sicht. Land und Stadt agieren aneinander vorbei. Eine
1503 Einbindung in die Stadtentwicklung wird verweigert. Die Kasseler Kulturpolitik, geprägt von
1504 Grimmwelt und Documenta, dienen der Förderung des Kulturtourismus. Daher ist unser zentrales
1505 Anliegen die Demokratisierung der Kultur und damit das Einbeziehen der vielen Initiativen, Projekte,
1506 Vereine und freien Gruppen in eine kontinuierliche, finanzielle Förderung. Durch einen Kulturrat
1507 könnte diese demokratisch mitgestaltet werden.

1508 **5.6.1. Kulturelle Bildung**

1509 Kulturelle Bildung muss besonders für Kinder und Jugendliche ausgebaut werden. Der Eintritt in alle
1510 öffentlichen Museen muss für Schüler*innen sowie für Studierende kostenlos sein. Kinder- und
1511 Jugendtheater sind so zu fördern, dass jedes Schulkind in Hessen einmal im Jahr eine Vorstellung
1512 besuchen kann. Förderung von Kultur- und Kommunikationsinitiativen in den großen Wohngebieten
1513 unter besonderer Berücksichtigung der Interessen von Frauen, Kindern und Jugendlichen wie
1514 Musikschulen, Museen sowie weitere Kultureinrichtungen und -angebote sind so zu fördern, dass
1515 sie gebührenfrei oder für alle bezahlbar bleiben. Ebenso müssen Bibliotheken besonders
1516 Stadteilbibliotheken erhalten und ausgebaut werden, die Nutzung muss ohne Gebühren möglich
1517 sein.

1518 **5.6.2. Selbstorganisation in der Kunst- und Kulturszene fördern und** 1519 **ausfinanzieren**

1520 In Kassel findet sich eine große und vielschichtige Kulturszene. Kunsthochschule, Staatstheater und
1521 Musikakademie sind hier maßgebliche Institutionen. Für eine kulturelle Stadtentwicklung ist eine
1522 konsequente Unterstützung und Entwicklung der gesamten Kulturlandschaft geboten. Eine sinnvolle
1523 Industriebrachennutzung und Umwandlung, wie beim Kulturzentrum Schlachthof, wäre auch bei der
1524 Salzmannfabrik sinnvoll und möglich gewesen. Die besondere Unterstützung und Finanzierung der
1525 Kulturstandorte muss in Zukunft zu einem Schwerpunkt der Kulturpolitik werden. Neben den
1526 offiziellen Kulturangeboten haben sich Orte wie Henschelgelände, Kulturbahnhof und Vereine und
1527 Gemeinschaften über viele Jahre, ohne wesentlichen kommunalen Beitrag, zu festen Institutionen
1528 des städtischen Kulturlebens entwickelt. Diese müssen erhalten bleiben. Die Stadt muss sich für
1529 die Standortsicherung der bestehenden Initiativen einsetzen. Alle von der Stadt (mit)finanzierten
1530 Institutionen sind von massiven Mittelkürzungen bedroht. Die Kulturfinanzierung für freie
1531 Kulturanbieter und Initiativen verharret seit vielen Jahren auf einem nahezu eingefrorenen Niveau.
1532 Zuwächse im Kulturetat werden schwerpunktmäßig für vertraglich vereinbarte Tarifsteigerungen und
1533 neue Großprojekte in den Haushalt eingestellt. Die zukünftigen Steigerungen im Kulturetat sollen
1534 transparent und anteilig fest vereinbart auch den sonstigen Kulturszenen, Institutionen, Initiativen
1535 und Projekten zugutekommen. Dies ist in einem zukunftsfähigen prozentualen Verhältnis im Sinne
1536 der Gleichbehandlung und Gerechtigkeit im Kulturetat zu vereinbaren und vom Kulturamt im Dialog
1537 mit den Trägern auf Antrag zu vergeben.

1538 Viele Kultur- und Freizeitangebote in unserer Stadt werden nur durch ehrenamtliche Arbeit
1539 ermöglicht. Soziokulturelle und integrative Breitenarbeit, vor allem unter Einbeziehung von
1540 Jugendlichen und Kindern, droht zu scheitern, weil selbst kleine Beträge oft verweigert werden. Dies
1541 erfordert eine entschlossene städtische Fürsorge und Pflege der gesamten Kulturlandschaft.
1542 Eigenständige und freie Kulturinitiativen, sowie soziokulturelle Zentren müssen noch besser
1543 gefördert werden, erhalten bleiben und in ihrer Selbstverwaltung gestärkt werden. Insbesondere
1544 Kulturangebote, die seitens der documenta geschaffen und von der Gesellschaft gut angenommen
1545 wurden, müssen nachträglich weiterhin gefördert werden.

1546 Das Clubsterben begann bereits vor dem Coronaausbruch, zunächst waren kleine Kulturstätten wie
1547 die Barracuda Bar oder der Musikförderverein betroffen. Bald folgten größere Angebote wie das
1548 Spot und das Fiasko. Für bereits angeschlagene Clubs, wie das ARM und die Nachhallen (MT),
1549 folgte dann Anfang des Jahres das Aus. Clubs, Diskotheken, Konzerthallen, Festivals sind nicht nur
1550 eine Vergnügungsstätte und haben einen Mehrwert, sie bieten die Möglichkeit der Integration, des
1551 Abbaus der interkulturellen Hürden und sozialen Austausch. Sie sind somit ein wichtiges Gut für
1552 unsere Gesellschaft.

1553 **Keine Selbstprekariisierung von Kulturschaffenden**

1554 Kunst und Kultur ist ein Produkt wie jedes andere und erfordert Arbeit. Deswegen muss dieses
1555 Produkt auch nach Tarif bezahlt werden. DIE LINKE fordert daher, dass Mindeststandards und
1556 Mindesthonorare für freiberuflich und künstlerisch Tätige festgelegt werden.

1557 **(Frei)Räume**

1558 Kunst und Kultur braucht Räume um sich zu entfalten. Kulturelle Räume müssen besondere
1559 Voraussetzungen erfüllen, für Tanz und Theater, für Malerei, für Musik. Es fehlt in Kassel nicht nur
1560 an bezahlbarem Wohnraum, sondern auch an bezahlbaren Freiräumen zur Entfaltung und kreativen
1561 Ausübung. Da die Stadt all ihr Liegenschaften veräußert hat, zuletzt das kleine Grundstück hinter
1562 dem Hugenottenhaus, ist sie nicht in der Lage einen Ort für Kunst und Kultur zu schaffen. Es reicht
1563 hier nicht, sich auf die Privatwirtschaft zu verlassen und zu hoffen, dass ein*e Investor*in solch
1564 einen Ort zur Verfügung stellt. Investor*innen sind gewinnorientiert, die Förderung von Kunst und
1565 Kultur ist kein Geschäft mit dem man Geld verdient. Deswegen muss hier kommunal eingegriffen
1566 werden; Gebäude zurückgekauft und den Akteuren zur Verfügung gestellt werden. Passende
1567 Objekte stehen in ausreichender Anzahl zur Verfügung. Der Ankauf des Agathofbunkers hat deutlich
1568 gemacht, dass die Stadt weiß wie es geht. Nun muss sie auf diesem Weg weiter gehen.

1569 In der Kulturkonzeption wurde festgeschrieben, dass es ein Zentrum für Kreativwirtschaft geben
1570 wird, dies dient der Vermarktung von Kunst. Gleichzeitig soll ein Zentrum für Kulturproduzent*innen
1571 errichtet werden. Dies dient mehr der Förderung von Entstehung neuer Ansätze, es wird dringend
1572 benötigt.

1573 **Die Stadt Kassel, der OB und die documenta.**

1574 Kassel, die documenta-Stadt. Damit wird gerne geworben. Die Debatten rund um die documenta in
1575 den letzten Jahren haben jedoch dem Image der Stadt in der internationalen Kunst- und Kulturszene
1576 sehr geschadet. Es wurden Kleinstadtpossen um Standorte für Documenta Kunstwerke veranstaltet
1577 und das „Ja-nein-vielleicht-oder-besser-doch-woanders-Spiel“ rund um das documenta-Institut wirkt
1578 mittlerweile nur noch lächerlich.

1579 Kassel muss sich der Verantwortung bewusst werden, als documenta-Stadt auch mal progressive
1580 Ideen nach vorne zu bringen und andere Ansätze zuzulassen.

1581 Zuerst muss die Stadt lernen, wie man mit seinen Bewohner*innen umgeht, wenn es um
1582 Großprojekte und Vorhaben geht, die im öffentlichen Interesse stehen. Auch die Art und Weise der
1583 Entscheidung in der Kultur muss zum Projekt passen und im Falle des zu bauenden documenta-
1584 Instituts fordert DIE LINKE zuerst das Einbeziehen der Stadtgesellschaft und interessierter
1585 Bürger*innen. Kultur braucht mehr statt weniger Demokratie.

1586 **Die Auswirkungen der Coronapandemie auf die Kulturszene abfedern**

1587 In der aktuellen Stunde ist es das Gebot der Stadt, Geld in die Hand zu nehmen, um zu verhindern,
1588 dass die Kunst- und Kulturszene durch die Pandemie ausgedünnt wird. Viele Kulturschaffende sind
1589 Solo-Selbstständige, Minijober oder prekär Beschäftigte und somit stark von Umsatzeinbußen
1590 betroffen. Dies gilt es auszugleichen. Einige konnten nach dem ersten Lockdown langsam wieder
1591 arbeiten, andere ,wie z.B. Diskothekenbetreiber*innen, haben zwischen der ersten und zweiten
1592 Welle nicht einen einzigen Tag Geld verdienen können. Diese Verdienstaussfälle sind unverschuldet.
1593 Zur Sicherung des sozialen Friedens und des Gemeinwesens muss hier jede politische Ebene in
1594 Verantwortung gehen und gemeinnützige Träger und Vereine unterstützen, damit diese irgendwann
1595 wieder starten können. Solche großen Einschnitte können nur durch gesellschaftlichen
1596 Zusammenhalt und staatliche Hilfe erfolgreich gemeistert werden.

1597 DIE LINKE erwartet von der Stadt Kassel einen Sozialfond für alle von Corona betroffenen Kunst-
1598 und Kulturschaffenden. Dieser muss wirklich unbürokratisch, schnell und rückzahlungsfrei vergeben
1599 werden.

1600 **Wir fordern deshalb:**

- 1601 • Förderung der Vielfalt der lebendigen Kasseler Kulturszene
- 1602 • Umsetzung der beschlossenen Kulturkonzeption 2030
- 1603 • Verbindliche vertragliche Sicherungen der städtischen Kostenbeteiligung für bisher
1604 unterstützte Initiativen und Vereine. Haushaltsmäßige Absicherung eines Postens für neue
1605 Kulturaufgaben und eine demokratische Entscheidung über die Mittelvergabe.
- 1606 • Förderung von Kultur- und Kommunikationsinitiativen in großen Wohngebieten unter
1607 besonderer Berücksichtigung der Interessen von Frauen, Kindern, Jugendlichen und
1608 Migrant*innen. Für einen ergebnisoffenen „Dialog der Kulturen“.
- 1609 • Kulturrat wie in der Kulturkonzeption festgeschrieben
- 1610 • Sicherung im Bestand und Ausbau der Stadtteilbüchereien, Rücknahme der durchgeführten
1611 Schließungen.
- 1612 • Keine Gebührenerhöhungen für öffentliche Kultureinrichtungen.
- 1613 • Gemeinsame, vergünstigte Eintrittskarte für alle Kulturinstitutionen in Kassel, wie sie in
1614 anderen Städten schon bestehen.
- 1615 • Einführung eines Sozialpasses, der Erwerbslosen, Geflüchteten und sozial benachteiligten
1616 Menschen den kostenlosen Zugang zu allen öffentlichen Kultureinrichtungen ermöglicht.

- 1617 • Einen kostenfreien Museumstag pro Woche
- 1618 • Barrierefreier Zugang zu allen öffentlichen Gebäuden und Kultureinrichtungen.
- 1619 • Kulturorte in den Stadtteilen nachhaltig stärken.
- 1620 • Gleichberechtigte Berücksichtigung von Vereinen, Initiativen und Anbieter der freien Kunst- und Kulturszene.
- 1621
- 1622 • Änderung des Status im Baugesetzbuch, sodass Clubs nicht mehr als Vergnügungsstätte, sondern als Kulturstätte eingeordnet werden.
- 1623
- 1624 • Öffentliche und kostenlose Räume für Alle, mehr Sitzgelegenheiten und Unterstellmöglichkeiten bei Regen.
- 1625

1626 **5.7. Sport und Freizeit**

- 1627 Die sportliche Betätigung findet ihren verfassungsrechtlichen Schutz im Grundrecht der freien
 1628 Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG). Aber ein verfassungsrechtlich verbrieft Schutz,
 1629 ist in der Praxis noch lange kein Garant für eine Sportpolitik die allen Menschen zu Gute kommt.
- 1630 DIE LINKE in Kassel setzt sich deshalb dafür ein, dass die kommunale Sportförderung nach sozialen
 1631 und ökologischen Kriterien durchgeführt wird. Voraussetzung für eine sozial-ökologische
 1632 Sportförderung ist eine Sportentwicklungsplanung die sich nach einer bedarfsgerechten
 1633 Versorgung von Menschen und Vereinen in Kassel richtet. Die Kasseler Linke konnte im Rahmen der
 1634 Novellierung der Kommunalen Sportförderrichtlinie (SFR) 2017/2018 politisch erreichen, dass in
 1635 der neuen Richtlinie soziale Kriterien verankert werden. So ist z.B. die Anzahl von Kindern und
 1636 Jugendlichen und lizenzierten Übungsleiter*innen, die soziale Verankerung im Stadtteil und die
 1637 interkulturelle Arbeit, Voraussetzung für städtische Zuschüsse in die Infrastruktur und die
 1638 Sportstätten der Sportvereine. Damit wird dem organisierten Vereinssport in Kassel
 1639 gesellschaftspolitisch Rechnung getragen.
- 1640 Um eine optimale Nutzung von bestehenden Sportstätten zu garantieren, ist es zwingend
 1641 erforderlich regelmäßig in den Bestand zu investieren, um spätere Kostenexplosionen oder teure
 1642 Neubauten zu vermeiden. Die kommunale Sportförderung befindet sich seit einigen Jahren im
 1643 Spannungsfeld von sogenannten Trendsportarten auf der einen Seite und traditionellen Sportarten
 1644 die in Vereinsstrukturen eingebettet sind, auf der anderen Seite.
- 1645 Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass Sportarten bei der finanziellen Förderung nicht
 1646 gegeneinander ausgespielt werden. Die Stärkung des Breitensports in Kassel ist wichtiger denn je.

1647 Insofern muss sichergestellt werden, dass alle in Kassel lebenden Menschen ihre Sportart
1648 unabhängig vom individuellen finanziellen Budget ausüben können. Das gilt gerade bei Kindern und
1649 Jugendlichen, die in den armen Stadtteilen in Kassel wohnen. Bewegung, Spiel und entsprechender
1650 Spaß sind abseits des kommerzialisierten „Profisports“ auch ein Teil der öffentlichen
1651 Daseinsvorsorge.

1652 **Wir fordern deshalb:**

- 1653 • ein transparentes und kooperatives Modell der Sportentwicklungsplanung unter
1654 Einbeziehung von sämtlichen Akteuren (z.B. Vereinen, Schulen, Träger der
1655 Jugendsozialarbeit und Ortsbeiräten).
- 1656 • Die Erhöhung der kommunalen Sportförderung von z.Zt. 7 Euro pro Einwohner*in auf 10
1657 Euro pro Einwohner*in in Kassel.
- 1658 • Beim Neubau von Sportstätten darf es nicht zu ökologischen Einschnitten kommen. Der
1659 Erhalt von Bäumen und Frischluftschneisen muss sichergestellt sein.
- 1660 • Förderung des Breitensports und der außerschulischen Sportpädagogik in der Stadt
- 1661 • Vereinsstrukturen, die am Bröckeln sind, müssen gestärkt werden. Hier sollte das Sportamt
1662 eine entsprechend beratende und helfende Stellung einnehmen.
- 1663 • Die Mr. Wilson Skatohalle, die mittlerweile auch Regionalstützpunkt im Zuge Olympischen
1664 Disziplin Skateboard ist, muss geschützt werden und darf nicht zum Spielball von einer
1665 überregionalen Immobilien Kapitalgesellschaft werden.
- 1666 • Eine Initiative der Stadt Kassel und des Landes Hessen für den Erhalt der Fansozialarbeit
1667 beim DFB. Er hat seine gesamtgesellschaftliche Verantwortung auch unterhalb der 3.
1668 Bundesliga wahrzunehmen.
- 1669 • Vereine, die einen hohen Migrationsanteil haben und für einige Stadtteile über den
1670 eigentlichen Sport hinaus relevant und wichtig sind, müssen von der Kommunalpolitik
1671 nachhaltig und positiv begleitet werden
- 1672 • Zusätzliche Sportlehrer*innen in den Schulen
- 1673 • Förderung von frei zugänglichen Sportanlagen in der Öffentlichkeit, z.B. Tischtennisplatten,
1674 Skatebowls und Calisthenics
- 1675 • Bei Großveranstaltungen im Profisport (Fußball, Eishockey u. Handball) muss die
1676 Eintrittskarte gleichzeitig ÖPNV Ticket im gesamten Gebiet des NVV werden.

- 1677 • Im Jahr 2018 wurde der Rasenplatz für 150.000 Euro erneuert. Eine Drainage die die
- 1678 Rasenpflege erheblich vereinfacht und kostengünstiger gestaltet, wurde nicht mitbedacht.
- 1679 Insofern fordern wir den Bau einer Drainage in den nächsten 2 Jahren.
- 1680 • Frauentag in den kommunalen Schwimmbädern ermöglichen

1681 6. Digitalisierung

1682 Die Digitalisierung unserer Gesellschaft durchlebt aktuell dank Corona einen Riesenschub. So
1683 müssen digitale Erreichbarkeit und Angebote flächendeckend verfügbar sein. Für unsere Stadt
1684 bedeutet dies, dass wir nicht nur im gesamten Stadtgebiet kostenfreies und öffentliches W-Lan
1685 fordern müssen, sondern auch in allen kommunalen Einrichtungen. Zu nennen sind hier nicht nur
1686 Bürgerhäuser, wie das Phillip Scheidemannhaus am Halitplatz, sondern in erster Linie auch sämtliche
1687 städtischen Schulen. Für diese können dann auch private W-Lan Zugänge eingerichtet werden.
1688 Außerdem müssen Schulen mit einem bestimmten Kontingent an modernen (mobilen) Endgeräten
1689 ausgestattet werden, um einen bestimmten digitalen Standard zu schaffen.

1690 Weiterhin müssen wir Onlinezugänge in den Verwaltungsbehörden vereinfachen. Das bedeutet, dass
1691 Menschen mit einem geringen technischen Verständnis die Möglichkeit gegeben werden muss,
1692 Behördengänge auch online erledigen zu können. Dabei darf es allerdings nicht zu einem Abbau von
1693 Arbeitsplätzen innerhalb der Verwaltung kommen, vielmehr muss es bedeuten, dass Bildungs- oder
1694 Schulungsangebote im Bereich Digitalisierung gesteigert werden. Dies gilt nicht nur für
1695 Arbeitsplätze, sondern auch für die Bevölkerung. Dabei muss es viele verschiedene Angebote
1696 geben. Vom Anfängerfreundlichen Einsteigerangebot bis hin zu seniorenfreundlichen Möglichkeiten.
1697 Bei der Beschaffung von Software muss immer überprüft werden, ob sogenannte Open-Source-
1698 Software, also Software deren Quellcode frei zugänglich ist und die beliebig kopiert werden kann,
1699 genutzt und verändert werden darf.

1700 Durch die fortschreitende Digitalisierung kommt das Thema Homeoffice immer öfter auf. Dieses
1701 Thema bietet viele Herausforderungen. Arbeitet man von Zuhause, so vermischt sich allerdings zu
1702 leicht Arbeit und Privates. Es muss die ständige Möglichkeit gegeben werden an den Arbeitsplatz
1703 zurück kehren zu können. Es darf auch nicht zu ständiger Erreichbarkeit durch den Arbeitgeber
1704 führen.

1705 **Wir fordern deshalb:**

- 1706 • freies W-Lan in allen städtische Gebäuden
- 1707 • freie Wahl zwischen Homeoffice und Arbeiten im Büro
- 1708 • Bildungsangebote für verschiedene Alters- und Kenntnisgruppen
- 1709 • digitale Angebote barrierefrei gestalten

1710 **7. Antirassismus und Antifaschismus**

1711 Antisemitismus, Rassismus oder Diskriminierung aufgrund religiöser Überzeugungen sind mit den
1712 Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft unvereinbar! Sie verletzen die Würde der
1713 betroffenen Menschen und verhindern Solidarität und gemeinsame Gegenwehr gegen Krieg und
1714 Sozialabbau. Weder hat sich eine jüdische Finanzelite gegen uns verschworen, noch nehmen uns
1715 Geflüchtete die Arbeitsplätze weg! Je ungerechter unsere Gesellschaft wird, desto mehr Menschen
1716 fallen leider auf solche Sündenbock-Lügen rein. Einer Diskriminierung dieser Minderheiten, ob im
1717 Alltag, auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungssystem oder durch Behörden tritt DIE LINKE entschieden
1718 entgegen!

1719 **7.1. Konsequent gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und den** 1720 **gesellschaftlichen Rechtsruck!**

1721 Ob Halit Yozgat oder Walter Lübcke, faschistische Terroristen morden wieder regelmäßig in
1722 Deutschland und die Behörden versagen bei der Aufklärung solcher Verbrechen, wie der Fall des
1723 NSU zeigt. In Bundeswehr und Polizei zeichnen die sogenannten "Einzelfälle" rechtsextremer
1724 Personen und Netzwerke ein erschreckendes Gesamtbild. Aber auch der Aufstieg der AfD ist Teil
1725 eines gesellschaftlichen Rechtsrucks, dem sich konsequent entgegengestellt werden muss! DIE
1726 LINKE stellt sich entschieden gegen alle Formen faschistischer und rassistischer Überzeugungen,
1727 Meinungen, Parteien und Organisationen und wird niemals mit ihnen zusammenarbeiten. Wir
1728 schütteln keine Hände und lehnen auf allen Ebenen jegliche Zusammenarbeit mit der AfD ab. Dem
1729 Faschismus gegenüber gibt es keine Neutralität. Wir stehen auf der Seite antifaschistischer
1730 Organisation und Praxis. Wo faschistische Organisationen auftreten, verteidigen wir den
1731 öffentlichen Raum gegen ihre Bestrebungen. Wir stehen für eine Kommunalpolitik, die
1732 faschistischen und rassistischen Organisationen den Nährboden entzieht. Dazu gehört auf
1733 kommunaler Ebene auch, dass es keine Zusammenarbeit mit rassistischen oder islamistischen
1734 Vereinen geben darf. Vereine wie DITIB, die direkt dem türkischen Regime unterstellt sind, oder
1735 rechtsextreme Moscheevereine der Grauen Wölfe dürfen nicht als Partner für die Zusammenarbeit
1736 mit Migrant*innen angesehen werden. Vereine, Kultur- und Jugendinitiativen, die sich gegen
1737 Ausgrenzung und Diskriminierung stellen, müssen kommunal gefördert werden.

1738 Es ist ein Verdienst der Black Lives Matter Bewegung oder auch der medienwirksamen Aktionen
1739 von antirassistischen Aktivist*innen, die uns die Missstände immer wieder vor Augen halten, wie
1740 tief Rassismus in unserer Gesellschaft verankert ist. Rassismus ist Alltag für Millionen von nicht-
1741 weißen Menschen in Deutschland. Wir dürfen den Rassismus nicht nur bei der extremen Rechten
1742 verorten. So, wie Antisemitismus und andere rechte Einstellungsmuster, ist der Rassismus auch in

1743 der Mitte der Gesellschaft verbreitet. Dieser Rassismus spiegelt sich auch bei Behörden wie der
1744 Polizei und in der Verwaltung wider. Die Grundlage zur Veränderung ist ein Kulturwandel. Unsere
1745 Antwort auf institutionellen Rassismus ist ein institutioneller Antirassismus. Dies fängt z.B. in der
1746 frühkindlichen Erziehung an (weg mit konfessionellen Kindergärten!). In öffentlichen Einrichtungen
1747 müssen Beamte und Angestellte regelmäßig antirassistisch gebildet werden. Schon bei der
1748 Ausbildung muss ein Fokus auf die Förderung von interkulturellen Kompetenzen gelegt werden. Kurz
1749 gesagt: Wenn es überall Rassismus gibt, dann muss auch der Antirassismus überall hin vordringen!

1750 **7.2. Für eine antikoloniale und antifaschistische Erinnerungskultur**

1751 Die Kasseler Geschichte ist eng verknüpft mit faschistischer und kolonialer Gewalt. Rüstungsgüter
1752 für deutsche Kolonialtruppen, welche in Namibia den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts
1753 begingen, wurden in Kassel produziert: Zelte und Uniformen für die Kolonialsoldaten kamen vom
1754 Textilunternehmen Gottschalk, die Eisenbahn von Henschel. Später wurden Panzer für die Nazis
1755 produziert. Und noch heute werden Kasseler Waffen in Kriegen auf der ganzen Welt eingesetzt.
1756 Außerdem zeugen rassistische Bezeichnungen für Apotheken, sogenannte Kolonialwarenläden und
1757 nach brutalen Kolonialherren benannte Straßen davon, wie mangelhaft sich in Kassel mit der
1758 eigenen kolonialen und faschistischen Vergangenheit auseinandergesetzt wird.

1759 In Waldau gibt es immer noch die nach einem NS-Rüstungsmanager benannte Waldemar-Petersen-
1760 Straße und trotz bekannter NS-Verstrickungen wurde auch eine Brücke in Kassel nach Karl Branner
1761 benannt.

1762 Im sogenannten Afrikaviertel im Forstfeld wird den Kolonialherren Lüderitz und Wissmann unkritisch
1763 erinnert. Beide waren in zahlreiche Kolonialverbrechen und Völkermord verstrickt. In Kirchditmold
1764 ist der Soemmeringplatz nach einem "Rassenkundler" benannt. DIE LINKE solidarisiert sich mit den
1765 Forderungen antikolonialer Stadtinitiativen Kassels und fordert die Umbenennung solcher Straßen
1766 und Plätze nach Widerstandskämpfer*innen in den Kolonien.

1767 Wir sind davon Überzeugt, dass eine aktive kritische Erinnerungskultur an die Verbrechen der
1768 Kolonialzeit zentral ist für den Kampf gegen Rassismus, wie auch die Erinnerung an die Verbrechen
1769 der Nazis, für eine antifaschistische Kultur zentral ist.

1770 **Wir fordern deshalb:**

- 1771 • Keine Kooperation mit der AfD. Auf keiner personellen oder politischen Ebene.
- 1772 • Aktive antifaschistische Aufklärung an den Schulen.
- 1773 • Öffentliche Diskussion der Übergriffe und Aktivitäten neofaschistischer Kreise und eine
- 1774 klare Zurückweisung von antisemitischen Aktivitäten, Äußerungen und Stimmungen.

- 1775 • Keine öffentlichen Räume für rechtsextreme Parteien, Vereine und Gruppierungen.
- 1776 • Konsequente Verfolgung rechtsextremer Straftaten.
- 1777 • Regelmäßige Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über rechtsextrem motivierte
- 1778 Vorfälle und Straftaten in Kassel und Umgebung
- 1779 • Unterstützung und Förderung der Arbeit der, in Kassel aktiven antifaschistischen und
- 1780 antirassistischen, Initiativen.
- 1781 • Einrichtung einer Koordinierungsstelle mit gesamtstädtischem Konzept zur Aufarbeitung
- 1782 Kassels kolonialer Vergangenheit und deren Fortsetzung in der Gegenwart
- 1783 • Die Einrichtung von Schutzräumen und Anlaufstellen für die Opfer von rassistischer Gewalt
- 1784 • Stärkere Unterstützung von Bündnissen und Initiativen, die sich gegen Rassismus
- 1785 engagieren
- 1786 • Dass in Behörden, Verwaltungen, Schulen und sonstigen Einrichtungen Fachleute für eine
- 1787 antifaschistische Weiterbildung, aber auch für Aufklärung über den überall anzutreffenden
- 1788 Alltagsrassismus eingesetzt werden.
- 1789 • Erhalt und Schaffung neuer regionaler Gedenkorte der Opfer des faschistischen Terrors
- 1790 sowie der Kolonialverbrechen.
- 1791 • Umbenennung der Straßen und Plätzen, die nach nazistischen oder kolonialistischen
- 1792 Kriegsverbrechern benannt wurden

1793 **7.3. Frieden beginnt vor Ort - Kassel Rüstungsfrei!**

1794 Kassel ist als Stadt ein wichtiger Standort für die Rüstungsindustrie. Ob Erdogans Krieg gegen die
 1795 Kurd*innen oder Saudi Arabiens Krieg gegen den Jemen; Waffen aus Kassel sorgen auf der ganzen
 1796 Welt für Mord und Vertreibung. Wir sehen hierin eine besondere Verantwortung für uns
 1797 Kasseler*innen. Sowohl in Kassel als auch in der gesamten Bundesrepublik unterstützt die Mehrheit
 1798 der Menschen diese Rüstungsindustrie und die von der Bundesregierung genehmigten
 1799 Waffenexporte nicht. Auch die Pläne einer weiteren Aufrüstung der Bundeswehr lehnt die Mehrheit
 1800 der Menschen in der Bundesrepublik ab. Doch die Entscheidungen für diese Kriegstreibereien
 1801 werden auf internationalen Ebenen getroffen, in denen die mehrheitliche Meinung der Bevölkerung
 1802 ignoriert wird. DIE LINKE will dem entgegenreten und setzt sich dafür ein, dass wir als Stadt und
 1803 Kommune eine klare friedenspolitische Akteurin werden. Wir wollen lokalen beginnend die
 1804 mehrheitliche Antikriegsposition in der Bevölkerung vorantreiben, auch bis in die internationalen
 1805 Entscheidungsebenen.

1806 Wie setzen uns für Städte- und Projektpartnerschaften zur Völkerverständigung sowie die
1807 Förderung der internationalen Zusammenarbeit von Schulen ein. Solche Partnerschaften tragen zur
1808 Völkerverständigung bei und helfen dabei Vorurteile wirksam abzubauen. Besonders internationale
1809 Städteinitiativen, wie beispielsweise die Mayors for Peace, die sich für ein Atomwaffenverbot
1810 einsetzen, sollen unterstützt werden.

1811 Es darf kein Geld mit dem Verkauf von Waffen verdient werden! DIE LINKE setzt sich dafür ein, der
1812 Rüstungsindustrie in Kassel die Konversion zu einer zivilen Produktion zu ermöglichen. Dies
1813 möchten wir fördern und den Rüstungsunternehmen beratend zur Seite stehen. Der
1814 Rüstungsindustrie sollen keine weitere Flächen zur Verfügung gestellt werden. Wir setzen uns dafür
1815 ein, dass die Produktionsumstellung sozialverträglich erfolgt und über Investitionen Arbeitsplätze
1816 erhalten und neue geschaffen werden. Wer bisher Kanonenrohre für den Leopard-2-Panzer
1817 anfertigte, kann morgen dank seiner Qualifikationen bei der Herstellung von Windrädern die
1818 Klimawende mitgestalten.

1819 Wir setzen uns dafür ein, dass Kassel zusammen mit anderen Städten und Kommunen alle
1820 Aufrüstungspläne zurückweist und die Bundesregierung in einem Appell auffordert, stattdessen das
1821 dringend benötigte Geld für Investitionen in die kommunale Infrastruktur bereitzustellen.

1822 DIE LINKE will der Bundeswehr den Zugang zu Schulen für Werbe- und Marketingzwecke verwehren.
1823 Wir fordern Hausverbot für das „Werben fürs Sterben“ an Schulen und möchten keine KVG-Trams
1824 mit Bundeswehrwerbung im Stadtbild sehen. Insgesamt sollen keine Flächen und Standplätze mehr
1825 für die Werbung der Bundeswehr zur Verfügung gestellt werden.

1826 **8. Flucht und Migration**

1827 **8.1. Geflüchtete**

1828 Die Situation von Migrant*innen und geflüchteten Menschen hat sich deutlich verschärft und
1829 verschlechtert. Wir leben in einem europäischen Grenzregime, das Menschen auf der Flucht
1830 kriminalisiert, marginalisiert, entrechtet, in Lagern interniert und auf der Flucht sterben lässt. Die
1831 Situation an den EU-Außengrenzen sind das Ergebnis einer politisch gewollten Abschottung und
1832 gezielte Menschenrechtsverletzung.

1833 Die deutsche Asylgesetzgebung definiert Menschen zweiter, dritter und vierter Klasse. Anstatt dass
1834 Menschen hier endlich zur Ruhe kommen und sich eine Zukunftsperspektive aufbauen können,
1835 müssen sie in ständiger Unsicherheit und Angst vor Abschiebung leben. Sie werden von sozialen
1836 Kontakten ferngehalten und in abgeschlossenen und abgelegenen Einrichtungen untergebracht, in
1837 denen sie dichtgedrängt leben. Rassistische Ressentiments und Angriffe gehören für sie in
1838 Deutschland zum Alltag.

1839 Kassel ist eine Stadt in diesem Europa und zudem ein Rüstungsstandort: Diese Stadt profitiert von
1840 den Einnahmen aus dem Verkauf von schweren Waffen in die ganze Welt. Allein daraus leitet sich
1841 eine ganz besondere Verantwortung für Menschen ab, deren zu Hause von eben diesen Waffen
1842 zerstört wurde.

1843 Daher wollen wir, dass Kassel sich für die Aufnahme von Geflüchteten ausspricht und bekennt - und
1844 zwar über die Zuteilung anhand des Königssteiner Schlüssels hinaus. Dies betrifft auch Menschen
1845 auf den Fluchtrouten des Mittelmeeres und des Balkans. DIE LINKE setzt sich für legale und sichere
1846 Einreisemöglichkeiten von Flüchtlingen ein und unterstützt die Forderungen von Solidarity City und
1847 Seebrücke, sowie Städten und Gemeinden, die über ihrem Kontingent mehr Flüchtlinge aufnehmen
1848 wollen und dem Bündnis „Sichere Häfen“ beigetreten sind. Wir wollen Kassel in diesem Bündnis
1849 eine aktive Rolle einnehmen lassen.

1850 Das meint nicht nur Lippenbekenntnisse, sondern konkrete politische und soziale Umsetzung!

1851 DIE LINKE nimmt Bürger*innenrechte für alle Menschen ernst, die in Kassel wohnen, ungeachtet
1852 ihrer Herkunft und ihres Status. Hier sollen sich alle Menschen sicher fühlen, am politischen und
1853 kulturellen Leben teilhaben, sich organisieren, mitarbeiten und Kasseler Bürger*innen werden
1854 können. Viele sind dies bereits geworden. Dazu gehört auch, dass aus Kassel nicht mehr
1855 abgeschoben wird und Kirchenasyl und Bürger*innenasyl politische Rückendeckung erfahren. An
1856 erster Stelle steht, dass nächtliche Überraschungsabschiebungen verhindert werden. Die
1857 Erstaufnahmeaufnahmeeinrichtungen in Hessen fördern Ausgrenzung, Übergriffe und

1858 Infektionskrankheiten. Wir befürworten eine zeitnahe dezentrale Unterbringung Geflüchteter, damit
1859 sie schnell in der Stadt ankommen und Anschluss finden können. Die Covid-19-Infektionen von
1860 Menschen in der Erstaufnahmeeinrichtung in Kassel Niederzwehren im Oktober 2020 war ein
1861 Skandal, der sich niemals wiederholen darf. Integration bedeutet auch konkrete alltägliche
1862 Unterstützung, sei es durch Sprachkurse, medizinische Hilfen, Begleitungen und manchmal auch
1863 Betreuungen. Gerade Geflüchtete haben traumatische Erfahrungen gemacht, haben physische und
1864 psychische Verletzungen oder verstehen Behördenschreiben nicht. Diese Unterstützung muss sich
1865 am Bedarf, nicht am Aufenthaltsstatus oder dem Wohnen in einer Einrichtung messen. Gerade
1866 muttersprachliche Angebote sind hier wichtig. Menschen mit eigener Migrationserfahrung können
1867 zu Helfer*innen ausgebildet werden.

1868 **Wir fordern deshalb:**

- 1869 • Einen sicheren Aufenthalt für alle Menschen in Kassel
- 1870 • Die Aufnahme von Menschen in Not und auf der Flucht mit dem Ziel der Integration in die
1871 Stadtgesellschaft, auch über das Kontingent hinaus
- 1872 • Den Eintritt der Stadt Kassel in das Netzwerk der “Sicheren Häfen”, überkommunale
1873 Vernetzung mit anderen Städten dieses Netzwerks
- 1874 • Stopp aller Ausweisungen und Abschiebungen aus Kassel.
- 1875 • Erleichterte Zustimmung zur Visaerteilung bei der Familienzusammenführung und bei
1876 Einladungen für Besucher*innen aus dem Ausland.
- 1877 • Besondere Schutzgewährung für von Gewalt bedrohte Migrant*innen ohne eigenes
1878 Aufenthaltsrecht.
- 1879 • Verzicht auf Strafanzeigen gegen Ausländer*innen, die nach illegaler Einreise ihren
1880 Aufenthalt legalisieren wollen.
- 1881 • Erweiterte Förderung und Aufrechterhaltung der Beratungsstellen für Migrant*innen und der
1882 Flüchtlingssozialarbeit.
- 1883 • Auflösung von Massenunterkünften zugunsten dezentraler Einrichtungen, auch im Sinne des
1884 Infektionsschutzes
- 1885 • Bereitstellung eines die Menschenwürde respektierenden Platzes für reisende Sinti und
1886 Roma.

1887 **8.2. Integration**

1888 DIE LINKE setzt sich für die absolute rechtliche, tarifliche und gesellschaftliche Gleichheit aller
1889 Menschen ein. Wer in Kassel lebt, ist Kasseler:in.

1890 Gesetze und Verordnungen für Ausländer*innen werden in Berlin und Wiesbaden gemacht. Aber die
1891 Stadt hat erhebliche Entscheidungs- und Handlungsspielräume. Die Ausländerbehörde in Kassel
1892 arbeitet immer noch nach dem Gesichtspunkt der Abwehr von Fremden, die als eine potenzielle
1893 Gefahr betrachtet werden. Auch diese diskriminierende Ausländerpolitik bereitet in unserer Stadt
1894 den Nährboden für Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus.

1895 DIE LINKE setzt sich für eine interkulturelle Öffnung von Behörden und Gesellschaft ein. Es sollen
1896 Handlungsansätze entwickelt und umgesetzt werden, die den Anforderungen unserer globalisierten
1897 und durch Zuwanderung geprägten Gesellschaft entsprechen.

1898 Integration beginnt im Alltag und bei Kontakt zu Behörden und Ämtern. Um die Integration zu
1899 erleichtern muss ein einfacher Zugang und bessere Kommunikation gewährleistet werden. Sprache
1900 als Mittel zur Verständigung steht hier im Vordergrund. Die Sensibilisierung für noch nicht deutsch
1901 sprechende Kinder und Erwachsene muss erhöht werden. Um den Übergang zu erleichtern muss
1902 eine Kommunikation auch in der Muttersprache der geflohenen und migrierten Menschen möglich
1903 sein. Im Sinne einer Willkommenskultur sollten die Geflüchteten nicht nur auf eine mehrsprachige
1904 Ausländerbehörde zurückgreifen können. Außerdem sollte es auch genügend qualifizierte Kräfte in
1905 Schulen und Kitas geben und der Zugang zu Ausbildung und Arbeit erleichtert werden, um eine
1906 Integration zu ermöglichen. Eine finanzielle Unterstützung der Sozialeinrichtungen, Behörden und
1907 Ämtern um Sprechbarrieren abzubauen ist unerlässlich.

1908 Studierenden, Auszubildenden und Personen, die sich in beruflichen Qualifikationsmaßnahmen
1909 befinden muss ein sicherer Aufenthalt über das Ende ihrer Ausbildung hinaus gewährt werden. Eine
1910 jährliche Verlängerung der Ausbildungsduldung schafft Unsicherheit für Mensch und Betrieb. Die
1911 Anerkennung ausländischer Abschlüsse muss ausgeweitet werden und eine niedrigschwellige und
1912 zeitsparende Nachqualifizierung ermöglicht werden.

1913 Die Anliegen der Migrant*innen müssen erhört und ernst genommen werden, deswegen setzt sich
1914 DIE LINKE für eine Stärkung des Ausländerbeirates ein. Es muss auch Asylsuchenden möglich sein,
1915 sich dort zu engagieren und an den Wahlen teilzunehmen. Die Beiräte sollen in die Lage versetzt
1916 werden, nicht nur zu beraten, sondern sich in den kommunalen Gremien wirkungsvoller und
1917 sichtbarer einzubringen. Wir befürworten ein Wahlrecht für alle Menschen mit Wohnsitz in Kassel,
1918 ob mit oder ohne EU-Pass! Wir fordern eine Bleiberechtsregelung für schon lange in Deutschland
1919 lebende geflüchtete Menschen!

1920 **Wir fordern deshalb:**

- 1921 • Aufstockung der Schulsozialarbeit und Erhöhung der Fördermittel für den Deutschunterricht,
1922 um eine Integration der Geflüchteten zu ermöglichen.
- 1923 • Kostenloser und erleichterter Zugang zu Sprachkursen für alle, schon vor der Duldung und
1924 Anerkennung des Asyls
- 1925 • Förderung der Sprachkompetenz in der deutschen Sprache und der Mehrsprachigkeit
1926 bereits in den Kindergärten, durch Unterricht in der Sprache der Herkunftsländer der
1927 Eltern/Großeltern
- 1928 • Einführung einer Gesundheitskarte für Geflüchtete, die ihnen ohne bürokratischen Aufwand
1929 und die vorherige Genehmigung des Sozialamtes Arztbesuche ermöglicht.
- 1930 • Einstellung von Mitarbeiter*innen in der Stadtverwaltung und in öffentlich geförderten
1931 Institutionen, die die Sprachen der Migrant*innen beherrschen.
- 1932 • Mehrsprachige Dokumente, Stadtpläne, Infoblätter in allen kommunalen Behörden.
- 1933 • Aufenthaltserlaubnis statt Ausbildungsduldung
- 1934 • Förderung der sozialen Selbstorganisation von Migrant*innen und die Bereitstellung
1935 öffentlicher Räume als Treffpunkte für Frauen.
- 1936 • Ausbau des Ausländerbeirates zu einer kommunalen Selbstvertretung der Migrant*innen
1937 und Geflüchteten mit mehr Rechten und Befugnissen.
- 1938 • Kommunales Wahlrecht für alle hier dauerhaft lebenden Menschen ab dem 16. Lebensjahr

1939 **9. Für eine demokratische und solidarische Kommune**

1940 **9.1. Wem gehört die Stadt?**

1941 Die Stadt gehört den Bürger*innen

1942 Urbane Räume sind in ständiger Entwicklung, und mit ihnen die sozialen Strukturen, die sie
1943 ausmachen. Es ist eine Zukunftsfrage, wie die Menschen und die Politik diese Entwicklung
1944 mitbestimmen und lenken wollen - und können.

1945 Die Gentrifizierung von Vierteln und Städten ist ein Prozess der sozialen Ausgrenzung; Milieus
1946 werden vertrieben, Mieten sukzessive weiter angehoben, dem Eigentum wird Vorrang vor dem
1947 Gemeinwohl oder dem Bedarf eingeräumt. In anderen Städten ist dies schon so weit
1948 vorangeschritten, dass harte Konflikte um Wohnraum und Lebensqualität an der Tagesordnung sind,
1949 auch in Kassel hat dies bereits begonnen.

1950 In der Konsequenz werden ganze Gruppen und Milieus von dieser Entwicklung an den Rand
1951 gedrängt, in Lebensnöte gebracht und zum Spielball von Eigentumsinteressen und Profitstreben
1952 gemacht. Stadtregierungen sind hilflos und müssen dem Zerfall von Bausubstanz, der Vertreibung
1953 lokal gewachsener Kultur und Kunst oder der Bedrängung von Mieter*innen zusehen, wie im Fall der
1954 Salzmann-Kulturfabrik und dem Thyssen-Gelände.

1955 Die Klimaerhitzung stellt Städte vor Herausforderungen, denen nur gemeinsam begegnet werden
1956 kann. Um klimaneutral zu werden, muss Kassel sich dauerhaft ändern, und das betrifft alle.
1957 Dachbegrünung, Nutzung von Grünflächen für gemeinsame urbane Landwirtschaft, die Ausrüstung
1958 von Hausdächern mit Solarzellen sind mögliche Ansätze zu einer grünen Stadt für alle.

1959 Die Innenstadt ist ein reiner Transit- und Konsumraum ohne Aufenthaltscharakter, es sei denn, man
1960 ist bereit, dafür zu zahlen. Stadtpolizei und Ordnungsamt gehen Patrouille, um unliebsame Szenen
1961 unter Kontrolle zu haben.

1962 DIE LINKE hat die Vision einer solidarischen und demokratischen Stadt, in der das Gemeinwohl und
1963 die soziale Sicherheit der Bürger*innen Vorrang haben vor Profitinteressen und Geschäft, einer
1964 lebendige Stadt, in der die Bürger*innen aktiv Kultur und Politik mitgestalten, unabhängig von ihrem
1965 rechtlichen, körperlichen oder gesundheitlichen Status, ihrer Hautfarbe oder Herkunft ihrer
1966 Vorfahren, ihrem Alter oder ihrer Religion.

1967 **9.2. Barrierefreiheit**

1968 DIE LINKE tritt für Gleichberechtigung, Inklusion und gleiche Teilhabe von Menschen mit
1969 Behinderungen ein und will die vollständige Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

1970 Für Teilhabe bedarf es barrierefreien Zugängen von sämtlichen öffentlichen Gebäuden wie
1971 Arztpraxen, Bürgergebäuden, Schulen, Kinos und Theater etc. Der ÖPNV muss endgültig umgerüstet
1972 werden, um den Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt und unabhängig von der Hilfe
1973 anderer Menschen die Nutzung zu ermöglichen. Barrierefreiheit liegt nicht nur in der physischen
1974 Zugänglichkeit zu Gebäuden, sondern auch, vor allem durch die Maskenpflicht wieder in den Fokus
1975 geraten, in der Zugänglichkeit zu Informationen und Informationsweitergabe. Hierfür wollen wir den
1976 starken Ausbau akustischer, gebärdensprachlicher und blindenschriftlicher
1977 Kommunikationsmöglichkeiten im öffentlichen Raum und die Förderung dieser
1978 Kommunikationswege im privaten Raum. Auch die Digitalisierung muss barrierefrei erfolgen.

1979 Die Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderungen bedeutet einerseits einen
1980 Nachteilsausgleich als Solidarleistung, andererseits bedeutet das aber auch eine große
1981 Bereicherung der Gesellschaft durch Diversität und Unterschiede. Der Nachteilsausgleich muss
1982 teilweise finanziell erfolgen, durch Bezuschussung von Familien mit beeinträchtigten Kindern und
1983 Bezuschussung von selbstständig lebenden Menschen mit Behinderungen. Teilweise muss dieser
1984 Ausgleich auch in Dienstleistungen und Angeboten erfolgen, wie der Bereitstellung leicht
1985 verständlicher Formulare und Dokumente, erleichtertem Zugang zu Förderungen, zentralen
1986 Beratungsstellen für alle Bedürfnisse und der Bereitstellung kostenloser Transporte für Menschen
1987 mit schweren Behinderungen.

1988 Inklusion bedeutet weit mehr als nur Kinder mit Behinderungen in Gesamtschulen zu integrieren.
1989 Inklusion bedeutet Ablassen von Definitionen vermeintlicher Minderheiten und klare Stellungnahme
1990 zu einer einzigen Gesellschaft, in der sich alle Menschen befinden. Um das zu erreichen bedarf es
1991 aktiver Unterstützung für Gesellschaftsgruppierungen, die Inklusion auf ihrer eigenen Agenda
1992 heben. So müssen Schulen weiterhin bei dem Aus- und Umbau für Barrierefreiheit im oben
1993 beschriebenen Sinne unterstützt werden, es müssen Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden,
1994 die den Menschen ihren Berufswunsch ermöglichen. Außerdem müssen Arbeitsstellen geschaffen
1995 werden, die Menschen mit Behinderungen Sicherheit und gerechte Entlohnung bieten. Kneipen,
1996 Cafés und Restaurants müssen aktiv Besuche von Menschen mit Behinderungen fördern, um die
1997 gesellschaftliche Einheit gelingen zu lassen.

1998 **9.3. Für ein engeres Netz sozialer Beratung und Unterstützung für alle**

1999 Beratung und Unterstützung ist in vielen Lebenslagen und Lebenssituation nötig, ein neuer
2000 Lebensabschnitt, Probleme in der Familie, an der Arbeit, mit dem Partner, Probleme im Alltag.
2001 Schnell können Notsituationen entstehen, in denen Beratung notwendig ist.

2002 Zahlreiche Vereine und Verbände leisten seit Jahren aner kennenswerte Arbeit für sozial
 2003 benachteiligte Menschen und Menschen in Notsituationen und erbringen somit Aufgaben im
 2004 öffentlichen Interesse. Oftmals muss die Arbeit erheblich reduziert, teilweise ganz eingestellt
 2005 werden, weil Zuschüsse der Stadt und des Landes gestrichen wurden. Die Sicherung und
 2006 Ausweitung der Haushaltsmittel für Beratungsangebote sieht DIE LINKE als ihre Aufgabe. Hilfe in
 2007 Not und Hilfe zur Selbsthilfe benötigen ein finanziell gesichertes und professionelles Fundament.
 2008 Dies kann nicht durch ehrenamtliche Arbeit ausgeglichen werden. In Kooperation mit Vereinen und
 2009 Verbänden werden wir uns für die verbesserte Förderung ihrer Arbeit einsetzen.

2010 Diese Hilfe soll keine Form der Bevormundung oder Entmündigung sein, sondern achtet das
 2011 Gegenüber als selbstbestimmtes Individuum in einer Notsituation. Das Ziel ist immer die
 2012 Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit.

2013 Unterstützung muss zentral und dezentral geleistet und kommunal bezahlt werden.

2014 Verwaltungen und Behörden sind ein Dschungel. Wer für welche Aufgabe zuständig ist, weiß
 2015 manchmal keiner. Deswegen fordert DIE LINKE eine zentrale Anlaufstelle (ähnlich der
 2016 Behördennummer 115), an der Ratsuchende ihr Probleme oder ihre Frage stellen könne und zur
 2017 zuständigen Stelle weitergeleitet werden. Diese Stelle soll bei der Stadt angesiedelt werden.

2018 Das Quartiersmanagement ist eine Anlaufstelle im Viertel, bei dem die Bewohner*innen Hilfe und
 2019 Rat suchen. Dieses Angebot muss ausgeweitet werden.

2020 Die Stadt darf sich nicht darauf verlassen, dass freie Träger und Ehrenamtliche ausreichend
 2021 Hilfestellung leisten, städtische Beratungsangebote sind ebenso essentiell, sei es im Bereich der
 2022 Integration, Frauen oder Gewalt.

2023 **Wir fordern deshalb:**

- 2024 • Ausweitung der Beratungsangebote in den Stadtteilen
- 2025 • Einrichtung einer Zentralen Beratungsstelle als Wegweiser
- 2026 • Ausfinanzierung der Beratungsstellen

2027 **9.4. Für einen gleichen und gerechten Umgang mit LSBT*QIA+ Personen**

2028 DIE LINKE setzt sich ein für selbstbestimmtes Leben von L S B T* Q I A + Personen (Das steht für
 2029 Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Trans*, Queer, Inter*geschlechtlich, Asexuell, viele mehr und alle, die
 2030 sich angesprochen fühlen.). DIE LINKE steht für Politik, welche Gleichberechtigung, Gerechtigkeit,
 2031 Akzeptanz, Toleranz und Respekt gegenüber LSBT*QIA+ Personen, unabhängig von Alter,

2032 möglichem Migrationshintergrund, körperlicher und psychischer Beeinträchtigungen, sowie sozialen
 2033 Lebenssituationen fördern soll.

2034 Wir verurteilen Stigmatisierung, Diskriminierung und Gewalt aufs Schärfste, denn dafür ist in
 2035 unserer Gesellschaft kein Platz. Es liegt an uns, die historische Exklusion und Benachteiligung von
 2036 LSBT*QIA+ Personen in der Gesellschaft aufzuarbeiten.

2037 LSBT*QIA+ Personen müssen die Möglichkeit haben ihre geschlechtliche Identität und sexuelle
 2038 Orientierung frei ausleben zu dürfen und können. Dafür kämpfen wir! DIE LINKE unterstützt und
 2039 repräsentiert auch auf Kommunalebene LSBT*QIA+ Personen.

2040 **Wir fordern deshalb:**

- 2041 • Einen Raum in Kassel, welcher Platz für LSBT*QIA+ Gruppen, Initiativen und Projekte bietet.
 2042 Hier sollen Beratungen, Prävention, Schulungen, Treffen und stetiger Austausch stattfinden.
 2043 Wir fordern finanzielle Unterstützung sowie Gebäude für die Gründung eines Queeren
 2044 Zentrums in Kassel.
- 2045 • Ausbau, Förderung und finanzielle Unterstützung von Schutzhäusern und sicheren Orten für
 2046 LSBT*QIA+ Personen.
- 2047 • Angebote, wie Schulungen, Workshops, Aus- und Weiterbildungen für lehrende, pflegende
 2048 Menschen für einen toleranten und gerechten Umgang mit LSBT*QIA+ und vor allem trans*
 2049 Personen.
- 2050 • Förderung und Ausbau von queeren Senior*innen und Pflegebedürftigen in Wohn- und
 2051 Pflegeprojekten, die nach dem Regenbogenschlüssel zertifiziert sind.
- 2052 • Die Stadt Kassel muss ihren Einfluss auf Schulen nutzen, um sichere Räume für LSBT*QIA+
 2053 Personen zu schaffen, beratende professionelle Ansprechpersonen zur Verfügung zu stellen
 2054 und die Sexualerziehung auszuweiten um eine Normalisierung von geschlechtlichen
 2055 Identitäten und sexuellen Orientierungen zu erreichen. Diese Ausweitung muss auch über
 2056 Bildungsangebote wie SCHLAU erfolgen.
- 2057 • Das Regenbogennetzwerk Kassel mit einer finanziellen Ressource ausstatten, damit eine
 2058 personelle Hauptamtlichkeit unterstützen kann.
- 2059 • Geschlechtsneutrale Toiletten in jedem öffentlichen Gebäude, um sichere Plätze für alle
 2060 Geschlechter, abseits von Mann und Frau zu bieten.
- 2061 • Anwendung und Übertragung des Regenbogenschlüssels zur Zertifizierung von Vereinen und
 2062 kommunalen Einrichtungen der öffentlichen Daseinsversorgung.

- 2063 • Einrichtung eines Queer-Beirates mit Rederecht in den städtischen Ausschüssen und in der
2064 Stadtverordnetenversammlung.
- 2065 • Eine Öffentlichkeitskampagne, in der sich die Stadt Kassel gegen konservative,
2066 fundamentalistische Unterdrückung sowie Diskriminierung aufgrund von geschlechtlichen
2067 Identitäten und sexuellen Orientierungen und für Offenheit, Toleranz und Akzeptanz dieser
2068 stellt.

2069 **9.5. Die Stadt demokratisieren**

2070 Bürger*innen müssen in Entscheidungen, die sie betreffen, einbezogen werden.

2071 Daher will DIE LINKE eine Demokratie, die von der Mitbestimmung der Einwohner*innen getragen
2072 wird. Dazu müssen Alternativen breit diskutiert, Informationen öffentlich gemacht und engagierte
2073 Einwohner*innen umfassend einbezogen werden. Bürger*innenversammlungen, Bürger*innenräte,
2074 bzw. Bürger*innenkonvente sind zum Beispiel Mittel der politischen Teilhabe und Mitbestimmung,
2075 die DIE LINKE kommunal fördern und verankern will.

2076 Diese Versammlungen sollen aber nicht nur, wie bisher der Information und dem Abnicken von
2077 bereits beschlossenen Entscheidungen dienen, sondern zum Beispiel über Bürger*innenentscheide,
2078 Einflussnahme garantieren. Beteiligungsprozesse, wie z.B. beim Umbau der Friedrich-Ebert-Straße,
2079 sind gute Vorbilder dafür.

2080 Diese Versammlungen der lokalen Mitbestimmung sollen ALLEN Menschen in Kassel ab dem Alter
2081 von 16 Jahren offen stehen, gleichgültig, welchen rechtlichen Status oder welche Herkunft sie
2082 haben.

2083 Die Politik ist den Bürger*innen Rechenschaft schuldig!

2084 **Petitionsrecht und Bürgerbegehren**

2085 Im Gegensatz zu anderen Bundesländern kennt die Hessische Kommunalverfassung weiterhin kein
2086 Petitions- oder Antragsrecht für ihre Bürger*innen. DIE LINKE tritt für eine deutliche Erweiterung
2087 der Beteiligungsmöglichkeiten ein. Wir wollen, dass die Menschen vor Ort durch
2088 Bürger*innenbegehren und -entscheide größeren unmittelbaren politischen Einfluss erhalten und
2089 die Hürden dafür herabgesetzt werden. Die Kommunalvertretungen müssen dazu verpflichtet sein,
2090 dem Votum der Menschen zu folgen.

2091 So sollen die Einwohner*innen auch per Entscheid, z.B. über die Abschaffung der Straßenbeiträge,
2092 selbst entscheiden können.

2093 Wie es nicht laufen sollte, zeigt der Umgang mit dem Radentscheid.

2094 Auch bei Bürger*innenbegehren und Bürger*innenentscheiden muss die Teilnahme von
2095 Migrant*innen aus Nicht-EU-Staaten ermöglicht werden. Die Quoren zur Zulassung von
2096 Bürgerbegehren sind deutlich zu senken, Kostendeckungsvorschläge müssen als Anforderung an die
2097 Initiator*innen entfallen, auf Ausschlusskataloge für direkte Demokratie soll verzichtet werden.

2098 **Bürgerhaushalte**

2099 DIE LINKE setzt sich für Selbstbestimmung der Bürger*innen und die Einrichtung von
2100 Bürger*innenhaushalten ein. Diese dürfen jedoch nicht dazu dienen, die Menschen vor Ort für die
2101 Umsetzung von Spardiktaten mitverantwortlich zu machen.

2102 **Demokratie ausweiten**

2103 DIE LINKE tritt für eine Ausweitung der kommunalen Demokratie ein: Für eine Senkung des aktiven
2104 und passiven Wahl- und Abstimmungsalters auf 16 Jahre sowie für das kommunale aktive und
2105 passive Wahlrecht für alle Einwohner*innen, egal welcher Herkunft.

2106 **Demokratische Transparenz**

2107 Es ist unabdingbar, umfassende und problemorientierte Informationen zur Verfügung zu stellen,
2108 damit den Menschen in allen Phasen eine breite und aktive Teilnahme an den
2109 Entscheidungsprozessen möglich ist. Das setzt jedoch Transparenz der öffentlichen
2110 Entscheidungswege und Informationsfreiheit voraus. Auch die kommunalen Mandatsträger*innen
2111 sollen mehr Kontrollrechte gegenüber dem Magistrat sowie den kommunalen Unternehmen
2112 erhalten. Dazu gehört auch die Aufhebung der Geheimhaltungspflichten, die nach Einführung
2113 privater Rechtsformen bei den kommunalen Unternehmen die Kontrollrechte der Parlamente
2114 faktisch aushebeln. Auch in anderen Fällen, wie dem 2020 durch die globale Pandemie
2115 entstandene, kann die parlamentarische Mitbestimmung nicht dauerhaft außer Kraft gesetzt
2116 werden.

2117 **Stärkung der Beiräte**

2118 Die Beiräte, sowohl die Ortsbeiräte als auch die Beiräte der Stadt, sind die demokratischen
2119 Institutionen, die den Bürger*innen und den jeweiligen Betroffenen (Menschen mit Handicaps,
2120 Migrant*innen und Nicht-EU-Bürger*innen) am nächsten zur Verfügung stehen.

2121 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der Einfluss der Beiräte auf die Stadtpolitik ausgebaut und
2122 gestärkt wird. Ortsbeiräte sollen umfassend informiert werden und die Bürger*innen vor Ort aktiv in
2123 Entscheidungsprozesse einbeziehen können. DIE LINKE setzt sich auch dafür ein, dass Ortsbeiräte
2124 nicht nur beratende Funktionen haben, sondern auch Entscheidungen treffen können. Wir setzen
2125 uns für eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung ein, die Beiräte zu wirklichen
2126 Mitbestimmungsorganen, und nicht nur zu Anhängseln der Entscheidungen des Magistrats macht.

- 2127 Die Beiräte der Stadt (Ausländerbeirat, Behindertenbeirat, Seniorenbeirat) werden als Expert*innen
2128 als konstantes Gremium in sie betreffenden Fragen der Stadtverordnetenversammlung und des
2129 Magistrats standardmäßig hinzugezogen und werden gehört. Sie müssen als demokratische
2130 gewählte Vertreter*innen der Betroffenen konzipiert und ernst genommen werden. Die
2131 Umwandlung von Beiräten in andere, noch ohnmächtigere Institutionen lehnen wir ab.
- 2132 DIE LINKE will die Einrichtung von Kulturbeirat, Jugendbeirat, Klimarat und Mieter*innenbeirat.
- 2133 Wir werden uns weiter aktiv für den Aufbau einer demokratischen Kultur “von unten” und der
2134 Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Nachbarschaften und sozialen
2135 Bewegungen in die Selbstverwaltung und Mitbestimmung der Stadt Kassel einsetzen.
- 2136 **Wir fordern deshalb:**
- 2137 • Echte Mitwirkungsmöglichkeiten für Einwohner*innen-Foren.
 - 2138 • Mehr direkte Demokratie durch bessere Bedingungen für Bürger*innenbegehren und
2139 Bürger*innenentscheide.
 - 2140 • Einrichtung regelmäßiger Bürger*innenversammlungen (mindestens zweimal im Jahr) zur
2141 Information und zur Mitbestimmung, gemäß § 8a der Hessischen Gemeindeordnung,
2142 organisiert und moderiert von unabhängiger Stelle bereits in den Entscheidungsprozessen,
2143 nicht danach.
 - 2144 • Stadtteilbezogene Entscheidungsprozesse können durch demokratische
2145 Mitbestimmungsformen wie Bürger*innenkonventen, Bürger*innen-Räte und
2146 Nachbarschaftsräte begleitet und beschlossen werden. Bürger*innen müssen in
2147 Entscheidungen, die sie betreffen, einbezogen werden.
 - 2148 • Kommunales Petitionsrecht muss von seinen Einschränkungen befreit werden.
 - 2149 • Öffentlichkeit und Transparenz: Umfassende Veröffentlichung aller Dokumente, die in der
2150 Stadtverordnetenversammlung behandelt werden.
 - 2151 • Mehr demokratische Teilhabe bei grundlegenden finanziellen Entscheidungen der Stadt (z.
2152 B. durch einen Bürger*innenhaushalt).
 - 2153 • Beiräte mit weitergehenden Rechten stärken, regelmäßige Veröffentlichung der Berichte der
2154 Beiräte, Einführung eines Veto-Rechts für Ortsbeiräte, bei sie betreffenden Angelegenheiten.
 - 2155 • Die Beiräte werden als Expert*innen als konstantes Gremium in sie betreffenden Fragen
2156 standardmäßig hinzugezogen.

- 2157 • Einrichtung von Kulturbeirat, Jugendbeirat, Mieter*innenbeirat.
- 2158 • Rederecht für Einwohner*innen in den Sitzungen der kommunalen Vertretungen und
2159 Ausschusssitzungen.
- 2160 • Transparenz und bürgerschaftliche Kontrolle bei Entscheidungen und Auftragsvergaben von
2161 kommunalen Unternehmen.
- 2162 • Ortsbeiräte stärken und finanzielle Ausstattung verbessern, Entscheidungsmöglichkeiten
2163 einrichten
- 2164 • Einrichtung einer eigenen Koordinationsstelle zur Vernetzung der Ortsbeiräte untereinander,
2165 um so die Interessen der Ortsbeiräte gegenüber der Stadtregierung zu bündeln und zu
2166 stärken
- 2167 • Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Gremien sind in Ton- und Bild zu
2168 dokumentieren und öffentlich zugänglich zu machen.
- 2169 • Zentren der Kultur und Subkultur sind Orte direkter Beteiligung und Aktivität von
2170 Bürger*innen und damit Räume demokratischer Kultur, die mit allen Mitteln gefördert und
2171 erhalten und in ihren Eigenheiten und ihrer Autonomie anerkannt werden müssen.

2172 **10. Gesundheit**

2173 **10.1. Missstände im Gesundheitswesen überall!**

2174 Das Gesundheitswesen ist als ein Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge besonders betroffen
2175 von Ökonomisierung, Markt- und Profitorientierung, Verdrängungswettbewerb und
2176 Geschäftemacherei. Aktuell zeigt sich in der Corona-Pandemie alles deutlicher: in einer
2177 unvorhersehbaren Krise gibt es keine Reserven. Das Pflegepersonal war schon vorher überlastet,
2178 doch nun spitzen sich die miserablen Arbeitsbedingungen weiter zu; es fehlt Schutzkleidung, was
2179 teuer bezahlt werden muss.

2180 Dagegen wehren sich immer mehr Beschäftigte zusammen mit ihrer Gewerkschaft,
2181 Patient*innenorganisationen, und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft. Forderungen nach
2182 Abschaffung der Fallpauschalen, gesetzlicher Personalbemessung in der Pflege und anderer
2183 Berufsgruppen in den Krankenhäusern werden immer lauter. DIE LINKE hat dazu schon seit Langem
2184 ihre Forderungen in der Öffentlichkeit diskutiert. Auf Landesebene formuliert DIE LINKE
2185 Forderungen nach einem demokratisch und transparent aufgestellten Krankenhausbedarfsplan,
2186 anstelle von Krankenhaussterben über den Markt. Sie fordert, dass das Land Hessen endlich wieder
2187 seiner Pflicht zur Finanzierung der Krankenhausinvestitionen nachkommt. Zurzeit müssen die
2188 Krankenhäuser Investitionen aus den Betriebserlösen finanzieren und geraten so ständig in
2189 Liquiditätsnöte. In den Krankenhäusern herrscht ein systembedingter Kostendruck, der zu
2190 Investitionsstau, immer weiter reduzierter Verweildauer von Patient*innen und Personalreduzierung
2191 führt. Fallpauschalen führen zu Unter-, Über- und Fehlversorgung, indem Behandlungen mit einem
2192 Preis versehen werden. So wird die Behandlung von Knieoperationen oder Herzkathetereingriffen
2193 am Fließband lukrativ. Mit Geburten und der konservativen Behandlung von alten Menschen, mit
2194 allem, was Zeit und Geduld braucht, wird kein Geld verdient.

2195 Die ambulante Gesundheitsversorgung ist gekennzeichnet durch private Anbieter: die ärztlichen
2196 Allgemein- und Facharztpraxen, private ambulante Pflegedienste, therapeutische Einrichtungen.
2197 Probleme sind hier die Schließungen von Arztpraxen aufgrund der Überalterung der Ärzteschaft,
2198 extrem schlechte Arbeitsbedingungen in den ambulanten Pflegediensten und in der Altenpflege
2199 sowie entsprechender Personalmangel.

2200 **10.2. Die Situation in Kassel**

2201 Die Stadt Kassel ist bei der Gesundheitsversorgung keine Insel, viele Menschen, besonders aus den
2202 umliegenden Landkreisen, nutzen sowohl stationäre wie ambulante Einrichtungen der Stadt. Sie
2203 möchten aber auch ihre Einrichtungen vor Ort behalten. Dabei darf es kein Ausspielen von Stadt

2204 und Land geben, wie in der Vergangenheit bei der versuchten Schließung des Krankenhauses
2205 Wolfhagen und dem anschließenden Verkauf der Kreiskliniken durch die Gesundheit Nordhessen an
2206 den Landkreis geschehen. Die Kreiskliniken gelten in der GNH als unrentabel, weil sie die
2207 Grundversorgung der Bevölkerung gewährleisten. Die Grundversorgung wird über das
2208 Fallpauschalensystem schlecht vergütet.

2209 Altenheime sind inzwischen gänzlich in privater Hand. Zuletzt wurde die Senior*innenwohnanlage
2210 von der Gesundheit Nordhessen an einen Finanzinvestor verkauft. Auch diese „Tochter“ der
2211 Aktiengesellschaft GNH gilt als unrentabel.

2212 Arztpraxen verteilen sich ungleich über das Stadtgebiet, Stadtteile mit wohlhabender Bevölkerung
2213 sind deutlich besser versorgt, als Stadtteile, in denen die Menschen von Armut bedroht sind.
2214 Besonders eklatant ist hier die unterschiedliche Versorgung mit Kinderarztpraxen. So hat die
2215 Kasseler Linke darauf aufmerksam gemacht, dass Rothenditmold nun ohne kindermedizinische
2216 Versorgung dasteht, nachdem die letzte dort praktizierende Kinderärztin keine Nachfolger*in
2217 gefunden hat. Und das bei der höchsten Quote von Kindern unter 6 Jahren und dem höchsten Anteil
2218 Alleinerziehender unter den Kasseler Stadtteilen.

2219 Gesundheit der Menschen fängt aber nicht bei der Behandlung von Krankheiten an, sondern lange
2220 davor: bei gesunden Lebens- und Arbeitsverhältnissen. Beides ist, je nach Wohnsituation, Bildung,
2221 sozialer Sicherheit, Einkommen und Belastungen bei der Arbeit, sehr ungleich verteilt,.

2222 Sämtliche Bereiche der Kommunalpolitik müssen deshalb darauf hinwirken und geprüft werden, ob
2223 sie dieser Ungleichverteilung und Benachteiligung von Stadtteilen und Bevölkerungsgruppen
2224 entgegenwirken.

2225 **Wir fordern deshalb:**

2226 • Die Privatisierung kommunaler Einrichtungen und Ausgliederungen nicht nur im
2227 Gesundheitswesen müssen gestoppt werden und privatisierte Einrichtungen müssen zurück
2228 in die öffentliche Hand.

2229 • Es muss Schluss sein mit der Privatisierung von Gewinnen durch private
2230 Krankenhausbetreiber*innen und der Übernahme von Verlusten durch die Kommune, die
2231 aus den Missständen im Gesundheitswesen folgen. So hat die Stadt Kassel zweistellige
2232 Millionenbeträge aus ihrem Haushalt in die Gesundheit Nordhessen transferiert, deren
2233 Eigentümerin sie ist.

2234 • DIE LINKE unterstützt die Forderungen der Beschäftigten im Gesundheitswesen nach
2235 gesellschaftlicher Aufwertung ihrer Arbeit, nach besserer Bezahlung und Verringerung ihrer
2236 Belastung. Wir beteiligen uns an Tarifkämpfen und fordern die verbindliche Angleichung des

- 2237 TVöD für alle im Gesundheitsbereich tätigen Beschäftigten. Wir fordern eine Erhöhung der
2238 Ausbildungsquote besonders in der Pflege.
- 2239 • Wir bilden Gesundheitsbündnisse mit Beschäftigten, Patient*innen und Organisationen der
2240 Zivilgesellschaft und fordern die Abschaffung der Fallpauschalen sowie eine gesetzliche
2241 Personalbemessung in der Pflege und für alle Berufsgruppen in stationären Einrichtungen.
- 2242 • Um die ärztliche Versorgung langfristig zu sichern, muss die Kommune aktiv werden und
2243 steuernd und planend in die Sicherstellung der Versorgung eingreifen. Wir fordern deshalb
2244 die Einrichtung einer Kasseler Gesundheitskonferenz, die unter Beteiligung aller lokalen
2245 Akteure und der Krankenkassen die notwendigen Maßnahmen berät und initiiert. Ziel ist die
2246 Sicherstellung der geordneten Neubesetzung der absehbar freiwerdenden Arztsitze.
- 2247 • Wir fordern eine flächendeckende und wohnortnahe medizinische Versorgung für alle
2248 Stadtteile Kassels. Dazu gehören kommunale medizinische Versorgungszentren und die
2249 Einrichtung von öffentlichen Geburtshäusern. Wir fordern die Übernahme von freiwerdenden
2250 Arztpraxen durch die Stadt Kassel als Einstieg in Gesundheitszentren.
- 2251 • Wir fordern mehr Personal in den Gesundheitsämtern.
- 2252 • Wir setzen uns ein für ein selbstbestimmtes Leben im Alter und der Integration älterer
2253 Menschen. Dazu gehört eine Stadtplanung im Sinne generationenverbindendem und
2254 altersgerechtem Wohnen. Das beinhaltet: betreutes Wohnen im ursprünglichen Umfeld und
2255 Mehrgenerationen-Projekte.
- 2256 • Wir fordern Umzugshilfen für ältere Menschen, die in kleinere, bezahlbare Wohnungen
2257 umziehen wollen.
- 2258 • DIE LINKE fordert die Verbesserung von kommunalen Präventions-, Beratungs- und
2259 Therapieangeboten für Bevölkerungsgruppen mit besonderem gesundheitlichem Risiko:
2260 Geflüchtete in Sammelunterkünften, Menschen mit Drogenkonsum, Menschen ohne
2261 Wohnung und Obdach.

2262 **11. Für eine linke Alternative in Kassel!**

2263 Eine Fortsetzung der kommunalen Sparpolitik in Kassel ist fatal für die in Kassel lebenden
2264 Menschen. Es gilt, sich ihr mit aller verfügbaren Macht und allen verfügbaren Mitteln
2265 entgegenzustellen. DIE LINKE will dies gemeinsam mit all denen tun, die außerhalb der Parlamente
2266 für ihre Interessen kämpfen. Wir wollen in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung dafür sorgen,
2267 dass diese unsoziale Politik nicht mehr geräuschlos durchgebracht werden kann.

2268 Es reicht uns nicht, in der Stadtverordnetenversammlung das linke Gewissen der Stadt zu sein. Wir
2269 wollen das Parlament vielmehr nutzen, um denen eine Stimme zu geben, die unter der momentan
2270 praktizierten Politik leiden. Gemeinsam mit ihnen wollen wir den Kampf für eine lebenswerte Stadt
2271 aufnehmen. Sei es mit den Kolleg*innen, die um ihre Arbeitsplätze kämpfen, mit denen, die als
2272 Folge der Hartz-Gesetze an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, oder mit denen, die gegen
2273 Klimaerhitzung und Rassismus auf die Straße gehen. Die Formen unseres Kampfes werden vielfältig
2274 sein. Von der Anfrage und dem Antrag in der Stadtverordnetenversammlung über
2275 öffentlichkeitswirksame Aktionen bis hin zu Demonstrationen und Unterstützung von Streiks wird
2276 DIE LINKE alle Mittel nutzen, um für ein soziales und gerechtes Kassel zu kämpfen!